



**60. Song Contest:
The Makemakes
singen für Österreich**
Seite 43



**Wo Reiche vor Steuern
flüchten und Senioren bis
80 Jahre arbeiten**
Seiten 18 und 19

**FH TECHNIKUM WIEN
OPEN DAYS: 20.-21. März**
www.technikum-wien.at

Bezahlte Anzeige

SA./SO., 14./15. MÄRZ 2015 | ÖSTERREICHS UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG | HERAUSGEGEBEN VON OSCAR BRONNER | € 2,50

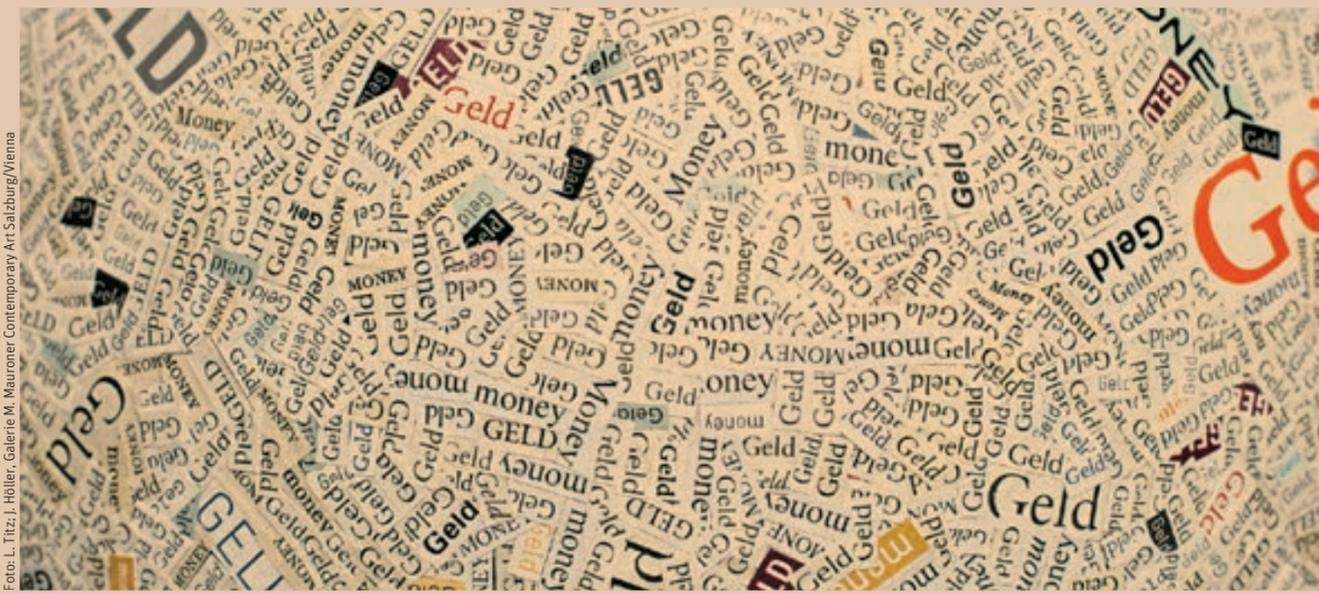


Foto: L. Titz, J. Höller, Galerie M. Mauroner Contemporary Art Salzburg/Wien

Geld! Geld! Geld! Nach Gelde drängt, am Gelde hängt doch alles: „Ach wir Armen!“, hätte Goethes Mephistopheles gesagt. Auch die „Finanzblase“ des Künstlers Jochen Höller speist sich aus Geld, das er aus Büchern über Finanzblasen, Krisen und Reichtum extrahiert.

Gerechtigkeit – auch eine Frage der Verteilung

Im Zusammenhang mit der Steuerreform taucht das Thema Gerechtigkeit auf. Wie soll der Wohlstand möglichst gerecht aufgeteilt werden, wo soll umverteilt werden? Wer muss mehr beitragen, wer soll entlastet werden? Die STANDARD-Redaktion beschäftigt sich in dieser Schwerpunktausgabe mit den verschiedenen Vorstellungen zu dem Thema. Auslandskorrespondenten geben Einblick, wie Politik anderswo Gerechtigkeit fördert. Die Bilder in dieser Schwerpunktausgabe stammen von **Jochen Höller** (Seite 38), sie wurde von **Lisa Nimmervoll** redaktionell betreut und von **Simon Klausner** gestaltet.

Alexandra Förderl-Schmid
Chefredakteurin

Bankgeheimnis wird de facto abgeschafft

Maßnahme gegen den Steuerbetrug von Betrieben, Gremien von SPÖ und ÖVP stimmen der Steuerreform zu

HEUTE

Kopf des Tages

Der Osteuropa-Historiker **Philipp Ther** lehrt seit 2010 an der Universität Wien. Nun gewann er den Leipziger Sachbuchpreis. **S. 39, 48**

Kopftuchverbot gekippt

In Deutschland wurde das Kopftuchverbot für Lehrerinnen durch das Bundesverfassungsgericht aufgehoben. **Seite 15, Kommentar Seite 48**

Dienstfreistellung

Die beschuldigte Vizechefin in der Korruptionsaffäre rund um die Pensionsversicherungsanstalt wurde dienstfrei gestellt. **Seite 25**

ZITAT DES TAGES

„Es gibt mehr Drogensüchtige, mehr psychische Erkrankungen wie Depression, mehr Kriminalität.“

Epidemiologe **Richard Wilkinson** über die Folgen sozialer Ungleichheit **Seite 17**

STANDARDS

Veranstaltungen, Kino ... **22, 23**
Sport ... **35, 36**
TV, Switchlist ... **44, 45**
Schach, Rätsel, Sudoku ... **113**
Wetter ... **22**

Westen: -2 bis +9°
Süden: -1 bis +9°
Osten: +4 bis +7°



9 025200 025067

Wien – SPÖ und ÖVP sind einen Schritt weiter bei der Steuerreform. Die Parteigremien haben die in der Nacht auf Freitag finalisierten Pläne abgesegnet. Im SPÖ-Präsidium und im ÖVP-Vorstand fielen die Beschlüsse einstimmig, im rund 70-köpfigen SPÖ-Vorstand gab es nur drei Gegenstimmen – zwei von Vertreterinnen der Sozialistischen Jugend, eine von den SPÖ-Studenten.

Für Wirbel sorgt aber das Vorhaben, das Bankgeheimnis für Betriebe deutlich aufzuweichen. Die Finanz soll künftig im Zuge von Abgabenprüfungen Einblick in alle Bankkonten nehmen können. Über diese Schiene will man

Schwarzgelder leichter aufspüren können. Die Banken sind bereits alarmiert.

Die Maßnahme soll jedenfalls 700 Millionen Euro zur Gegenfinanzierung der rund fünf Milliarden Euro schweren Steuerreform beisteuern. Inklusiv der neuen Registrierkassenpflicht will man sich fast zwei Milliarden unter dem Titel „Betrugsbekämpfung“ holen.

Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) sagte am Freitag bei der offiziellen Präsentation, das Finanzministerium schätze die Schwarzgelder in Österreich auf vier Milliarden. Die Hälfte davon wolle man sich zurückholen.

Die Entlastung liegt bei rund fünf Milliarden Euro. Der allergrößte Teil (4,5 Milliarden) fließt in die Tarifreform, um 400 Millionen werden Kleinstverdiener entlastet. Man investiere „in die Kaufkraft der Bevölkerung“ und reagie-

re in der Krise „nicht mit dem Rotstift“, erklärte Faymann.

Ein 200-Millionen-Paket soll es nun doch für die Wirtschaft geben – unter anderem wird die Begünstigung für die Mitarbeiterbeteiligung ausgeweitet. Vizekanzler Reinhold Mitterlehner (ÖVP) meinte, die Steuerreform sei „kein lächerlicher PR-Gag“, sondern eine Summe, die den Bürgern wirklich in der Geldtasche zugutekomme. Sieger wollte er auf keiner der beiden Verhandlerseiten ausmachen: „Wir machen keine Steuerreform für die ÖVP, keine Steuerreform für die SPÖ, sondern eine Steuerreform für Österreich.“ (red)

ZUM THEMA

Reform im Überblick	Seite 2
Reaktionen	Seite 2
Interview G. Haber	Seite 3
Kritik in der SPÖ	Seite 4
Einigkeit in der ÖVP	Seite 5
Betrug auf der Spur	Seite 6
Vorzieheffekte	Seite 7
Kommentar	Seite 48

Polizeieinsatz

Zu Silvester soll man zu Hause bleiben. Zu Silvester soll man sich nicht in der Nähe einer Tankstelle (Shop?) aufhalten. Zu Silvester soll man nicht auf eine Gruppe herumstehender Wiener Polizisten (und Polizistinnen) zugehen und eine Konversation beginnen. Vor allem soll man einen Polizisten dabei nicht mit dem Finger berühren. Schon gar nicht, wenn man eine 47-jährige Dame ist.

Dann endet das nämlich mit einem Steißbeinbruch, mehreren Hämatomen, einer Anzeige wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt“ und einer Anklage durch die Staatsanwaltschaft, ohne dass der Herr Staatsanwalt auch nur eine Zeugeneinvernahme durchgeführt hat. Und der Polizeigeneral sagt dazu: „Es gibt keinen

Hinweis auf eine Misshandlung.“

Der *Falter* hat diesen leider relativ typischen Vorfall aufgedeckt. Die Misshandelte bzw. ihr Anwalt haben das Video von der Tankstelle aufgetrieben. Dort sieht man einen vielleicht unangebrachten Versuch der Dame, mit den Polizisten in silvesterlichen Kontakt zu treten. Daraufhin stößt sie ein Polizist aggressiv weg, wei-

RAU

tere Ordnungshüter, genug für eine mittlere Demo, stürmen herbei, die Dame wird zwischen Auto und Tankstellenwand gedrängt und verschwindet unter einem Pulk von Polizei. Aber: „Kein Hinweis auf Misshandlungen.“ Sehr vertrauensbildend ist das alles – nämlich wie krass überreagierenden Polizisten die Mauer gemacht wird.

Schäuble an Athen: „Parolen helfen da nicht weiter“

Brüssel/Wien – Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble fordert Athen auf, seine Verpflichtungen einzuhalten. „Parolen helfen da nicht weiter“, erklärte der CDU-Politiker im STANDARD-Interview. Griechenland – und nicht Deutschland oder Europa – sei für die Probleme verantwortlich. Die zuletzt von der griechischen Regierung geforderten Reparationszahlungen lehnt er ab.

Bei einem Treffen des griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras mit EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker wurde indes Einigkeit demonstriert. Juncker schloss ein Scheitern der Verhandlungen mit Athen über weitere Hilfen aus. (red) **Seiten 28, 29**

Kolumne Hans Rauscher Seite 46
Kommentar Seite 48

DenizBank AG

36 Monate
1,8%*

Tagesgeld
1,0%*

Die sichere Adresse für Sparer

Eröffnen Sie jetzt Ihr Sparkonto und profitieren Sie von den attraktiven Zinsen der DenizBank.

* Zinssatz p.a., gültig nur für Privatpersonen und bis auf Widerruf.

www.denizbank.at

Contact Center 0800 88 66 00

SBERBANK DenizBank ist ein Unternehmen der Sberbank Gruppe.

Regierung schafft Bankgeheimnis de facto ab

Steuerreform im Überblick



STEUERBETRUGSBEKÄMPFUNG → 1,9 Milliarden

- Einführung Registrierkassenpflicht
- Bankgeheimnis fällt (zentrales Bankkontenregister)
- Eindämmung Mehrwertsteuerbetrug
- Allgemeine Eindämmung von Sozialmissbrauch

VERMÖGENSBEZOGENE STEUERN → 350 Millionen

- Kapitalertragsteuer auf Dividenden und Aktiengewinne steigt von 25 auf 27,5 Prozent (150 Millionen)
- Immobilienertragsteuer steigt auf bis zu 30 Prozent (115 Millionen)
- Spitzensteuersatz steigt auf 55 Prozent (50 Millionen)
- Grunderwerbsteuer wird reformiert (35 Millionen)

AUSNAHMEN IM STEUERRECHT WERDEN GESTRICHEN → 900 Millionen

- Mehrwertsteuer steigt von 10 auf 13 Prozent bei: Beherbergung, Saatgut, lebende Tiere, kulturelle Dienstleistungen, Futtermittel, Holz, Jugendbetreuung, Luftverkehr, Bäder, Museen, Filmvorführungen, Ab-Hof-Wein (250 Millionen)
- Dienstautos höher besteuern (50 Millionen)
- Einschränkung von Gebäudeabschreibung für Betriebe (400 Millionen)
- Beiträge für freiwillige Krankenversicherung, Unfall- u. Pensionsversicherung sowie Ausgaben für Wohnraumschaffung gelten nicht mehr als Sonderausgaben (200 Millionen)

EINSPARUNGEN BEI VERWALTUNG UND FÖDERALISMUS → 1,1 Milliarden

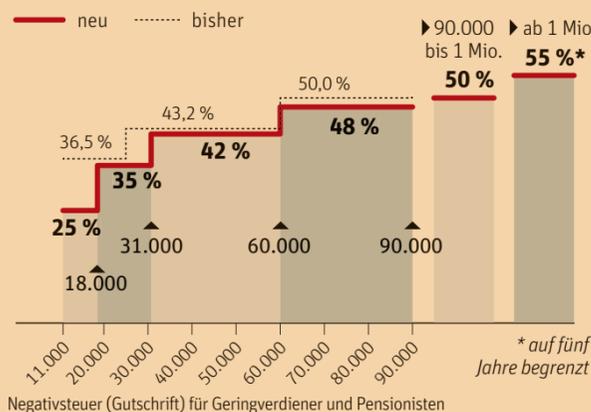
SELBSTFINANZIERUNG – BESSERE KONJUNKTUR → 850 Millionen

Quelle: APA, Regierung

NEUER STEUERTARIF

(Bruttogehalt x 12 abzgl. Sozialversicherungsbeiträgen)

Lohnsteuertarife nach Brutto-Jahreseinkommen in Euro



Auswirkung der Steuerreform – Beispiele

Beispiel	Bruttoeinkommen	Neue Steuer	Bisherige Steuer
Familie, zwei Kinder (8 und 14 Jahre)	Mann: 3.000 Euro, Frau: 1.100 Euro	1.580	1.580
Ehepaar ohne Kinder	Mann: 3.500 Euro, Frau: 3.000 Euro	2.815	2.815
Alleinstehende Pensionisten	Pension 1.400 Euro	560	560

Entlastung: Arbeitnehmer und Pensionisten

Brutto/Monat	Jahresentlastung Arbeitnehmer	Jahresentlastung Pensionisten
500	296	110
600	290	110
700	290	110
800	290	110
900	290	110
1.000	290	110
1.100	285	169
1.200	174	300
1.300	274	431
1.400	370	562
1.500	485	693
1.600	577	807
1.700	690	824
1.800	803	842
1.900	867	859
2.000	882	876
2.500	956	1.190
3.000	1.318	1.441
3.500	1.497	1.510
4.000	1.557	1.579
4.500	1.616	
5.000	1.513	1.670
5.500	1.586	
6.000	1.683	1.891
6.500	1.803	
7.000	1.923	2.131
7.500	2.043	
8.000	2.163	
8.500	2.252	
9.000	2.252	

Steuerreform wagt sich an heilige Kühe

Die Regierung hat sich geeinigt, die Parteigremien von Rot und Schwarz haben ihren Segen zur Steuerreform erteilt. Das Gefeilsche geht jetzt aber erst richtig los. Vor allem ÖVPLer wollen noch einiges verhindern.

Günther Oswald

Eine „Bombe“ gebe es noch, von der kein Medium etwas mitbekommen habe, frohlockte ein Verhandler in der Nacht auf Freitag. Zuvor hatten die Steuerteamer rund um Kanzler Werner Faymann und ÖVP-Chef Reinhold Mitterlehner in einer gut dreistündigen Runde die letzten Details der Steuerreform geklärt. Freitagmittag schlug dann die Bombe ein. Das Bankgeheimnis, eine heilige Kuh in Österreich, soll für die heimischen Unternehmen deutlich gelockert werden, gaben die beiden Regierungsparteien bekannt. Durch diese Maßnahme will man Steuerbetrügerei leichter auf die Schliche kommen – 700 Millionen Euro sollen jährlich eingenommen werden.

Konkret ist die Einführung eines zentralen Bankkontenregisters geplant. Im Zuge von Abgabenprüfungen wird die Finanz auf dieses Register zugreifen können. Bisher mussten Banken nur auf richterliche Anordnung Kontoinformationen preisgeben. OECD und auch die Korruptionsstaatsanwaltschaft drängen seit Jahren auf Verschärfungen in diesem Bereich.

Banken alarmiert

Unklar war zunächst die genaue Ausgestaltung. Laut SPÖ sollen nur Betriebe unter die Lupe genommen werden. Für Privatpersonen gelte das Bankgeheimnis weiterhin. Später wurde diese Darstellung auch vom Finanzministerium bestätigt.

Die Banken sind jedenfalls bereits alarmiert: Der langjährige ÖVP-Abgeordnete und Chef des Sparkassenverbands, Michael Ikrath, sieht einen „eklatanten

Wortbruch der Regierung“. Stets habe man versprochen, am Bankgeheimnis für Inländer ändere sich nichts. „Deswegen bin ich fassungslos über diese Ankündigung.“ Ikrath im Gespräch mit dem STANDARD: „Wollen wir wirklich die monetären Schlafzimmer unserer Bürger für die behördlichen Voyeure öffnen, sodass diese beliebig ein und aus gehen können?“ Der Banker erwartet nun Widerstand im ÖVP-Klub.

Den könnte es auch noch bei einem anderen Thema geben: Der Wirtschaftsbund mobilisiert weiter gegen die geplante Registrierkassenpflicht, Christoph Leitl hat bereits parlamentarische Nach-

verhandlungen angekündigt (siehe Seiten 5 und 6). Beide Maßnahmen braucht die Koalition aber, um die Steuerreform im Ausmaß von fünf Milliarden Euro finanzieren zu können.

Am Tag der Präsentation hielten sich die Kritiker daher auch weitgehend zurück. Von beiden Parteigremien wurden die Steuerpläne absegnen. Wie berichtet, sinkt der Eingangssteuersatz von 36,5 auf 25 Prozent. Kleinstverdiener werden über eine erhöhte Steuergutschrift (Negativsteuer) entlastet. Einige Details wurden in der letzten Verhandlungsrunde noch abgeändert. Der erhöhte Steuersatz von 3,5 Prozent bei der Grunderwerbsteuer soll nun erst bei Immobilien und Grundstücken, die mehr als 400.000 Euro wert sind, greifen. Die ÖVP möchte aber auch diesen Passus noch nachverhandeln.

Der Anteil an vermögensbezogenen Steuern ist noch einmal etwas geschrumpft. Statt der ursprünglich von der SPÖ anvisier-

ten zwei Milliarden Euro sind es letztlich nur 350 Millionen geworden. Wobei bei der Kapitalertragsteuer (KESt) noch Hürden auf die Koalition warten. Sie soll nur bei Dividenden und Spekulationsgewinnen von 25 auf 27,5 Prozent steigen. Hebt man den Satz aber bei den Dividenden an, steigt die KESt auch automatisch bei den Sparbüchern. Das will die Regierung aber unbedingt vermeiden.

Feiltschen im Parlament

Daher braucht man die Zustimmung von Grünen oder FPÖ im Parlament. Beide Parteien haben bisher aber eher abgewunken. Was die Grünen möglicherweise überzeugen könnte: Auch für die Änderung des Bankgeheimnisses braucht die Regierung eine Verfassungsmehrheit im Nationalrat.

Der Spitzensteuersatz für Einkommen über einer Million steigt ab 2016 von 50 auf 55 Prozent. Diese Maßnahme soll allerdings auf fünf Jahre befristet sein. Die Vergangenheit hat freilich gezeigt,

dass derartige Versprechungen nicht zwingend halten müssen. Auch die vor zwei Jahren eingeführte „Solidarabgabe“ für Spitzenverdiener (ab 186.000 Euro) wurde zunächst befristet eingeführt, mittlerweile handelt es sich um eine Dauerregelung.

Einige steuerliche Ausnahmen werden eingeschränkt. So können Ausgaben für private Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherungen, aber auch Ausgaben für Wohnraumschaffung und -sanierung künftig nicht mehr als Sonderausgaben in der Steuererklärung berücksichtigt werden (im ersten Jahr bringt das 200 Millionen). Diese Einschränkung gilt aber nur für Neuverträge, an bestehenden Kontrakten ändert sich nichts.

Bis zuletzt schwammig blieb, wie die Regierung im Bereich Verwaltung und Förderungen eine gute Milliarde einsparen will. Vereinbart wurde nur: Zwei Drittel steuert der Bund bei, ein Drittel Länder und Gemeinden.

Kümmertliches Päckchen, PR-Gag, Sturm im Wasserglas

Oppositionsparteien zerpflücken Vorhaben der Regierung, Grüne lassen Zustimmung zur KESt offen

FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache bezeichnete die Steuerreformvorhaben der Regierung als „kümmertliches Päckchen“. Er hielt der Regierung vor, sich nicht dem Ausgabenproblem zu widmen. Strache zeigt sich überzeugt, dass die Wirkung der Steuerreform für die Arbeitnehmer in „spätestens zwei Jahren“ wieder „verpufft“ sei: „Meilensteine sehen anders aus.“ Als falsch hätten sich laut Strache die Ankündigungen der Regierungsspitze über keine bevorstehenden Steuererhöhungen herausgestellt. Für ihn bedeuten die „teilweise massiven“ Erhöhungen bei der Umsatzsteuer, bei der Grunderwerbsteuer und der Kapitalertragsteuer eine „weitere Mehrbelastung“.

Für die Grünen ist das Reformvorhaben lediglich eine „Tarifanpassung“, von der vor allem Spitzenverdiener profitieren würden. Der Hauptteil der Entlastung gehe in die mittleren und oberen Einkommensbereiche, kritisierte Grünen-Chefin Eva Glawischnig. „Die Behauptung, dass Niedrigverdiener entlastet werden, ist falsch.“ Es seien die obersten zehn Prozent, die „maximal Minibeträge zahlen werden“.

Vor allem die „Millionärssteuern“ seien ein „PR-Gag“: „Das betrifft 418 Personen.“ Verlierer seien die Niedrigverdiener, und vor allem Frauen seien im Stich gelassen worden, denn von den fünf Mrd. Euro Entlastungsvolumen würden zwei Drittel auf Männer entfallen.

Als „besonders problematisch“ sehen die Grünen die Gegenfinanzierung. „Bis zur Hälfte ist diese Tarifanpassung auf Sand gebaut“, meinte Glawischnig. Sie befürchte, dass die Reform dank fehlender Gegenfinanzierung durch Kürzungspakete in den kommenden Monaten bezahlt werden müsse. Dass Geld aus der Betrugsbekämpfung kommen soll, sei zwar positiv, die veranschlagten knapp zwei Milliarden Euro seien aber „vollkommen überhöht“.

Ob die Grünen der Regierung zur nötigen Verfassungsmehrheit für eine Erhöhung der Kapitalertragsteuer auf Dividenden, ohne dass gleichzeitig die KESt auf Sparbücher steigt, verhelfen werden, hielt sich Glawischnig noch offen.

Für die Neos greifen die Steuerreformpläne „viel zu kurz“. Parteichef Matthias Strolz ortet lediglich „Beruhigungsspielen“ für die Steuerzahler, „mutige Reformen“ fehlten. Überrascht zeigt er sich, dass Unternehmen „völlig außen vor“ gelassen werden und eine „echte Entlastung des Faktors Arbeit“ nicht forciert werde. Fixpunkte einer Steuerreform, die die „marodierende große Koalition“ nicht berücksichtigt habe, wären für Strolz „Zukunftsinvestitionen“, „Abschaffung der kalten Progression“ und „Steuerverantwortung für die Bundesländer“.

Für Team-Stronach-Klubobfrau Waltraud Dietrich ist die Reform eine „bloße Geldumverteilung“ und ein „Sturm im Wasserglas“. (red)

„Die Abgabenquote wird nicht gesenkt“

„Budgetär war halt nicht mehr drin“, sagt Ökonom **Gottfried Haber** über eine große, aber konventionelle Steuerreform, die trotzdem das Budget gefährden wird.

INTERVIEW: Lisa Nimmervoll



STANDARD: Die Regierung verkauft „die größte Steuerreform der Zweiten Republik“. Ist sie das?

Haber: Vom Volumen her ist sie mit fünf Milliarden Euro tatsächlich eine große Steuerreform. Die Tarifreform als Kernstück ist ein Schritt in die richtige Richtung, mit dem der Mittelstand entlastet wird. Aber ansonsten sind die großen Veränderungen ausgeblieben. Was Fragen der Steuerstruktur betrifft, ist man noch sehr konventionell geblieben. Da bleibt noch viel Raum für zukünftige Reformen, sowohl im Bereich des Steuersystems als auch insbesondere im Bereich des Transfer- und Sozialversicherungssystems oder bei den Lohnnebenkosten.

STANDARD: Was fehlt Ihnen?

Haber: Wenn man das löst, was dem, was politisch machbar ist: Ich habe immer einen Gleittarif präferiert, hätte also bei der Tarifreform einen stufenlosen Tarif bevorzugt, bei dem man die Progressionsstufen ganz abschafft. Ich hätte beim Tarif auch überlegt, ob man nicht die Entlastungseffekte bei den höheren Einkommen geringer ausfallen lässt und einen höheren Entlastungseffekt im Mittelstandsbereich generiert.

STANDARD: Dafür kommt die „Millionärssteuer“. Sie trifft 416 handverlesene „Einkommensmillionäre“. Mehr als ein symbolischer Akt?

Haber: Diese 55 Prozent Höchststeuersatz treffen tatsächlich nur ein paar Hundert Steuerpflichtige, haben aber auch den Nachteil, dass der Spitzensteuersatz im internationalen Vergleich als Indikator herangezogen wird, und auch wenn er de facto niemals wirksam wird, schaut das natürlich optisch nicht unbedingt wettbewerbsvorteilhaft aus.

STANDARD: Am unteren Ende der Einkommensskala soll es höhere Steuergutschriften geben. Gut so?

Haber: Ich persönlich halte von Negativsteuern sehr wenig, weil es ja eigentlich eine Transferzahlung ist. Am Ende wäre es transparenter zu sagen, wer keine Steuer zahlt, bekommt auch keine Entlastung über das Steuersystem. Dafür gibt es eben ein Sozialtransfersystem für zielgerichtete Transferunterstützung. Ich halte auch die Kritik, es sei zu wenig für Unternehmer dabei, für nicht ganz fair, weil der Tarif auch die Einkommenssteuer umfasst und damit auch der Großteil der Unternehmer – weit mehr als 80 Prozent sind keine Kapitalgesellschaften – entlastet wird. Aber die großen Würfe sind ausgeblieben. Die Gegenfinanzierung ist sehr hoch.

STANDARD: Apropos: zu hoch?

Haber: Budgetär war halt nicht mehr drin. Aber auf Pump macht eine Steuerreform auch keinen Sinn. Das scheint man auch nicht zu wollen, und das ist gut so. Aber das heißt halt, dass die Steuer- und Abgabenquote nicht gesenkt wird, und das wäre das Ziel, das man mittelfristig erreichen muss. Aber das geht nur über Einsparungen auf der Ausgabenseite, und die sind kurzfristig nicht realisierbar.

STANDARD: Es sind einige Positionen drin, die sehr optimistisch klingen, um nicht zu sagen: unrealistisch. Etwa zwei Milliarden Euro aus Steuerbetrugsbekämpfung.

Haber: Steuerbetrugsbekämpfung ist sicher ein lohnendes, vernünftiges Ziel, weil das Schlimmste an einem Steuersystem ist, wenn es unfair ist. Und Steuerbetrug ist unfair. Ob man damit, vor allem schon 2016, tatsächlich zwei Milliarden bekommt, wage ich zu bezweifeln. Das scheint mir sehr unrealistisch zu sein – und hat natürlich auch einen gewissen konsumdämpfenden Effekt. Es trifft die Steuerpflichtigen letztlich schon, denn was verstehen wir unter Steuerbetrug? Natürlich auch so Dinge wie „Nachbarschaftshilfe“, die Putzfrau und Ähnliches. Also zahlt man sich damit die Steuerreform schon auch selbst, nicht nur abstrakt irgendwelche großen Konzerne, die die Steuerlast in der Regel legal verschieben. Auch die Selbstfinanzierungseffekte sind sehr hoch angesetzt.

STANDARD: Nämlich mit 850 Millionen Euro. Ist das realistisch?

Haber: Die Frage ist, wie es gemeint ist. Ein Teil der Selbstfinanzierungseffekte entsteht ja auch dadurch, dass die Bundesländer Einnahmeherausfälle haben über die gemeinschaftlichen Bundesabgaben. Rechnerisch richtig, aber eben ein Nullsummenspiel. Die anderen Selbstfinanzierungseffekte durch Konjunkturbelebungs- und tendenzielle Erhöhung der Konsumtätigkeit können durchaus einen leicht positiven Effekt haben, nur so hoch wird der nicht sein. Auch die Gesamtgrößenordnung ist deswegen zweifelhaft, denn wenn ich von den fünf Milliarden Volumen, zumindest wenn es nach dem Plan der Regierung geht, tatsächlich vier Milliarden gegenfinanziere, dann bleibt als Nettoentlastungseffekt nur eine Milliarde Euro übrig. Dann zu sagen, dieser Nettoentlastungseffekt ist quasi zu hundert Prozent über Konsumeffekte steuerwirksam, ist gewagt, weil in der Regel würde man ja erwarten, dass es

vielleicht zehn oder 20 Prozent sind, vielleicht 30, die über Steuereinnahmen wieder zurückfließen. Würde der Konsum um fünf Milliarden Euro steigen, dann könnte man optimistisch eine Milliarde veranschlagen. Nur es sind ja nicht fünf Milliarden an Nettoentlastungseffekt, sondern es ist ja eigentlich nur eine Milliarde.

STANDARD: Unterm Strich ist also die Gegenfinanzierungsseite ein besonders wackliges Konstrukt?

Haber: Ja, die Gegenfinanzierungsseite halte ich für sehr optimistisch gesetzt, und ich glaube daher auch, dass trotz aller richtigen Versuche, nicht auf Pump eine Steuerreform zu machen, dennoch eine Budgetbelastung entstehen wird und dadurch auch die Stabilitätsziele gefährdet werden.

GOTTFRIED HABER (42) studierte BWL und VWL an der WU, lehrte bis 2012 an der Uni Klagenfurt, ist jetzt Professor an der Donau-Uni Krems, seit 2013 Mitglied des Generalrats der Nationalbank und Vizepräsident des Fiskalrats. Foto: ÖAIE/Schedl



Finanzminister Hans Jörg Schellings erste Steuerreform.

Foto: Christian Fischer

Ok, aber hin nur bergab. Und zurück fahren wir.



Jetzt Wiener Linien Wanderführer holen!
Kostenlos in der Infostelle Stephansplatz oder unter blog.wienerlinien.at



Die Stadt gehört Dir.

Rote Zustimmung in den Parteigremien, aber Kritik bleibt nicht aus

Steuerfriede oder Was die Jungsozis nicht wissen

Während die jungen Roten ihren Unmut kundtaten, bejubelten andere die „größte Steuerreform aller Zeiten“. Das SPÖ-Präsidium votierte einstimmig, der Vorstand mit drei Gegenstimmen für die Steuerreform.

Draußen, vor dem Parlament, währte man sich fern des – auch von roter Seite als Traumdestination verkauften – Steuerparadieses. Da wurde im Nieselregen die Reichensteuer an den Galgen gehängt, da zündete die Vorsitzende der Sozialistischen Jugend die Grablichter an. Julia Herr (siehe Interview) und die jungen Roten waren mit ihrer Forderung nach einer Reichensteuer nicht durchgekommen, das wollte öffentlich betrauert werden.

„Total lieb“

Drinne, im SPÖ-Klub, herrschte indes Charterflugstimmung. Unisono sprachen die zu Präsidium und Vorstand eilenden Parteigranden von der „größten Steuerreform aller Zeiten“. Die Jubellaune fand später in einem einstimmigen Präsidiumsbeschluss und einem Vorstandsbeschluss mit lediglich drei Gegenstimmen (zwei von SJ-Vertreterinnen, eine vom VSSStÖ) ihren Niederschlag.

Manch einer konnte sich einen kleinen Seitenhieb in Richtung Jungsozis nicht verkneifen. Der Voralberger SP-Chef Michael Ritsch etwa sagte, vom STANDARD



Öffentlichkeitswirksam trauern mit der Sozialistischen Jugend: Vor dem Parlament wird symbolisch die Reichensteuer gehängt. Die roten Altspatzen haben dafür beim SP-Präsidium kein Verständnis.

auf die Protestaktion vor dem Parlament angesprochen: „Das ist total lieb. Aber da hab ich null Verständnis.“ Schließlich sei jetzt endlich eine Entlastung da. Und „wenn sie schon demonstrieren wollen, sollen sie das vor der ÖVP-Partei zentrale tun“, findet Ritsch. „Dort sind die Verhinderer. Man sollte aber auch als Jungsozi wissen, dass man in einer Koalition nicht alles durchsetzen kann.“ Der er-

zielte Kompromiss ist für Ritsch jedenfalls „durchaus vorzeigbar“.

Das sah auch Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser so. Was die fehlende Millionärsabgabe anlangt, erklärte die Ministerin den versammelten Journalisten pragmatisch: „Glauben Sie nicht, dass es den Leuten egal ist, woher das Geld kommt, wenn sie es nicht selbst finanzieren müssen?“

Sogar ÖGB-Präsident Erich Fog-

lar verspürte diesbezüglich keine Wehmut. Die Steuerreform sei „genau das, was wir wollten“, die wesentlichen Forderungen von Gewerkschaft und Arbeiterkammer seien mit der Steuerreform erfüllt. Also gab es grünes Licht im Gewerkschaftsvorstand.

Auch Burgenlands SP-Landeshauptmann Hans Niessl, der als Erster die Kampfeslosung „Mehr Netto vom Brutto“ in die konkrete

Zahl „circa 1000 Euro im Jahr“ gegossen hat, ist zufrieden. „Die Entlastung des Mittelstands ist deutlich ausgefallen.“ Bei der Gegenfinanzierung ist die Zufriedenheit zwar deutlich geringer, am wichtigsten – das hat Niessl den SP-Verhandlern in den vergangenen Tagen dem Vernehmen nach auch sehr deutlich gemacht – ist aber die gewerkschaftliche Zufriedenheit. Die ist unabdingbar für die gerade anlaufende Kampagne für die Landtagswahl am 31. Mai. Niessls Zusammenfassung vom harten Weg ins Steuerparadies: „Die SPÖ hat sich mit der Entlastung durchgesetzt, die ÖVP mit dem Schutz für Millionäre.“

Reichhaltiges Kuchenstück

Sein steirischer Kollege Franz Voves zeigte sich ebenfalls zufrieden: „Man muss scheinbar beim Koalitionspartner ÖVP viel verlangen, um das zu bekommen, was notwendig und richtig ist – nämlich eine spürbare Entlastung des Faktors Arbeit im Interesse der Klein- und Mittelverdiener.“ Voves war bis zuletzt vehement für eine „Reichensteuer“ eingetreten.

SP-Klubchef Andreas Schieder gestand zwar ein, dass in Sachen Gegenfinanzierung „nicht alles, was wir auf unserer Liste gehabt haben“, durchgegangen ist, aber: „In Summe ist es ein rundes und faires Paket.“ Nachschärfungen schloss Schieder aus.

Die braucht es für den roten General Norbert Darabos auch nicht, er betonte, man werde sich „noch wundern, wie viel von dem Kuchen von fünf Milliarden Euro von den Reichen kommt“. (jub, mue, riss, wei)

„Es sieht wieder so aus, als wäre die SPÖ umgefallen“

Im Parteivorstand der SPÖ hat **Julia Herr**, Vorsitzende der Sozialistischen Jugend, gegen die Steuerreform gestimmt. An der Gegenfinanzierung durch Betrugsbekämpfung zweifelt sie, auf die Millionärssteuer pocht sie.

INTERVIEW: *Katrin Burgstaller*

STANDARD: Wie zufrieden ist die Sozialistische Jugend mit der Steuerreform?

Herr: Ich mache etwas, was ich nicht oft mache, und zitiere Hans Niessl. Er hat gemeint, dass das Volumen passt und sich die sozialdemokratische Handschrift an der Entlastung der niedrigen Einkommen zeigt. Aber die Reichen sind schon wieder davon gekommen, das ist die Handschrift der ÖVP. Der Meinung sind auch wir. Wir haben uns vermögensbezogene Steuern erwartet, etwa die Erbschafts-, die Schenkungs- oder die Vermögenssubstanzsteuer. Wenn diese Steuern mit über 800.000 gesammelten Unterschriften als Rückenwind nicht gekommen sind, fragen wir uns, ob das überhaupt jemals der Fall sein wird.

STANDARD: Planen Sie Proteste?

Herr: Wir haben eine Aktion vor dem Bundesparteivorstand gemacht, um alle Mitglieder darauf hinzuweisen, dass diese Steuern zwar nicht kommen, obwohl wir sie gefordert haben, wir aber daran festhalten. Wir lehnen nicht alle Teile der Steuerreform ab. Die Senkung des Eingangssteuersatzes ist ein richtiger Ansatz, ebenso die Erhöhung der KEST auf Dividenden und die Grunderwerbssteuer-Erhöhung.

STANDARD: SPÖ-Bundesgeschäftsführer Norbert Darabos hat gesagt, 2,3 Milliarden kommen aus „gerechten“ Vermögenssteuern und dem Kampf gegen Steuerbetrug. Damit sind Sie nicht zufrieden?

Herr: Die Frage ist, ob das tatsächlich ein

gedeckter Scheck ist. Nichts hätte die Gegenfinanzierung so fix abgesichert wie die Einnahmen aus Vermögenssteuern, etwa der Erbschaftssteuer oder Vermögenssubstanzsteuern. Ob die 1,9 Milliarden aus der Betrugsbekämpfung halten, weiß ich nicht. Wenn dann letztlich Einnahmen aus anderen Quellen erschlossen werden müssen, fürchten wir ein Wiederaufleben der vorzugsweise von der ÖVP geführten Debatte um den Rückbau des Sozialstaats.

STANDARD: Beispielsweise Immobiliengeschenke werden künftig stärker besteuert. Ist das kein annehmbarer Kompromiss?

Herr: 400 Millionen Euro werden über vermögensbezogene Steuern eingehoben, unsere Forderung war zwei Milliarden, die ÖVP wollte gar keine. Ein Kompromiss wäre eine Milliarde gewesen. Statt den Vermögenssteuern zuzustimmen, hat sich die ÖVP auf die Registrierkassenpflicht eingelassen, die die kleinen Wirte trifft. Da sieht man, welche Prioritäten die ÖVP hat.

STANDARD: Haben die Sozialdemokraten zu schwach verhandelt?

Herr: Das ist schwer zu sagen, weil wir von der Sozialistischen Jugend nicht am Verhandlungstisch gesessen sind. Die Optik ist zumindest schwierig, weil es wieder so aussieht, als wäre die SPÖ umgefallen.

STANDARD: Kann die SPÖ mit der Millionärssteuer noch in Wahlkämpfe gehen, oder hat sie das nun verwirkt?



Herr: Die Frage ist, ob sie noch glaubwürdig ist in dieser Sache. Wir werden dafür sorgen, dass das Thema auf dem Tisch bleibt.

JULIA HERR (22), geboren in Sigleß im Burgenland, ist seit 2014 Vorsitzende der Sozialistischen Jugend.

Foto: APA

„Das ist keine Steuerreform, es ist nur eine Verteilung von Geld“

Georg Kapsch, Präsident der Industriellenvereinigung, vermisst Strukturreformen. Diese Chance sei vergeben. Er fragt sich, warum die Regierung erst jetzt Steuerbetrug bekämpfen will.

INTERVIEW: *Marie-Theres Egedy*

STANDARD: Sie wollten Ihre Stiftung abziehen: Sind Sie froh, dass Sie die Drohung nicht wahr machen müssen?

Kapsch: Natürlich bin ich erleichtert. Ich habe das nicht als Erpressung gesehen. Es wird immer vergessen, dass Stiftungen auch Steuern zahlen. Wenn sie abwandern, tun sie das nicht mehr. Außerdem sind sie wichtig für Kultur und Wissenschaft. Das ist nicht reines Cash, das besteuert werden kann, der Großteil sind Firmenanteile von Familienunternehmen.

STANDARD: Sind Sie jetzt zufrieden mit der Steuerreform?

Kapsch: Es ist keine Reform, es ist nur eine Verteilung von Geld: Sie wird nicht ausgabenseitig finanziert, sondern nur über Einnahmen. Das schmerzt. Man hätte die Reform für Strukturmaßnahmen nutzen können. Davon gibt es aber keine einzige.

STANDARD: In der Verwaltung soll aber über eine Milliarde geholt werden.

Kapsch: Das schaue ich mir an, wie das innerhalb dieser Frist gehen soll. Das Budget läuft jetzt schon aus dem Ruder. Wie soll die Reform finanziert werden? Ich glaube nicht daran, dass zwei Milliarden aus dem Kampf gegen Steuerbetrug kommen können. Warum wurde das bisher nicht gemacht? Ich fürchte, dass es durch ein Defizit finanziert wird.

STANDARD: Stichwort Steuerbetrug: Die Regierung plant ein zentrales Bankkontenregister

für Unternehmen, auch das Bankgeheimnis soll fallen.

Kapsch: Davon halte ich nichts, es ist nur zusätzliche Bürokratie.

STANDARD: Für die Industrie sind keine Überraschungen dabei.

Kapsch: Wir konnten die schlimmsten Dinge abwehren. Aber ich hätte gerne ein neues Konzept für dieses Land gehabt. Diese Chance ist vertan. Positiv ist zumindest der Ausbau der Forschungsförderung.

STANDARD: Was waren die schlimmen Dinge?

Kapsch: Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer. Aber wir bekommen eine Erhöhung der Arbeitszusatzkosten, obwohl sie erst im Vorjahr reduziert wurden.

STANDARD: Kritiker bezeichnen die Grunderwerbssteuer als versteckte Erbschaftssteuer.

Kapsch: Das trifft nicht die Industrie, sondern alle Grundbesitzer. Vor allem im ländlichen Raum. Sinnvoller wäre eine Erhöhung der Grundsteuer gewesen. Darüber hat man sich offensichtlich nicht getraut.

STANDARD: Teile der SPÖ feiern die Anhebung der KEST als Millionärssteuer.

Kapsch: Das trifft voll den Mittelstand. Es ist fraglich, ob es verfassungsrechtlich hält.

STANDARD: Wie bewerten Sie die Entlastung der kleineren Einkommen?

Kapsch: Wenn wir fünf Milliarden in die Entlastung der Tarife stecken, hilft es nicht, wenn keine Arbeitsplätze geschaffen werden. Unternehmen müssen auch entlastet werden.



GEORG KAPSCH (55) ist Chef der Industriellenvereinigung und CEO der Kapsch-Gruppe. Foto: Cremer

Mitterlehner brachte das Paket einstimmig durch den Vorstand

Die Ruhe nach dem Sturm und demonstrative ÖVP-Einigigkeit

Vorab gab es heftige Querschüsse gegen die Steuerpläne der Regierung. Am Tag der Präsentation konnten parteiinterne Kritiker ruhiggestellt werden, auch der Wirtschaftsflügel rückte von seinem Widerstand ab. Der Bundesvorstand segnete die Reform einstimmig ab.

Simon Moser

Christoph Leitl kam verspätet und durch den Hintereingang zum Bundesvorstand. Das war aber auch schon die größte Abweichung rund um die Absegnung der Steuerreformpläne innerhalb der ÖVP. Auch Leitl, der noch in der Vorwoche angekündigt hatte, „bis zur letzten Patrone“ gegen die Registrierkassenpflicht kämpfen zu wollen, stimmte dem Gesamtpaket am Freitag zu und stellte sich einem einstimmigen Vorstandsbeschluss nicht in den Weg. Er begrüßte alles, was der Betrugsbekämpfung diene, „Schikane“ und zusätzliche Bürokratie lehne er aber ab, sagte der Wirtschaftsbundobmann nach der Sitzung. Generell hätte sich Leitl von der Steuerreform „mehr gewünscht“, er hoffe aber bei einigen Punkten noch auf Änderungen im parlamentarischen Prozess.

Zumindest wenn es nach Parteibundobmann Reinhold Mitterlehner geht, verlief auch die Sitzung selbst ohne größere Misstöne. Die Regierungspläne seien „im Wesentlichen sehr positiv aufgenommen“ worden, verkündete der Vizekanzler nach gut zweistündiger

Beratung. Zwar habe es sehr wohl inhaltliche Bedenken gegeben, etwa wegen der Erhöhung der Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen. Auch in Sachen Grunderwerbssteuer habe es Einwände gegeben. „Bei einzelnen Punkten müssen wir nachschärfen“, will Mitterlehner diese noch ausräumen. Dies gelte auch für die Registrierkassenpflicht. Für Unternehmen, die ihr Kassensystem nachrüsten müssen, stellte er steuerliche Abschreibungen in Aussicht. SPÖ-Klubchef Andreas Schieder wies den Wunsch nach Nachschärfungen jedenfalls schon einmal zurück.

Den neuen Höchststeuersatz von 55 Prozent für Einkommen über einer Million Euro bezeichnete Mitterlehner als „Sondermillionärssteuer“. Einen offenen Punkt klärte er im Hinausgehen: Die lange im Raum stehende Beleglotterie werde nicht kommen.

Wortkarge ÖVP-Granden

Am Dienstag wurde der Regierungsbeschluss gefasst, hielt Mitterlehner zum weiteren Vorgehen fest. Bis dahin wird es wohl noch weitere Kommentare aus den Reihen der ÖVP geben. Vor und nach der Vorstandssitzung gaben sich die Teilnehmer hingegen wortkarg. Auch von Finanzminister Hans-Jörg Schelling gab es vorerst keine Stellungnahme. Weniger zugeknöpft gab sich Erwin Pröll. Er zeigte sich erleichtert, dass keine Vermögenssteuer geplant ist: „Die Kuh, die man melkt, soll man nicht schlachten.“



Foto: Christian Fischer

Kaum Zweifel am beschlossenen Steuerkompromiss gab es für Vizekanzler Mitterlehner am Freitag beim ÖVP-Bundesvorstand.

ZITIERT

Wir bewegen mit dieser Steuerreform die größte Steuerreform in der Geschichte der Zweiten Republik.

Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) lobt die Regierung

Nur Gutes.

Vizekanzler Reinhold Mitterlehner (ÖVP) kündigt die Reform knapp, aber erfolversprechend an

Wir haben gewusst, dass die, die etwas bekommen, das wahrscheinlich als zu wenig empfinden werden. Wo die Gegenfinanzierung erstellt wird, wird man das als zu viel empfinden.

Mitterlehner rechnet allerdings nicht mit allzu viel Jubel

Leben und leben lassen.

Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll (ÖVP) analysiert die Reform

Die Kuh, die man melkt, schlachtet man nicht.

Pröll über die verhinderte Vermögenssteuer

Und wenn der Türspalt offen ist, sieht man Licht dahinter.

Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) hofft doch noch auf eine Vermögenssteuer

Wir zahlen es uns nicht selbst, das ist in hohem Maße gelungen.

ÖGB-Chef Erich Foglar zeigt sich trotz Verzichts auf Reichensteuer zufrieden

Von einer Steuerreform kann man nicht sprechen, wir haben es mit einer Tarifanpassung zu tun.

Grünen-Chefin Eva Glawischnig hätte sich mehr erwartet

KRAFT MIT KONTROLLE.



DER MAZDA CX-5 AWD.
JETZT MIT € 1.500,- ALLRADBONUS*



Mehr Sicherheit, Fahrspaß und Beschleunigung auf jedem Untergrund. Neben maximaler Allrad-Performance, international ausgezeichnetem KODO-Design und effizienter SKYACTIV-Technologie bietet der Mazda CX-5 AWD ein Komfort- und Sicherheitspaket, das seinesgleichen sucht. Und wer sich bis 31. März für den SUV von Mazda entscheidet, erhält zusätzlich € 1.500,- Allradbonus*.

LEIDENSCHAFTLICH ANDERS.

* Allradbonus in Höhe von € 1.500,- gültig bei Kauf eines lagernden Mazda CX-5 AWD Neuwagens bis 31.3.2015, ausgenommen Modelle 2015. Verbrauchswerte: 4,6-6,6 l/100 km, CO₂-Emissionen: 119-155 g/km. Symbolfoto.

MEHR AUF MAZDA.AT

Den kleinen und großen Betrügern auf der Spur

Die Koalition hat große Pläne, wie Steuerbetrug reduziert werden soll. Vor allem die ÖVP sieht Handlungsbedarf im Sozialbereich – Stichwort Mindestsicherung und Krankenstand. Experten zweifeln an den Einnahmenschätzungen.

Ein wenig erinnert der Plan an Griechenland. Die Eindämmung von Steuerbetrug soll fast 40 Prozent der Steuerreform gegenfinanzieren. Den größten Brocken, nämlich eine Milliarde Euro, soll die Einführung einer **Registrierkassenpflicht** bringen. Sie gilt für Unternehmen, die pro Jahr zumindest 15.000 Euro Nettoumsatz erzielen. Verpflichtet müssen künftig auch Belege ausgestellt werden. Welche Sanktionen bei Nichterfüllung vorgesehen sind, war vorerst noch unklar. Weiters werden die Einzelaufzeichnungspflichten verschärft, wobei auch hier noch keine ausformulierten Gesetze vorliegen.

Bei den Registrierkassen setzt man auf ein in Deutschland entwickeltes Verfahren (Insika), das angeblich manipulationssicher sein soll. Abgesehen von Feldversuchen kommt es aber bisher in der Bundesrepublik noch nicht zum Einsatz. Eine Beleglotterie wird es, entgegen ersten Meldungen, doch nicht geben.

700 Millionen Euro erhofft sich Rot-Schwarz durch die von den Banken massiv kritisierte Möglichkeit für die Finanz, im Zuge von **Abgabenprüfungen** Einschau in alle Bankkonten zu bekommen (siehe Seite 2).

Der auf das Thema Steuerbetrug spezialisierte Ökonom Friedrich Schneider hält diese Schätzungen für viel zu optimistisch. Die Registrierkassenpflicht werde realistischweise nur 100 bis 150 Mil-

lionen bringen. Die deutliche Aufweichung des Bankgeheimnisses werde nicht mehr als 500 Millionen bringen, glaubt Schneider.

Viel mehr zu holen sei beim Mehrwertsteuer-Karussellbetrug (hier rechnet das Finanzministerium nur mit rund 100 Millionen).

Auf Drängen der ÖVP wurden in das Betrugsbekämpfungspaket aber auch noch zahlreiche Punkte aus dem Sozialbereich aufgenommen (100 bis 200 Millionen). Viel mehr als Überschriften gibt es hier zwar noch nicht, diese haben es aber zum Teil in sich und sorgen in Gewerkschaftskreise für Unmut.

Der „Missbrauch der bedarfsorientierten Mindestsicherung“ soll laut einer ÖVP-Aufstellung durch „effektive Arbeitsanreize“ reduziert werden. Um ungerechtfertigten Bezug von Mindestsicherung zu reduzieren, will man weiters auf verstärkte Kontrollbesuche setzen. Ebenso soll „Krankenstandsmissbrauch“ und „E-Card-Missbrauch“ verhindert werden.

Wie berichtet, sind auch einige Maßnahmen gegen **Scheinfirmen** geplant. Die Gebietskrankenkassen werden mit elektronischen Analysetools ausgestattet. Im Bereich des **privaten Hausbaus** sind verstärkte Kontrollmaßnahmen gegen Schwarzarbeit geplant. Die Details müssen hier noch auf Sozialpartnerebene verhandelt werden. Um die Pläne umzusetzen, bekommt das Finanzressort mehr Personal – was allerdings schon im Vorjahr vereinbart worden war. (go, ruz)



Vizekanzler Reinhold Mitterlehner und Kanzler Werner Faymann präsentierten am Freitagabend im Kanzleramt die Details der Steuerreform. Für den Kanzler habe sich in den Verhandlungen gezeigt, dass beide Koalitionspartner ein Ergebnis wollten. „Wir reagieren in der Krise nicht mit dem Rotstift“, sagte Faymann.

Foto: Christian Fischer

„Bei Wohnungen kommt es zu massiver Mehrbelastung“

Steuerberater beobachten bereits Vorzieheffekte bei der Übertragung von Immobilien innerhalb der Familie. Auch Dividendenausschüttungen könnten möglichst noch heuer durchgeführt werden.

Johanna Ruzicka

Steuerberater und Wirtschaftsprüfer konnten in den letzten Monaten bereits die große Verunsicherung beim Bürger beobachten, was die künftige Übertragung von Eigentum betrifft: „Wenn man mit seinem Eigentum sowieso etwas plante, hat man in der letzten Zeit bereits Grundstücksschenkungen durchgeführt“, sagt Roland Rief vom Beratungsunternehmen EY.

Diese Schenkungen wurden vorgenommen, da man im Vorfeld zur Steuerreform die Einführung einer Erbschaftssteuer befürchte-

te. Diese ist jetzt nicht gekommen. Doch ist die neue Grunderwerbsteuer auch nicht ohne. „Diese Steuer führt bei Wohnungen zu einer massiven Mehrbelastung, auch bei der Übertragung innerhalb der Familie“, sagt Verena Trenkwalder von der KPMG.

Ab 1. Jänner 2016 wird es also teurer, Wohnungen, Häuser sowie Grund und Boden zu verkaufen, zu verschenken oder zu vererben. Bisher bezahlte man in einem solchen Fall innerhalb der Familie zwei Prozent vom dreifachen, niedrigen Einheitswert. Künftig zahlt man zwischen 0,5 und 3,5 Prozent, je nach Verkehrswert.

Zahlte man also bei einer Wohnung mit einem Wert von 400.000 Euro bisher nur rund 2400 Euro Grunderwerbsteuer (bemessen vom Einheitswert), wird dies künftig rund 14.000 Euro ausmachen. Logisch, dass Steuerberater erwarten, dass sich der Boom bei Übertragungen bis Jahresende fortsetzen dürfte: Die ältere Besitzer-Generation verschenkt dabei an die Nachkommen, was sie irgendwann sowieso vererben wollte und bedingt sich lebenslanges Wohnrecht aus. – „Mit all den Problemen, die damit oft verbunden sind“, sagt Trenkwalder.

Steuern auf Aktienträge

Auch bei der erhöhten Kapitalertragssteuer (KESt) auf Dividenden und bei Wertpapierspekulationen könnte es zu – wenn auch kleineren – „Vorzieheffekten“ kommen. Im Rahmen der Steuerreform wird diese KESt ab 2016 auf 27,5 Prozent erhöht. Nicht angetastet wird die KESt auf Sparbuchzinsen, diese bleibt bei 25 Prozent.

Vorstellbar wäre, dass Gewinnausschüttungen, so weit möglich, heuer noch vorgezogen werden, sagt Rief. Allerdings, meint er, dass aufgrund der relativ geringen Anhebung von 2,5 Prozentpunkten eher die Variante gewählt werde, Gewinne im Unternehmen zu belassen.

Auf Kritik stößt die Erhöhung trotzdem. Diese sei eine „Watschn“ für den Mittelstand, sagte David Gloser, Partner der Steuerberatungskanzlei Ecovis. Denn kleine Gewerbeunternehmen hielten häufig GmbHs im Familienbesitz, damit erbege sie für sie in Summe durch die Steuerreform eine höhere Belastung als vorher.

Eine Milliarde durch Verwaltungsreform „ambitioniert“

Fünf Milliarden soll die Steuerreform kosten – eine Milliarde davon will die Regierung über „sinnvolle Einsparungen in der Verwaltung“ hereinbekommen. Verwaltungsgerichtshof-Präsident Rudolf Thienel leitet derzeit die „Aufgabenreform- und Deregulierungskommission“, die bereits über 200 Vorschläge zur Entbürokratisierung und Reform der Verwaltung gemacht hat.

Er schätzt im Gespräch mit dem STANDARD das Vorhaben, eine Milliarde einzusparen, als „ambitioniert, aber nicht aus der Welt“ ein. Man müsse sich bewusst sein, dass es nicht die eine Verwaltungsreform gebe, sondern „viele, viele kleine Schritte“ nötig seien. Grundsätzlich würden Kosteneinsparungen durch Verwaltungsreformen meist erst langfristig wirksam. Beim Verwaltungspersonal könne man ohne Qualitätseinschränkungen etwa erst dann sparen, wenn zuerst die staatlichen Aufgaben reduziert würden.

Thienel hält es für realistisch, dass bei den umfangreichen Förderungen, die es in Österreich derzeit gibt, ein dreistelliger Millionenbetrag eingespart werden kann. Obwohl solche Kürzungen „politisch schwierig“ seien, habe es hier schon positive Rückmeldungen aus den Ländern an die Kommission gegeben.

Relativ rasch finanziell wirksam könnten auch weitere Aufgabenreformen in den Ministerien sein, sagt Thienel. (koli)

Höhere Steuern auf Kino, Blumen, Holz und Hotelzimmer

Die Erhöhung des ermäßigten Steuersatzes für etliche Waren und Dienstleistungen wird sich im Konsumalltag der Menschen niederschlagen. Nicht nur Kino-, Theater- und Museumsbesuche werden teurer, so die Steuererhöhung an die Konsumenten weitergegeben wird, auch der Blumenstrauß oder die Holzpellets werden künftig mit 13 Prozent besteuert.

Ab 2016 werden für Hotel- und Pensionszimmer 13 Prozent Steuer fällig. „Die Hotels werden angesichts ihrer Kosten- und Ergebnissituation gar nicht anders können, als die Erhöhung an die Gäste weiterzugeben“, teilte die Österreichische Hotelierversammlung (ÖHV) mit. „Unsere Wettbewerbssituation verschlechtert sich schlagartig.“

Auch „Saatgut und Pflanzen“, „Blumen und Blüten“ und „Blattwerk, Blätter, Zweige“ sowie andere Pflanzenteile „zu Binde- und Zierzwecken“ fallen unter den neuen Mehrwertsteuersatz.

Die Preise für „lebende Tiere“ und „Futtermittel“ sind künftig ebenfalls zu 13 Prozent mehrwertsteuerpflichtig. Wer Tiere nur besuchen will, zahlt auf den Eintritt in den Tiergarten 13 Prozent. Weitere Fälle für den neuen Steuersatz werden der Besuch im (Frei- oder Hallen-)Bad, aber auch Leistungen von Jugendheimen (etwa die Verköstigung in Lehrlings- oder die Unterbringung in Erholungsheimen). (red)



wir helfen dir da raus.

die Boje

Über die alte Frage, wie ein gerechtes Leben organisiert werden könnte



Foto: Lea Titz, Jochen Höller; Courtesy Galerie Mario Mauroner Contemporary Art Salzburg-Vienna

Alchemie des Geldes: Die „Geldschleuder“ des Künstlers Jochen Höller ist ein Gedankenexperiment, das damit spielt, wie es wäre, wenn man eine Maschine mit all dem Wissen über Geld und seine Vermehrung füttern könnte, um daraus Geld zu erzeugen. Nahrung gibt es genug: Von soziologischen und ökonomischen Klassikern wie Georg Simmels „Philosophie des Geldes“ oder Ludwig von Mises' „The Theory of Money and Credit“ bis zu literarischen Werken wie Émile Zolas „Das Geld“ oder John Steinbecks „Geld bringt Geld“.

Eine Frage der Integrität

Der Frage nach der Gerechtigkeit nähert man sich am besten mit einer Komödie – das Thema ist schließlich schwer genug. *Sullivan's Travels* von Preston Sturges bietet sich an, ein Klassiker aus dem Jahr 1942. Ein Filmemacher namens Sullivan möchte da einmal so richtig wissen, wie das ist, wenn man in Schwierigkeiten ist. Wie lebt ein Penner? Um das zu erfahren, muss er einer werden. Ein Hobo mit Versorgungswagen, das macht natürlich wenig Sinn, und so dient die Mechanik der Komödie hier vor allem dazu, Sullivans Absicherungen zu kassieren. Am Ende sitzt er unschuldig im Gefängnis und kann sich nicht ausweisen. Er ist auf das nackte Leben gekommen, würde man in der Sprache der neueren Theorie sagen. Wer das einmal erlebt hat, wird den Sozialstaat mit anderen Augen sehen.

Es ist ein normaler Vorgang in Gesellschaften, dass sie sich über wichtige Fragen des Zusammenlebens in Form von Erzählungen verständigen. Das Hollywood-Kino der 30er- und 40er-Jahre hat den New Deal nicht nur begleitet, sondern ihm sicher auch Plausibilität zuwachsen lassen. Und selbst einen Klassiker der neueren Gerechtigkeitstheorie könnte man mit Blick auf *Sullivan's Travels* lesen: *A Theory of Justice* von John Rawls erschien erstmals 1971 und gilt bis heute als Richtmarke für eine reflektierte Auseinandersetzung mit den Begründungsproblemen von Gerechtigkeit.

In der Konzeption von Rawls gibt es ein entscheidendes theoretisches Manöver: Die Aushandlung dessen, was „gerecht“ sein kann, muss immer unter einem „Schleier des Nichtwissens“ („veil of ignorance“) erfolgen. Das heißt konkret, dass ich mich an so einer Diskussion immer so beteiligen müsste, als ginge es gerade nicht um mich – oder anders gesagt: als wüsste ich nicht, wo ich in der Gesellschaft eigentlich stehe. Das Er-

Gerechtigkeit ist Verhandlungssache, und dabei reicht es nicht, wenn alle nur für sich selbst sprechen. Es bedarf eines Perspektivenwechsels: Erst aus der Position möglicher anderer bekommen wir das Ganze in den Blick.

ESSAY: Bert Rebhandl

gebnis, das für Rawls immer eines der Qualität von Institutionen sein muss, müsste für mich also auch zufriedenstellend sein, wenn ich ein unschuldiger Penner in einem Gefängnis bin.

Man kann den „Schleier des Nichtwissens“ auch positiv fassen: Eines der Lernergebnisse der Moderne ist, die eigene Position zu relativieren. Wir tun das andauernd, der Roman als literarische Form hat uns daran gewöhnt, in andere Figuren gleichsam zu schlüpfen, und das Erzählkino hat diese „Perspektivübernahme“ (Felix Heidenreich) fast schon zur Routine werden lassen.

Konkret bedeutet das politisch, dass sich jemand in der Einschätzung der Sinnhaftigkeit einer Erbschaftssteuer nicht davon beeinflussen lassen müsste, selbst in der Erwartung einer hohen Summe zu leben. Oder aber, dass die eigene Position zu Vermögensbesteuerung davon abstrahieren müsste, wie viel man selbst auf der hohen Kante hat. Und schließlich, dass man bei einer Finanztransaktionssteuer das Für und Wider nicht nur durch die Nervosität bestimmt sein lässt, „die Märkte“ könnten sich an andere Finanzplätze verziehen. Der dritte Fall ist schon einer, der eine „Perspektivübernahme“ besonders werden lässt, denn „die Märkte“ sind in dem Sinn kein Subjekt, das als solches an den idealtypischen Verhandlungsprozessen teilhat, von denen jemand wie Rawls (oder, in einer variierten Form, Jürgen Habermas mit seiner kommunikativen Rationalität) ausgeht.

Dass man Gerechtigkeit überhaupt als eine Sache der Aushandlung begreift, ist das Ergebnis einer langen und faszinierenden

Geschichte des Nachdenkens über dieses schwer zu fassende Gut. Bis weit in die Neuzeit hinein gingen fast alle Konzepte davon aus, dass die Natur da schon irgendwie die wesentlichen Voraussetzungen und die richtige Ordnung bereithält. Das führte aber irgendwann zu einem Widerspruch zu den neu erkannten Idealen der Aufklärung: Freiheit und Gleichheit vor allem – und das Glück als das erstrebenswerte Ziel, um dessentwillen man lebt (und zwar mehr als nur „nackt“). Eine auf männliche Dominanz (Kaiser, Papst, Familienvater) beruhende Gesellschaft mag noch so natürlich anmuten, es spießt sich da eben mit vielen Ansprüchen, die inzwischen als unabweisbar gelten. Wobei auch da zwei Schulen miteinander streiten: Ob die allgemeinen Menschenrechte, auf denen zum Beispiel die Zurückweisung jeder Diskriminierung nach dem Geschlecht beruht oder das Prinzip der Religionsfreiheit, universal gelten oder kulturell eingeschränkt, das ist eine der zentralen Kontroversen zwischen dem Islam und dem Westen (wenn man diese beiden Großbegriffe hier einmal so ungeschützt stehen lassen will).

Die bedrohte Gleichheit

Zur Jahrtausendwende schrieb der große Philosoph Ronald Dworkin einen markanten Satz: „Gleichheit ist heute die bedrohte Art unter den politischen Idealen.“ Das hat mit einer ideologischen Konjunktur verschiedener Neoliberalismen zu tun. Wenn Gerechtigkeit immer zwischen den Idealen der Freiheit und der Gleichheit vermittelt, so haben derzeit diejenigen das stärkere (nicht unbedingt besser begründete) Wort, die im Namen der Freiheit gegen Strategien zur Herstellung besserer Gleichheit argu-

mentieren. Die Erbschaftssteuer ist dafür ein exzellentes Beispiel. Ihre Gegner tun so, als wäre Reichtum per se eine persönliche Errungenschaft und würde nicht auf Zufällen der Geburt, (infra)strukturellen Voraussetzungen und der Rechtssicherheit eines funktionierenden Staates beruhen. Die Befürworter suchen nach gerechter Finanzierung für einen Staat, dessen Rolle eben darin liegen sollte, durch seine Institutionen die Ungleichheiten auszugleichen, die ständig entstehen. Die „Geburtslotterie“ (Clemens Sedmak) sollte in einer entwickelten Gesellschaft nicht das letzte Wort

über das Schicksal von Menschen sein. Die individuellen Lebensläufe sind im Gegenteil gewissermaßen der Maßstab, an dem Gesellschaften jeweils erproben sollten, wie nahe sie dem erstrebenswerten Verteilungsoptimum von Freiheiten und Absicherungen sind, von dem jemand wie Rawls ausgeht. Für ihn ist Reichtum immer sozial gebunden.

Die meisten Menschen würden da ohne weiteres zustimmen. Viele Theoretiker der Gerechtigkeit gehen heute davon aus, dass es so etwas wie einen „Sinn“ dafür gibt – wir verspüren intuitiv, wenn etwas diesem Sinn zuwiderläuft, und haben im Alltag ein Gerechtigkeitsempfinden. Das schwankt zwar häufig zwischen Rechthaberei und Sentimentalität, ist aber als Quelle für politische Willensbildung immer virulent. Dieser Sinn speist sich aus Erfahrungen und Beobachtungen von Verwundbarkeit, von beschädigter Integrität, und er geht übrigens über die Mitmenschen hinaus. Auch Tiere und die Natur im weiteren Sinne sind inzwischen Gegenstand von Gerechtigkeitsdebatten.

Das Pathos der Freiheit

Sich selbst als verwundbar zu erleben, das ist eine der essenziellen Übungen auf dem Weg zur Gerechtigkeit. Verwundbarkeit ist der Stachel im Pathos einer Freiheit, die meint, es würde schon genug nebenbei für den Rest abfallen, wenn man sich nur selbst uneingeschränkt durchsetzen könnte. Verwundbarkeit hat sich aber auch als Ressource für die neuen Populismen in Europa erwiesen. Sie spielen mit Ängsten, denen gegenüber man im Idealfall einer vernünftigen Aushandlung selbst wieder kritisch sein müsste. Hier stoßen die meisten Theorien von Gerechtigkeit an ihre Grenzen. Sie versuchen, als „rational choice“ zu modellieren, was im Alltag meist ein Durcheinander von Meinungen, Gefühlen und Projektionen ist. Im Zweifelsfall hilft eine Übung aber in der Regel ein bisschen weiter: Versetzen Sie sich in die Lage von jemand anderem.



Geldwissen rein, Geld raus: Jochen Höllers Bücherobjekt.

Foto: Lea Titz, Jochen Höller, Galerie M. Mauroner

Warum Fleiß nicht reich macht – und was das mit dem Geburtsort zu tun hat

Wohlstand bringt der Storch

Ob ein Mensch einmal viel oder wenig verdienen wird, steht meist schon bei der Geburt fest. Auch auf den Reichtum eines Landes hat der Fleiß der eigenen Bevölkerung wenig Einfluss. Migration könnte aber für eine gerechtere Welt sorgen, sagt ein Ökonom.

Andreas Sator

Harte Arbeit, Schweiß und Tränen: So in etwa lautet das Credo für wirtschaftlichen Erfolg im 21. Jahrhundert. Wer will, der kann. Wer macht, der kriegt. Der Gegner von US-Präsident Barack Obama bei den vergangenen Wahlen, Mitt Romney, hat die USA einmal in „Makers“ und „Takers“ aufgeteilt. In letztere Gruppe fielen für ihn Geringverdiener, die keine Steuern zahlten. Das hat Romney viel Kritik beschert. In den USA schaffen es im Schnitt nämlich viel weniger Menschen, die soziale Leiter nach oben zu klettern, als zum Beispiel in Europa. Das zeigt eine Vielzahl von Studien.

Der renommierte Verteilungsökonom Branko Milanovic hat die Romney-These auf den ganzen Globus übertragen und sie dann einer kritischen Prüfung unterzogen. Sein Ergebnis: Auf der Welt gibt es viele unterschiedlich große Leitern. Wer in Indien nach oben klettert, würde in den USA noch immer ziemlich weit unten sein. Nur etwa vier Prozent der Inder sind nämlich reicher als die ärmsten US-Amerikaner.

Geburtenlotterie

Was das Einkommen von Menschen global gesehen am stärksten beeinflusst, wollte der Serbe dann wissen. Ist es Bildung? Talent? Fleiß? Sind es Beziehungen? Alles falsch, sagt er. Nichts hat so viel Einfluss auf das durchschnittliche Einkommen eines Menschen wie sein Geburtsort. Je nach Lesart macht dieser die Hälfte bis mehr als zwei Drittel des durchschnittlichen Einkommens aus. Wer also zu den Besserverdienern der Welt gehören wird, ist meist schon vor der Geburt entschieden. Eine gute Schulbildung und harte Arbeit helfen zwar später, den Rückstand holt man aber mit ziemlich großer Wahrscheinlichkeit nicht mehr auf.

Die Geburtenlotterie spielt heute eine viel größere Rolle als früher. Das liegt daran, dass viele Länder deutlich reicher geworden sind, viele aber noch immer sehr arm sind. Vor 150 Jahren waren die reichsten Länder, Großbritannien und die Niederlande, etwa viermal so reich wie die ärmsten. Heute sind sie mehr als hundert Mal reicher. Der Wirtschafts- und Sozialhistoriker Franz Mathis hat am Beispiel Österreich analysiert, wieso das so ist. „Reiches Österreich. Fleiß oder Glück – warum geht es uns so gut?“, fragt er auf dem Cover eines seiner Bücher. Zu welcher Antwort ist Mathis also gekommen?

Zufällig reich

„Die Menschen heute können überhaupt nichts dafür“, sagt er zum STANDARD. „Das ist Zufall und Glück.“ Für ihn lässt sich die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs am besten durch die Entstehung von großen Städten erklären. Der geballte Konsum in diesen brachte Unternehmer dazu, vom Handwerk auf Maschinen umzustellen, um der Nachfrage nach Produkten nachzukommen. So erklärt er sich den Anfang der Industrialisierung, die Österreich dann reich gemacht habe. In großen Städten konzentrierte sich auch der Handel, aus dem unternehmerisches Denken entstehe. Der Wohlstand Österreichs hat sich laut Mathis vor allem über die vergangenen 200 Jahre entwickelt.

Von großer Hand geplant sei dabei nichts gewesen. „Das war Zufall.“

Die Österreicher sehen sich gerne als fleißiges Volk. Geht es nach Mathis, hat Fleiß aber gar nichts mit der wirtschaftlichen Lage eines Landes zu tun. „Italien ist das beste Beispiel. Warum sollte es im reichen Norden mehr fleißige Italiener geben als im armen Süden?“, fragt Mathis.

Auch der Ökonom Alejandro Cunat hält von diesem Argument wenig. Große Städte und Ballungsräume gibt es heute auch in vielen ärmeren Ländern. Automatisch reich werden sie dadurch nicht. Für Cunat, der an der Uni Wien zu Ökonomie und Inter-

nationaler Entwicklung forsch, sind die Spielregeln entscheidend.

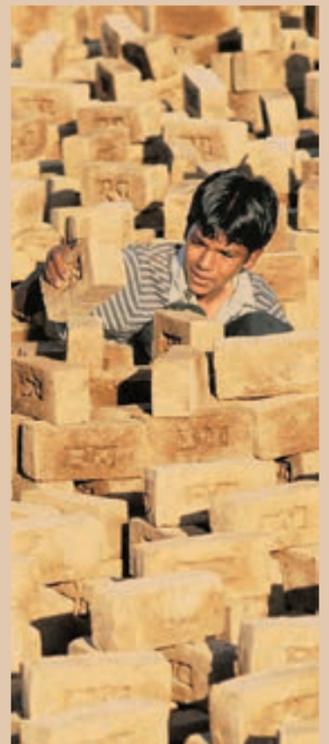
„Entwicklung findet dann statt“, sagt Cunat, „wenn es sich für Menschen auszahlt, in die Schule zu gehen, hart zu arbeiten und ihr Geld zu investieren.“ Die Institutionen, so nennen Ökonomen die Spielregeln eines Landes gerne, müssten funktionieren. Was reiche Länder auszeichne, sei, dass niemand zu viel Macht habe, sagt Cunat. „Natürlich gibt es Mächtige, aber vergleichen Sie das einmal mit Russland, Venezuela oder Ländern in Afrika“, sagt der Ökonom. In Ländern, in denen die Macht aus der Balance geraten ist, verdienen Menschen Geld damit, zu betrügen und Gesetze nach den eigenen Wünschen zu beeinflussen. In Ländern mit gut funktionierenden Institutionen wird man durch Arbeit und eigenes Engagement reich, so die Theorie. Er-

wünschter Nebeneffekt: Das Land als Ganzes wird dadurch reicher.

An dieser Front tut sich auch etwas, sagt Ökonom Cunat. Vor allem lateinamerikanische Länder, etwa Brasilien oder Chile, würden Fortschritte machen. „Wir sollten uns aber keine schnellen Wunder erwarten“, sagt er. Institutionen ließen sich nämlich nicht einfach in andere Länder exportieren. Der Irak sei ein gutes Beispiel dafür.

Migration als Ausweg

Wenn die Geschichte, die oft eine Aneinanderreihung von Zufällen ist, und der Geburtsort, den der Einzelne auch nicht beeinflussen kann, über einen großen Teil des Einkommens von Menschen und ganzen Ländern entscheiden, lässt sich die Welt also gar nicht gerechter machen? Doch, sagt Cunat. „Migration! Ein Inder kann in Österreich viel mehr verdienen.“ Davon würden am Ende alle profitieren, auch ärmere Länder selbst. Weniger billige Arbeiter dort hieße nämlich höhere Löhne für den Rest, sagt Cunat.



Dieser indische Bub macht Pflastersteine für Straßen in Europa.

Foto: EPA / Divyakant Solanki



WAS OBERÖSTERREICH TRENNT:

- 50.000 Menschen ohne Arbeit
- verdoppelte Jugendarbeitslosigkeit seit 2000
- Vorletzter in Österreich bei Vollzeitquote von Frauen
- höchster Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen
- Nur 1,2% der SchülerInnen können in eine ganztägige, verschränkte Schule gehen
- unterdurchschnittliche MaturantInnenquote

Quelle: jbi.or.at/lebenslagen-in-oberoesterreich

Sozialdemokratische Umverteilungspolitik missfiel Linken und Rechten

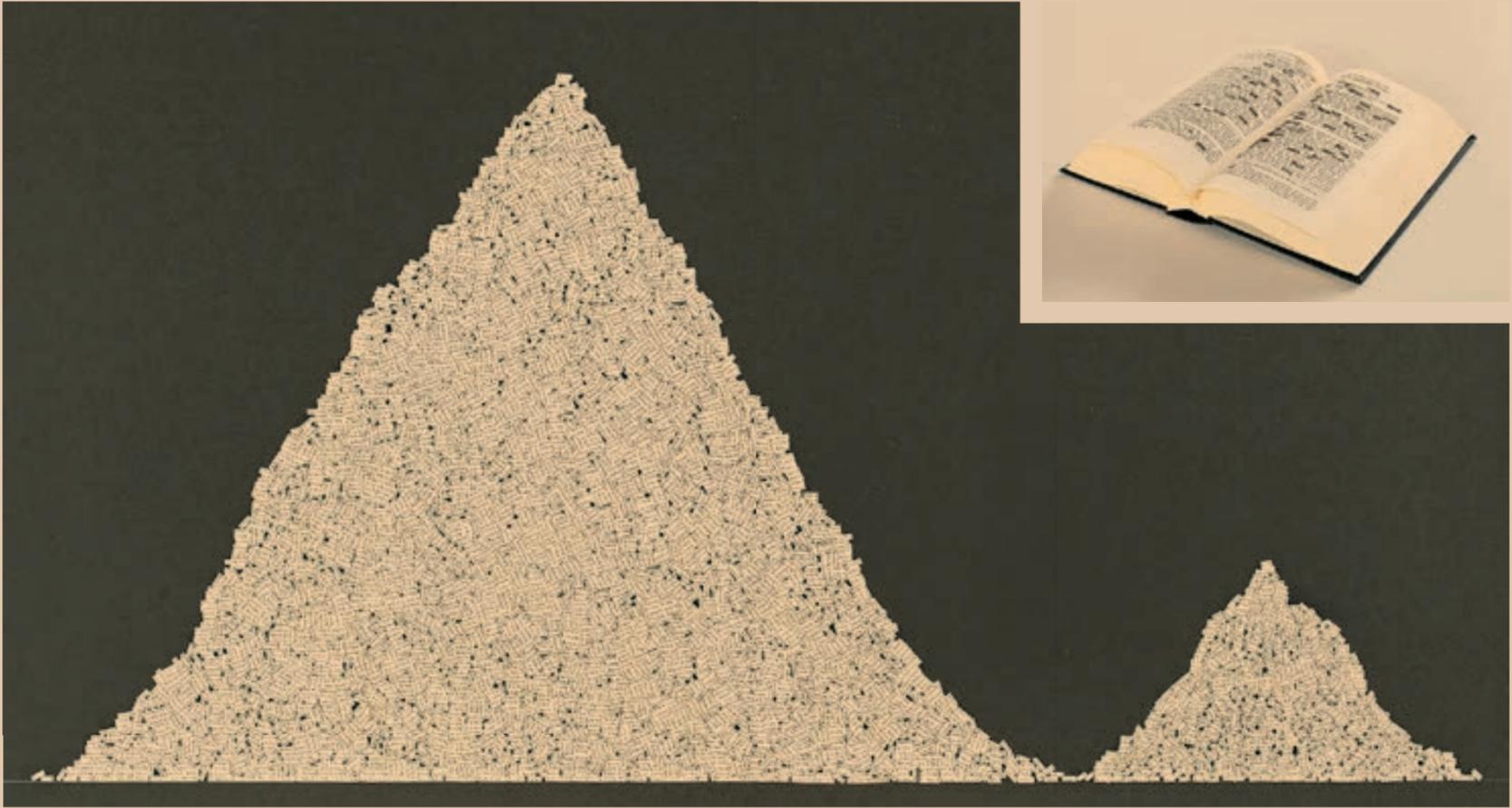


Foto: Lea Titz, Jochen Höller, Courtesy Galerie Mario Mauroner Contemporary Art Salzburg/Wienna

In seiner Arbeit mit dem Titel „Karl Marx – Arbeit/Geld“ unterzieht der Künstler Jochen Höller „Das Kapital“ (1867) von Karl Marx einer Untersuchung mit künstlerischen Mitteln: Er hat aus dem Buch jede „Arbeit“ und alles „Geld“, die darin vorkommen, ausgeschnitten und angehäuft. Der Arbeitshaufen ist deutlich größer als der Geldberg. In seinem Vorwort berief sich Marx übrigens auf den „Wahspruch des großen Florentiners“, gemeint war Dante Alighieri, der einmal sagte: „Gehe deinen Weg, und laß die Leute reden!“

Wie Austromarxismus zum Spottbegriff wurde

Nach dem Ersten Weltkrieg spalteten die Fragen der Umverteilung die österreichische Gesellschaft – es herrschte ein Klima des Misstrauens zwischen den politischen Lagern, das letztlich den Boden für Bürgerkrieg und Diktatur bereitete.

Conrad Seidl

Es war einmal ein Land, das war de facto pleite. Internationale Vertragspartner hatten ihm kaum erfüllbare Bedingungen auferlegt. Es suchte händeringend nach Kreditgebern – und musste für die Gewährung des Darlehens harte Sparmaßnahmen in der Verwaltung setzen. Die Arbeitslosigkeit war in bis dahin ungekannte Höhen gestiegen, die Bevölkerung gespalten, der politische Spielraum kaum vorhanden – und natürlich gab es mächtige Politiker in den Regionen, die sich dem Sparkurs widersetzen.

Kommt bekannt vor? Nein, hier ist nicht von Griechenland 2015 die Rede, sondern von der Republik Österreich im Jahr 1922.

Radikale Forderungen

Vier Jahre zuvor hatte Österreich den Ersten Weltkrieg verloren – und in der Hunger leidenden Bevölkerung, speziell in den industriellen Zentren der zusammenbrechenden Monarchie hatte sich eine revolutionäre Stimmung aufgebaut.

Aber die Revolution kam nicht.

Es kamen allerdings Revolutionäre – Otto Bauer zum Beispiel, der als Leutnant in den Krieg gezogen war, in russischer Kriegsgefangenschaft die Revolution miterlebt hatte und nach seiner Rückkehr nach Wien eine zentrale Rolle in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und dann in der Regierung Renner einnahm.

Bauer repräsentierte den linken Parteiflügel der Sozialdemokratie. Mehrheitsfähig war das nicht, stand aber umso mehr unter Druck von beiden Seiten: Einerseits war da die pragmatisch denkende Mehrheit der sozialdemokratischen Funktionäre. Auf der anderen Seite entstand die kom-

unistische Bewegung, die in den ersten Monaten der Republik enormen Zulauf finden konnte – im Jahr 1919 dürfte die junge Partei bis zu 40.000 Mitglieder geworben haben.

Gegründet am 3. November 1918 durch radikale Studentinnen (Mitglied Nummer eins war Elfriede Friedländer), von der Sozialdemokratie enttäuschte Linksinstruktuellen und einige Arbeiter, versuchte die KP, sich als radikal gesellschaftsverändernde Kraft zu etablieren.

Das – nur in einem Polizeibericht überlieferte – erste Programm der KP musste bei allen bürgerlichen Österreichern alle Alarmglocken schrillen lassen:

„1. Die Übernahme der politischen und wirtschaftlichen Macht durch die Arbeiter- und Soldatenräte und durch die Bauernschaft sowie deren Ausschüsse und zentrale Organe. Aufstellung einer Arbeitermiliz.“

2. Die Volksabstimmung in allen für das arbeitende Volk wichtigen Fragen.

3. Die Entziehung aller politischen Rechte (Wahlrecht, Militärrecht, politische Presse usw.) denjenigen, welche großes Privateigentum in irgendeiner Form besitzen.“

4. Die Beschlagnahme aller Vorräte an Rohstoffen, Lebensmitteln und notwendigen Industrieprodukten durch die Gesellschaft behufs gleichmäßiger Verteilung.“

5. Die Entziehung des privaten Verfügungsrechtes über alle Bank- und Betriebskapitalien und Unterstellung unter die Kontrolle der Arbeitenden.“

6. Enteignung des Großgrundbesitzes und Übergabe an die

land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und an arme Bauern zum Zwecke der Bewirtschaftung für die Gesellschaft.“

Verlust von Eigentum und politischen Rechten – das war eine Drohung, die angesichts der Revolution in Russland und der sich zumindest zeitweise etablierenden Räteregierungen in Ungarn und Bayern dem österreichischen Establishment um 1920 als sehr reale Gefahr erscheinen mussten.

Wobei das Establishment weit mehr umfasste als den durch den Krieg diskreditierten (und von der Republik umgehend seiner ständischen Vorrechte entledigten) Adelsstand. Hunderttausende kleine Sparer hatten – im Vertrauen auf einen Sieg der Mittelmächte – ihre Ersparnisse in Kriegsanleihen investiert. Kleine Hausbesitzer, die in Zinshäuser investiert

hatten, sahen sich um die Sicherung des Lebensabends betrogen, weil die Mieten noch unter dem Kaiser eingefroren worden waren (wenn Wiener die Miete „Zins“ nennen, dann erinnert es an die „Verzinsung“, die die

Hausbesitzer auf ihre Investition erwarteten). Und schließlich gab es da die Drohung, dass alle Besitzer von „Privateigentum in irgendeiner Form“ ihre eben erst errungenen politischen Freiheiten verlieren sollten.

Gemäßigte Sozialdemokraten

Es war die Sozialdemokratie, die in dieser Situation Augenmaß und Pragmatismus bewies: Der rechte Parteiflügel um den Staatskanzler Karl Renner und den Parteichef Karl Seitz forcierte die parlamentarische Demokratie und machte Schluss mit dem Räteregime, das sich nicht nur in Betrieben und Kasernen, sondern bis zur Verfassung von 1920 sogar an der Staatsspitze etabliert hatte.

Regiert wurde die Erste Republik in den ersten Jahren von einer breit aufgestellten Koalition – und das brachte entscheidende Fortschritte in der Sozialpolitik, ge-

staltet vor allem von Ferdinand Hanusch: Schon im November 1918 waren der Achtstundentag, die Sonntagsruhe und die Arbeitslosenunterstützung beschlossen worden, 1919 folgten Betriebsrätegesetz und Urlaubsgesetz, 1920 Einigungsämter für Kollektivverträge und die Arbeiterkammern.

„Revolutionären Schutt“, der „beseitigt“ gehöre, nannten das die reaktionären Kräfte ab Mitte der 1920er-Jahre, als sich das politische Klima infolge des drückenden Friedensvertrags, der die letzten Geldvermögen vernichtenden Inflation und der hohen Arbeitslosigkeit zusehends verhärtete.

Längst hatten da die Sozialdemokraten die Koalition verlassen – und sich auf ihr neu geschaffenes Modell-Bundesland Wien konzentriert. In der linken Hochburg Wien sollte so viel Sozialismus verwirklicht werden, wie es eben möglich war. Dort agierte der Finanzstadtrat Hugo Breitner, ein erfahrener Banker, der sich – zum Leidwesen der bürgerlichen Minderheit in der Bundeshauptstadt – eine klare Umverteilungspolitik zugunsten der Bedürftigen auf die Fahnen geschrieben hatte. Breitners bekannteste Steuer ist die Wohnbausteuer, aus deren Ertrag

er das Bauprogramm für die großen Gemeindebauten der Zwischenkriegszeit finanzierte; zu den „Breitner-Steuern“ zählte aber auch eine Steuer auf die Beschäftigung von „Hausgehilfinnen“, auf Sekt und auf allerlei Veranstaltungen („Vergnügungssteuer“). Diese Umverteilung erlaubte auch eine weitgehende Entschuldung der Gemeinde Wien, während die Finanzsituation des Bundes und der (schwarz regierten und wenig reformfreudigen) Bundesländer schwierig blieb.

In den Ländern, bei Christlich-sozialen, Deutschnationalen und Heimwehren hatte sich unterdessen eine kompromisslose Ablehnung der linken Umverteilungspolitik etabliert – die Stimmung im Land neigte immer mehr zur Gewalt (was später von den Nazis genutzt wurde). Die gemäßigte sozialdemokratische Parteiführung geriet immer tiefer in die Klemme: Auf der einen Seite die gewaltbereiten Reaktionäre, auf der anderen Seite die unzufriedenen Massen, die – etwa nach den Morden von Schattendorf – die Zeit des Kampfes gekommen sahen.

Die Parteiführung aber glaubte an die parlamentarische Demokratie, versuchte sich in pragmatischer Politik, während sie die Arbeiterschaft gleichzeitig mit radikalen Visionen – etwa denen des legendären Linzer Programms von 1926 – abspiegt. Die Kommunisten sahen das mit Groll und verspotteten den „Austromarxismus“ – ursprünglich ein linkes Schimpfwort für den Verbalradikalismus der pragmatischen Sozialdemokraten.

Die konservativen Gegner nahmen die radikalen Töne aber für bare Münze, fürchteten Revolution und Enteignung des nach der Wirtschaftskrise noch verbliebenen Besitzes. Und sie schürten diese Furcht vor allem in ländlichen Regionen. Es war dieses Klima, in dem das eingangs erwähnte, außenpolitisch isolierte, wirtschaftlich schwer zerrüttete und ideologisch gesplante kleine Land auf Bürgerkrieg und Diktatur zutaumelte.



Das Leben
ist ungerecht,
aber denke daran:
nicht immer
zu deinen
Ungunsten.

John F. Kennedy
(1917–1963)
ehemaliger US-Präsident

Wie gut Gemeintes nicht immer gut ist für die, denen es besser gehen soll

Wenn die Gratisschule zur Armutsfalle wird

Das Konzept von sozialer Gerechtigkeit hat in Ägypten seit Gamal Abdel Nasser Tradition. Subventionen sind so ein Erbe. Aber oft werden die Falschen begünstigt. Gratisschulen haben nicht zu mehr Chancengleichheit geführt, im Gegenteil.

Astrid Frefel aus Kairo

Der Staat denke immer noch wie in der Ära von Präsident Gamal Abdel Nasser, der alles dem Staat übertragen und Investoren keine Beachtung geschenkt habe, kritisierte vor wenigen Tagen der ägyptische Geschäftsmann Samih Sawiris in einer Fernsehsendung. Als Beispiel nannte der Tourismusinvestor die Schwierigkeiten, Land zu erwerben.

Nassers Bodenumverteilung

Gamal Abdel Nasser, charismatischer Präsident nach der Revolution von 1952, hatte mit seiner Landreform 15 Prozent des kultivierten Bodens von Großgrundbesitzern an Kleinbauern umverteilt. Der Sozialismus war seine Ideologie, Staat und Bürokratie erhielten einen großen Einfluss. Mit verschiedenen Instrumenten der Umverteilung sollte das Los der Armen verbessert werden.

Nassers Nachfolger haben nach wenigen Jahren eine wirtschaftliche Öffnung eingeleitet, aber seine Ideen sind immer noch tief in den Köpfen der meisten Ägypter verwurzelt, auch solcher, die sich liberal nennen. Viele seiner Rezepte sind immer noch in Kraft und werden zum Teil sogar noch erweitert. Erst vor wenigen Monaten hat die Regierung für Beamte ein Maximallohn eingeführt, der nicht mehr als das 35-Fache des Mindestlohnes betragen darf, den es schon lange gibt.

Revolutionsforderung

Auch die umfassenden Subventionen für Energie und Lebensmittel gehen auf Nasser zurück. Aus Angst vor politischen Unruhen werden nur zögernd Anpassungen vorgenommen, obwohl man inzwischen weiß, dass dieses System ineffizient ist und beispielsweise die Benzinsubventionen zu 80 Prozent den Reichsten zugutekommen. „Soziale Gerechtigkeit“ war neben „Brot“ und „Freiheit“ eine der zentralen Forderungen der Revolution vom Frühjahr 2011.

Soziale Gerechtigkeit solle heute zwei Ziele erreichen, die negativen Umstände neutralisieren, in die Menschen geboren werden, und harte Arbeit belohnen, definiert der Ökonom Ahmed Galal vom Economic Research Forum in Kairo die Formel. Als er 2013 Finanzminister war, hat er deshalb eine spezielle Abteilung für soziale Gerechtigkeit eingerichtet. Ihre Mitarbeiter sollen gezielte Programme für Arme erarbeiten, damit man wegbekommt vom Gießkannenprinzip.

Gut gemeint, aber nicht gut

Dass die gut gemeinten Absichten nicht nur ihr Ziel verfehlen, sondern sogar negative Effekte haben können, haben ausführliche Studien über das ägyptische Schulwesen ergeben, das eigentlich von der Grundschule bis zur Universität gratis ist.

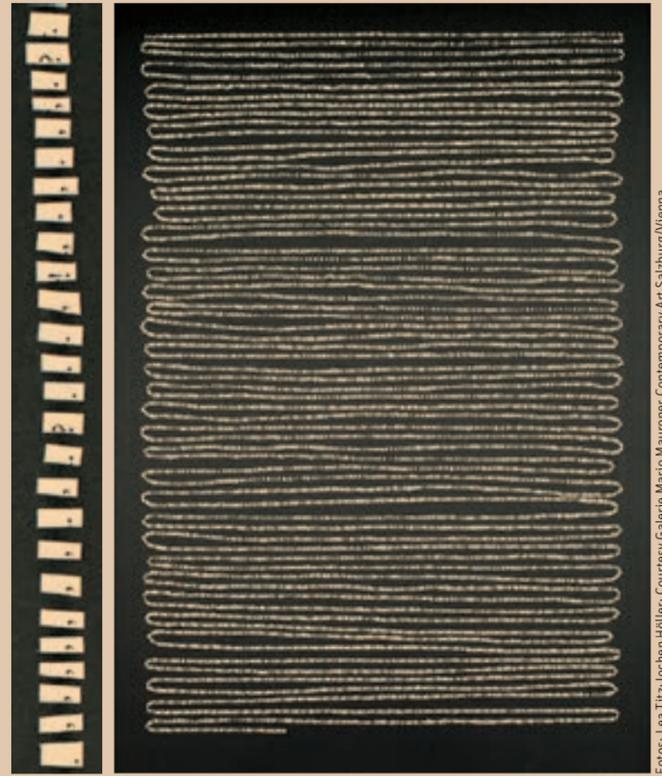
Der weitaus größte Teil der ägyptischen Kinder besucht die öffentlichen Schulen, die – weil der Staat zu wenig Mittel hat – miserabel ausgestattet sind. Die schlecht bezahlten Lehrer sind kaum motiviert und tun wenig im

Unterricht. Viele verdienen sich mit Nachhilfe ihr Geld, denn in den privaten Nachhilfestunden wird der Stoff aufgearbeitet und die Kinder auf die stressigen Prüfungen vorbereitet. Nicht selten ist der Klassenlehrer dann der Nachhilfelehrer. Die Kosten für diese Zusatzstunden belasten die Familien mit 513 Pfund pro Jahr und Kind (rund 65 Euro), was 2014 das ganze Land 1,1 Milliarden Euro kostete, wie das Zentrum für ökonomische Studien (ECES) errech-



net hat. Mit dem Resultat, dass viele Kinder aus armen Familien schon früh aus dem System fallen, zu Schulabbrechern werden und es gar nicht an die Universität schaffen.

Die Gratisschule werde zu einer Armutsfalle, profitieren würden vor allem die Reichen, erklärt Direktor Sherif Diwany. Kinder reicher, gut ausgebildeter Eltern, die in der Stadt leben, haben eine Wahrscheinlichkeit von 98 Prozent, eine kostenlose, höhere Erziehung zu genießen, Kinder armer, nicht gebildeter Eltern vom Land dagegen nur fünf Prozent. „Die, die es nicht nötig haben, profitieren von der kostenlosen Universität. Das ist das Gegenteil von sozialer Gerechtigkeit“, lautet deshalb die Schlussfolgerung von Ahmed Galal.



Schriftsteller Daniel Kehlmann hat die Welt literarisch vermessen. Künstler Jochen Höller hat „Die Vermessung der Welt“ vermessen und alle Satzzeichen aufgefädelt.

Fotos: Lea Titz; Jochen Höller; Courtesy Galerie Mario Mauroner Contemporary Art Salzburg/Vienna

SPÖ OÖ

GERECHTIGKEIT VERBINDET

Gerecht ist, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen. Nur wenn es gelingt, Gegensätze auszugleichen, entsteht Gerechtigkeit: zwischen Ich und Du, Mann und Frau, Jung und Alt, Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft, Oberösterreich und Europa. Dafür wollen wir kämpfen, dafür steht die SPÖ.

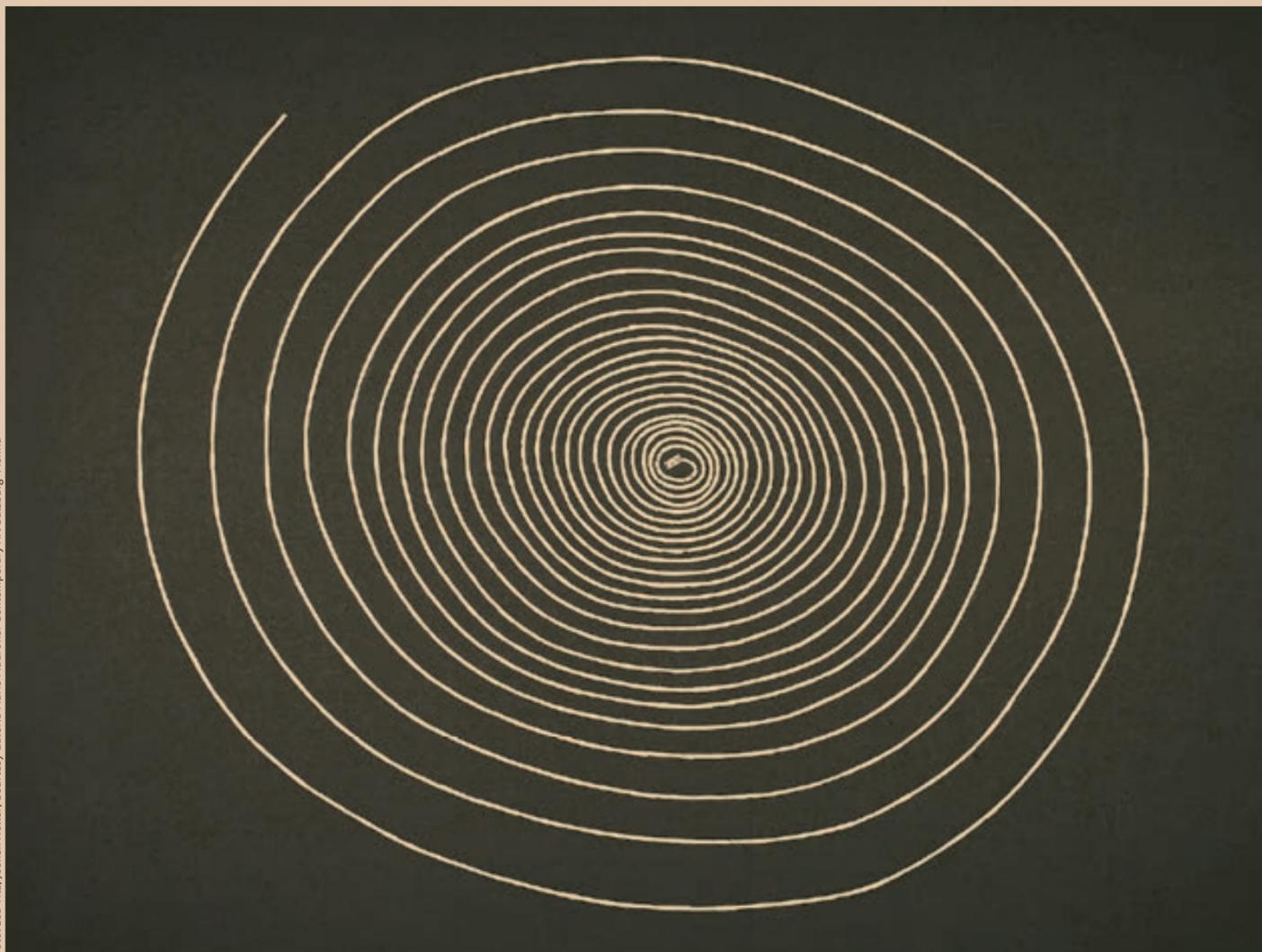
www.ooe.spoe.at

Super am See

Bezahlte Anzeige

Sind die Millionengehälter im Spitzenmanagement gerechtfertigt?

Foto: Lea Titz; Jochen Höller, Courtesy Galerie Mario Mauroner Contemporary Art Salzburg-Vienna



Für das Werk „Georg Simmel – Die Philosophie des Geldes / Geldspirale II“ hat Künstler Jochen Höller alle Geld-Wörter aus dem Klassiker des deutschen Soziologen aus dem Jahr 1900 ausgeschnitten und spiralenförmig angeordnet. Es gibt viel „Geld“, aber auch Geldvorrat und mehrfach „Wergeld“, ein germanisches Sühnegeld. Simmels Schluss lautete: Geld wird Gott.

Auf der Spitze der Pyramide

Rot und Schwarz bitten eine handverlesene Gruppe zur Kasse: Wer über eine Million Euro im Jahr verdient, soll künftig mehr Steuern bezahlen. Wer beurteilen will, ob das gerecht ist, muss wissen, warum Topmanager das verdienen, was sie verdienen. Eine Spurensuche.

András Szigetvari

Das große Geld ist in der Trabrennbahnstraße 6 zu Hause. Dort, im zweiten Wiener Gemeindebezirk, steht die Zentrale der OMV. In keiner anderen großen Aktiengesellschaft in Österreich wurden zuletzt in den Vorstandsetagen derart hohe Gehälter gezahlt wie beim Energieriesen.

Jedes Jahr listet die Arbeiterkammer auf, wie viel die Chefs der größten börsennotierten Unternehmen in Österreich verdienen. Zuletzt führte die Liste der scheidende OMV-Vorstandsvorsitzende Gerhard Roiss mit einem Jahreseinkommen von 3,4 Millionen Euro an. Dahinter folgte OMV-Finanzchef David Davies mit 2,8 Millionen Euro. Allein Roiss verdient demnach pro Arbeitstag rund 14.000 Euro brutto.

Roiss befindet sich in guter Gesellschaft. In den vergangenen Jahren haben die Vorstandsgehälter in den großen Unternehmen Österreichs deutlich zugelegt. Noch 2003 verdiente ein Manager einer im Aktienindex ATX gelisteten Firma im Schnitt 560.000 Euro. Das entsprach dem 24-Fachen des Median-Einkommens im Land. Zehn Jahre später liegt der Durchschnittsverdienst in den Chefetagen bei 1,3 Millionen Euro – dem 47-Fachen des Medians.

Die Vorstände profitieren davon, dass ihre Boni an die steigenden Aktienkurse gekoppelt sind. Doch die Bezüge sind seit 2003 stärker gestiegen als der ATX. Und selbst in Jahren, in denen es an der Börse abwärts ging, wuchsen die Topgagen. Warum also steigt das Gehaltsniveau an der Spitze, während die realen Haushaltseinkommen seit Jahren stagnieren?

Darüber tobt ein Streit zwischen zwei Denkschulen. Gewerkschaft und Arbeiterkammer sagen, dass die Vorstände deshalb so viel verdienen, weil eine kleine Clique die Spitzenposten gekapert habe. Diese „Freunde“ würden sich die Gehälter zuschanzen. Deshalb sei auch die von der Regierung geplante Erhöhung der Einkommenssteuer auf 55 Prozent für Superverdiener gerecht.

Das Gegenargument der Unternehmer lautet, dass in Wahrheit der Wettbewerb für Auftrieb sorgt. Österreichs Firmen seien zunehmend international ausgerichtet. Wer Manager nicht gut bezahle, bekomme keine guten Leute.

Was aber ist nun die Wahrheit? DER STANDARD hat sich auf die Spurensuche gemacht. Sie beginnt bei Martin Rossmann. Er ist Chef des OMV-Betriebsrates. Als solcher sitzt er als Belegschaftsvertreter im Aufsichtsrat des Energieriesen, sollte also wissen, warum Manager verdienen, was sie verdienen. Für Bestellung und „angemessene“ Vergütung des Vorstandes ist laut Gesetz schließlich allein der Aufsichtsrat verantwortlich.

Zwei Denkschulen

Doch es folgt die erste Überraschung. Rossmann sitzt zwar seit 2004 im OMV-Aufsichtsrat. Über Gehaltsverhandlungen kann er aber wenig erzählen, wie er sagt. Rossmann ist nämlich nicht dabei. Bei der OMV wie bei allen anderen vom STANDARD kontaktierten Aktiengesellschaften ist in Wahrheit eine kleine Untergruppe des Aufsichtsrates für Gehaltsfragen zuständig. Diese Gruppe, „Präsidiale“ oder „Vergütungsausschuss“ genannt, besteht aus dem Aufsichtsratschef und maximal

zwei, drei Personen. Die Arbeitnehmer müssen zwar laut Gesetz ein Drittel der Aufsichtsräte stellen, aus der Präsidiale können sie aber ausgeschlossen werden – was in der Praxis die Regel zu sein scheint.

Geschlossene Gesellschaft

Sieht man sich die Aufsichtsräte ohne Personalvertreter an, zeigt sich in der Tat, dass ein kleiner Personenkreis dominiert. Aufsichtsratschefs und ihre Stellvertreter in Firma A sind oft aktive oder ehemalige Vorstände in der Firma B. Fast immer entscheiden also Manager über die Gehälter anderer Manager.

Die Cliquenbildung lässt sich mit Zahlen belegen. Die Netzwerkanalysten des Wiener Instituts FAS Research untersuchen seit Jahren die Beziehungen auf der Führungsebene von Unternehmen. Innerhalb der großen heimischen Firmen habe eine Gruppe von rund 100 Personen das Sagen, meint Netzwerkanalyst Harald Katzmaier. Die 50 umtriebigen Personen halten im Schnitt 9,3

Mandate (Vorstand, Aufsichtsrat, Prokurist). „Diese Gruppe passt auf sich auf und sorgt dafür, dass die Verdienstkurve nur nach oben zeigt“, sagt Heinz Leitsmüller von der Arbeiterkammer Wien.

Allerdings gibt es ein Gegenargument. Laut Netzwerkanalyst Katzmaier ist seit fünf Jahren eine Abnahme bei der Zahl der in persona vereinten Funktionen zu beobachten. Aufsichtsräte werden also bunter. Dies liege daran, dass die Regeln für gute Unternehmensführung zunehmend ernst genommen werden. Die Vernetzung der Wirtschaftselite mag also erklären, warum Topgagen auf hohem Niveau sind, aber nicht, warum sie steigen.

Die Suche geht weiter. Mehrere Aufsichtsräte bringen im Gespräch das Wettbewerbsargument. „Schauen Sie sich Wolfgang Eder (*Chef der Voestalpine, Anm.*) an“, sagt ein Aufsichtsratsboss. „Wenn man ihm nicht genug zahlt, wird er weggeschnappt.“

Ein guter Hinweis: Ließe sich zeigen, dass Manager hin und wieder „weggeschnappt“ werden, wäre der Beweis für das Marktargument erbracht. DER STANDARD kontaktiert also Personalberater (Roland Berger, Hay Group, Deloitte), die Wirtschaftsuni, Headhunter und Lobbygruppen auf der Suche nach Daten. Ohne Erfolg. Es existieren Managerumfragen zu ziemlich jedem Thema. Allerdings gibt es in Österreich anscheinend keine Untersuchungen darüber, ob Spitzenleute auch einmal wirklich abgeworben werden.

Was es gibt, ist eine Studie der Arbeiterkammer aus dem Jahr 2014 über die Karriereverläufe von 120 Managern. Zwei Drittel der Vorstände waren demnach schon vor ihrem Sprung in die Chefetage im Unternehmen beschäftigt – ein Drittel sind Quereinsteiger. Vier von fünf Topleuten sind Österrei-

cher. Das Argument, dass ein harter internationaler Wettbewerb tobt, kann also nicht überzeugen.

Ein Rundruf in den Aufsichtsräten der Voest, der RHI und einer Großbank soll Licht ins Dunkel bringen. Tatsächlich kommt ein interessantes Detail zutage.

Wenn ein neuer Posten zu besetzen ist, schaut man sich zunächst am Markt um und versucht herauszufinden, was man bezahlen müsste, erzählen Aufsichtsräte. Immer häufiger werden dabei externe Berater engagiert, die nicht nur Kandidaten suchen, sondern häufig auch Gehaltsbenchmarks erstellen. Spencer Stuart, Towers Watson, Korn Ferry heißen große Player.

Benchmarks werden mithilfe internationaler Vergleiche gemacht. Ist ein Chefposten in Österreichs Ölindustrie zu besetzen, wird geschaut, was ein Manager in Deutschland, Holland und Großbritannien verdient – dann wird ein Gehaltsrahmen erstellt, erzählt ein Berater.

Nun kann es sein, dass letztlich ein interner Kandidat aus dem Unternehmen zum Zug kommt oder ein Manager, der keine Alternativangebote hat – dass es den analysierten Markt also gar nicht gibt. Aber die Benchmarks geben den Rahmen für die Gehaltsverhandlungen vor. Und in Westeuropa sind Vorstandsgehälter im Schnitt höher als in Österreich.

Die zunehmende Bedeutung internationaler Berater ist für den Netzwerkanalysten Katzmaier einer der wesentlichen Gründe, warum die Topgehälter steigen. Die Beraterin Gundi Wentner von Deloitte erzählt schließlich, dass zwar nicht ihr Unternehmen, aber ein Teil der Konkurrenz auf Basis von Erfolgshonoraren arbeitet. Das bedeutet, dass, wenn das Bruttogehalt des Managers höher ausfällt, auch die Bezahlung der Berater steigt.



Es gibt einen Punkt, bei dem selbst Gerechtigkeit ungerecht ist.

Sophokles
(496–406 v. Chr.)
griechischer Philosoph
und Tragödiendichter

Amerika – wie der ungleichste Kontinent der Welt (um)verteilt

„Exzessiver Reichtum schafft exzessive Armut“

Ökonom **Alberto Acosta** über die Achillesferse des ungleichsten Kontinents der Welt: Lateinamerika und die Fortschritte linker Regierungen. Er selbst war unter Präsident Rafael Correa in Ecuador Energieminister.

INTERVIEW: Sandra Weiss aus Puebla

STANDARD: Die linken Regierungen Lateinamerikas sonnen sich im Licht ihrer Erfolge bei der Reduzierung der Ungleichheit. Wie nachhaltig war denn ihre Umverteilungspolitik?

Acosta: Lateinamerika hat Fortschritte gemacht. In den vergangenen Jahren hat die Armut im Zuge des Wirtschaftswachstums überall abgenommen. In Ecuador hat sich die Zahl der Armen seit 2007 um eine Million reduziert. In Brasilien sogar um 50 Millionen. Diese Tendenz sieht man nicht nur in progressiv regierten Ländern, sondern auch unter den neoliberalen Regierungen.

STANDARD: Es ist also keine ideologische Frage?

Acosta: Nein, das hat mit dem Rohstoffboom zu tun, von dem linke und rechte Regierungen gleichermaßen profitiert haben. Es gibt sogar Studien, wonach die neoliberalen Regierungen in der Sozialpolitik etwas effizienter waren. Aber es ist bedenklich, dass der Rückgang der Armut nicht mit einer Umverteilung des Reichtums einherging. Es wurden lediglich die Einkommen umverteilt, nicht die Aktiva. Das ist der Knackpunkt.

STANDARD: Wie kann man das belegen?

Acosta: In Ecuador, Bolivien und Brasilien zum Beispiel haben die Banken in den vergangenen Jahren Rekordgewinne eingefahren wie nie zuvor in der Geschichte. Die Telekomfirmen in Ecuador haben ihren Gewinn 2013 um mehr als 38 Prozent gesteigert. Die monopolistischen und oligopolistischen Strukturen haben sich verstärkt. In Ecuador kontrolliert ein einziges Unternehmen 82 Prozent des Marktes für alkoholfreie Getränke. Ein anderes Unternehmen kontrolliert 62 Prozent des Fleischmarktes.

STANDARD: Die Unternehmer sind also die eigentlichen Gewinner?

Acosta: Für die meisten Regierungen war es einfacher, von der Ausbeutung der Natur zu leben, als die mächtigen Wirtschaftsgruppen anzugreifen. Also förderten sie Bergbau, Erdöl, Agrosprit, Gentechnik. Dafür braucht man aber Kapital, und das kommt meist von multinationalen Firmen, die ebenfalls kräftig profitiert haben. Die Unternehmer haben es geschafft, die Regierungen einzulullen. Sie haben gleichzeitig die neureichen Aufsteiger aus dem Umfeld der progressiven Präsidenten absorbiert. Das ging einher mit ausufernder Korruption und Vetternwirtschaft, da braucht man nur den Petrobras-Skandal in Brasilien ansehen. Und der ist nur die Spitze des Eisbergs.

STANDARD: Lassen die Unternehmer soziale Verantwortung vermissen?

Acosta: Viele haben soziale Projek-

te, aber es wäre besser, sie würden ihren Verpflichtungen wie Steuerzahlen nachkommen und soziale Aufgaben anderen überlassen, die etwas davon verstehen. Es fehlt den Unternehmern an Weitsicht. Wenn sie ihre Arbeiter ordentlich entlohnen würden, zögen sie sich die Konsumenten von morgen heran. Das wusste schon Henry Ford. Und auch gegenüber der Natur müssten sie achtsamer sein.

STANDARD: Was müsste der Staat tun, um wirklich mehr Gerechtigkeit zu schaffen?

Acosta: Die Regierungen müssten strukturelle Veränderungen wie eine Land-, Steuer- und Wasserreform angehen, viel mehr in Gesundheit und Bildung investieren. Und sie müssten endlich ihr extraktivistisches, auf der Ausbeutung von Rohstoffen basierendes Entwicklungsmodell aufgeben. Denn das ist der Hauptgrund für Unterentwicklung und soziale Ungleichheit.

STANDARD: Dann haben die Regierungen also vieles versäumt, oder sind sie in Zeiten der Globalisierung einfach überfordert und machtlos?

Acosta: Als die progressiven Regierungen vor rund zehn Jahren in Südamerika an die Macht kamen, gab es ein günstiges wirtschaftliches Umfeld für solche Reformen und auch ein Bewusstsein, dass tiefgreifende Veränderungen nötig waren. Aber nichts ist passiert, daher kann man diese Regierungen nicht als links und schon gar nicht als revolutionär bezeichnen. Sie haben es sich bequem gemacht und das Geld aus der Natur geholt statt aus der Tasche der Reichen. Und jetzt bekommen sie die Rechnung serviert. Ihre sozialen Errungenschaften sind durch Inflation und den Einbruch der Rohstoffpreise bedroht. Das trifft vor allem Venezuela, wo es im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern einen Prozess der Umverteilung der Aktiva gab, der sich aber nun als nicht nachhaltig erweist.

STANDARD: Dann sind die Fortschritte Lateinamerikas pure Selbsttäuschung?

Acosta: So drastisch würde ich das nicht ausdrücken. Der Rückgang der Armut war sehr positiv, und in dieser neuen Mittelschicht steckt vielleicht der Keim für radikalere Reformen, wie die Proteste in Brasilien im Vorfeld der Fußball-WM gezeigt haben. Sicher ist das aber nicht, denn viele Maßnahmen wie Sozialwohnungen oder Beihilfen waren rein klientelistischer Art, wurden also im Gegenzug für politische Gefolgschaft vergeben. Das trägt nicht unbedingt dazu bei, das politische Bewusstsein zu schärfen.

ALBERTO ACOSTA (66) studierte BWL und VWL in Deutschland, von Jänner bis Juni 2007 war er Minister für Energie und Bergbau, 2007/08 Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung Ecuadors.



Ökonom im Energieministerium Ecuadors: Alberto Acosta.

Foto: Picturedesk / WirtschaftsBlatt / Elke Mayr



Jus-Professorin im US-Senat: Elizabeth Warren.

Foto: AP / Jose Luis Magana

Im Kampf gegen ein Trauma namens Schulden

Senatorin **Elizabeth Warren** war Rechtsgelehrte, als die Finanzkrise den Zorn auf die Wall Street schürte. Jetzt ist sie eine Rivalin von Hillary Clinton, und immer mehr Demokraten sähen sie gern im Weißen Haus.

PORTRÄT: Frank Herrmann aus Washington

Elizabeth Warren steht auf einem Gewerkschaftskongress hinter einem Pult mit der Aufschrift „Raising Wages“, „Löhne erhöhen“, und statt Statistiken vorzulesen, erzählt sie aus ihrem Leben. Sie war zwölf, da erlitt ihr Vater, angestellt als Teppichverkäufer in Oklahoma City, eine Herzattacke und verlor seinen Job. Worauf die Familie ihr Auto verlor und bald auch der Verlust der eigenen vier Wände drohte. „Wir waren dicht davor. So dicht“, sagt Warren und legt Daumen und Zeigefinger aneinander, sodass nur eine millimeterkleine Lücke bleibt. Ihre Mutter Pauline, erschrocken und entschlossen, lief im Sonntagkleid zum nächsten Kaufhaus von Sears, um nach einer Stelle zu fragen. Mit 50 Jahren begann Pauline Herring Kühlschränke und Waschmaschinen zu verkaufen, wofür sie den Mindestlohn erhielt. Der

Mindestlohn, kommt Warren zum Punkt, reichte damals, Anfang der 1960er Jahre, um eine Familie über Wasser zu halten. Heute undenkbar.

Das Besondere an Warren ist, dass sie ihr gesamtes Berufsleben einem einzigen Thema widmet. Dem Kampf der kleinen Leute, allem voran dem Trauma Schulden. Schon ihr Vater Donald habe Verbindlichkeiten gefürchtet wie die Pest, aus Angst, von einer Schuldenspirale in bitterste Armut getrieben zu werden, erzählt sie. Darum habe er über Geld nie geredet, „meine Antwort dagegen war, alles zu studieren, Verträge, Finanzen, ökonomisches Versagen“.

In den Hörsälen wurde die Frau aus Oklahoma zur Koryphäe für Insolvenzrecht, ab 1995 an der Harvard Law School, quasi dem akademischen Olymp. 2012 wählten sie die Bürger von Massachusetts zur Senatorin. Es gibt eine wachsende Fangemeinde, die sie bestürmt, fürs Weiße Haus zu kandidieren und Hillary Clinton, der Favoritin der Demokraten, beim Vorausscheid Paroli zu bieten.

Warren ist 65, fast so alt wie Clinton, und hat deutlich jüngere Anhänger, ähnlich wie einst Barack Obama. So bedeckt sie sich hält, allein schon der Diskurs um ihre Bewerbung lässt ihre Partei ein Stück nach links rücken.

Dass die Professorin in die Politik wechselte, lag am Schock der Finanzkrise. Zuvor hatte sie in zwei Büchern ein Klischee hinterfragt, das Stereotyp des angeblich verantwortungslosen Schuldenmachers, beruhend auf Einsichten, die sie im texanischen San Antonio gewann. Warren studierte die zahlungsunfähigen Menschen, die dort im Gerichtssaal saßen. „Ich glaube, ich hatte die landläufige Meinung so komplett zu meiner eigenen gemacht, dass ich erwartete, auf ungepflegte, verschlagene, irgendwie unehrerhafte Leute zu treffen. Was mir auffiel, war, wie normal sie alle aussahen.“ In 90 Prozent aller Fäl-

le, lernte sie, waren die Betroffenen aus einem von drei Gründen in die Pleite gerutscht: Verlust des Arbeitsplatzes, Krankheit, Scheidung. Seine Frau sei an Krebs gestorben; obwohl sie krankenversichert war, habe sie 65.000 Dollar an offenen Rechnungen hinterlassen, fasste es einer zusammen.

Dem Platzen der Immobilienpreislage folgte eine Lawine von Zwangsvollstreckungen, ausgelöst durch windige Hypotheken, deren anfängliche Niedrigzinsen später umso steiler stiegen. Um Wiederholungen zu vermeiden, legte sich Warren für eine neue Verbraucherschutzbehörde ins Zeug: Es gehe nicht an, dass es für jeden Toaster exakte Sicherheitsvorgaben gebe, nicht aber für hochwertige Kreditverträge. Als das Consumer Financial Protection Bureau nach langem Gezerre gegründet war, ging der Chefposten an Richard Cordray, einen Staatsanwalt aus Ohio. Hätte er Warren nominiert, fürchtete Obama, wäre sie, ein rotes Tuch für viele Republikaner, beim Bestätigungsverfahren durchgefallen.

Die Casino-Mentalität der Geldinstitute, die debattensstarke Gelehrte hat sie in bissiger Satire aufgespießt. „O Gott, der arme Mister Banker. Er kassiert Millionen, weil er seinen Job wirklich gut macht. Wie konnte er da wissen, dass seine Bank kurz vor dem Kollaps stand?“, schreibt Elizabeth Warren in *A Fighting Chance*, ihren Memoiren. Die Vorstellung, einige Finanzinstitute seien zu groß, um sie scheitern zu lassen, verführe die Branchenriesen, „sich wie Betrunkene an einem wilden Wochenende in Las Vegas zu benehmen“.

Für einen starken Staat

Es sind Sätze, die einen Nerv treffen. Der Ärger auf die Finanzwelt ist noch nicht verraucht, und er beschränkt sich nicht auf die Linke. Was Warren unterscheidet, ist ihr Credo, nach dem der Staat nicht der feindliche Moloch ist, sondern ein Faktor, der über lange Abschnitte die Stärke der USA ausmachte, allem Kult um den robusten, legendären amerikanischen Individualisten zum Trotz.

Vor gut drei Jahren hielt sie aus dem Stegreif vor Wählern in einem überfüllten Wohnzimmer eine Rede, die sie endgültig berühmt werden ließ. Es gebe niemanden in diesem Land, der allein aus eigener Kraft reich geworden sei, begann sie. „Du hast dort draußen eine Fabrik aufgebaut, gut für dich. Aber du hast deine Waren auf Straßen befördert, für deren Bau alle anderen bezahlt haben. Du hast Arbeiter angestellt, deren Bildung alle anderen bezahlt haben.“ Wer erfolgreich sei, dem sei ein dicker Brocken seines Geldes gegönnt. Zum sozialen Kontrakt gehöre es aber auch, einen Brocken abzugeben, „vor auszuzahlen für den Nächsten, der des Weges kommt“.

„Du hast eine Fabrik aufgebaut, gut für dich. Aber du hast deine Waren auf Straßen befördert, für die alle anderen bezahlt haben.“

Über Sozialgesetze, die viele als unsozial oder aber defizitär empfinden

Die „Mutter aller Reformen“ hält die Deutschen knapp

Nahrung, Kleidung, Hund, Sport. Wofür brauchen Bedürftige wie viel Geld? Zehn Jahre nach Gerhard Schröders Hartz-Reform rechnen manche immer noch.

Birgit Baumann aus Berlin

Es gibt Bundestagsreden, die Geschichte schreiben. Dazu gehört, was der damalige deutsche Kanzler Gerhard Schröder (SPD) am 14. März 2003 verkündete. „Wir werden die Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen.“

Die Bundesrepublik galt damals als der „kranke Mann Europas“, vor allem wegen der hohen Arbeitslosigkeit. Schröder war fest entschlossen, dies zu ändern. Dass es seine Partei zerreißen und er seine Kanzlerschaft verlieren würde, ahnte er an jenem Tag vor heute genau zwölf Jahren nicht.

Das Resultat seiner Ankündigung war die Agenda 2010. Sie brachte den Deutschen ein höheres Pensionsantrittsalter (67 statt 65 Jahre), höhere Zuzahlungen für Krankenversicherte und „Hartz 4“ – die „Mutter aller Reformen“, wie der damalige Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) das nach dem früheren VW-Manager Peter Hartz benannte Gesetz einmal nannte.

Quantitativ übertrieben war das nicht, denn Hartz 4 war der größte Einschnitt in den Wohlfahrtsstaat, den die Deutschen je erlebten. Am 1. Jänner 2005 trat die Reform in Kraft, die Arbeitslosigkeit lag über der traurigen Rekordmarke von fünf Millionen.

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Das Kernstück von Hartz IV: Arbeitslosen-, und Sozialhilfe wurden zusammengelegt, auch Sozialhilfeempfänger erhielten Zugang zu Leistungen der Arbeitsagenturen, ein Fortschritt, fanden viele. Doch für Debatten, die bis heute andauern, sorgte die Höhe der Grundsicherung, die seither für Langzeitarbeitslose und ehemalige Sozialhilfebezieher gleichermaßen gilt: 345 Euro im Monat waren es damals, 399 sind es nun.

Dieses Geld gibt es zusätzlich zu Miete und Heizung, es soll nicht nur fürs Überleben sorgen, sondern auch die „Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“ sichern. Wohlfahrtsverbände kritisieren, die Summe sei viel zu gering und erzeuge Ungerechtigkeit beziehungsweise Armut per Gesetz. So sind in den 399 Euro für „Bekleidung und Schuhe“ nur 33,52 Euro vorgesehen, für „Gesundheitspflege“ 17,16 Euro.

Auch die Sozialwissenschaftlerin Irene Becker hält den Betrag für zu niedrig. Dieser orientiert sich am durchschnittlichen „Einkommen“ jener 15 Prozent Menschen, die in Deutschland zu den Ärmsten zählen. Becker kritisiert, dass in diese Gruppe aber auch jene 40 Prozent der Bedürftigen einbezogen werden, die als „verdeckt arm“ gelten, die also aus „Scham oder Unkenntnis“ staatliche Leistungen gar nicht in Anspruch nehmen. Das drückt auch den Hartz-4-Satz.

Ihren Berechnungen nach müsste er 45 Euro/Monat höher liegen. Doch Becker fordert nicht bloß die Anhebung, sondern sagt im Gespräch mit dem STANDARD auch: „Wir brauchen eine Debatte darüber, was die Gesellschaft für zumutbar hält, wenn ein Staat Menschen zu versorgen hat.“

Arbeitslose besser betreuen

Doch bedeutet mehr Geld mehr Gerechtigkeit? Holger Schäfer, Ökonom am Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln (IW), ist anderer Ansicht: „Es bringt nichts, Arbeitslosen ein paar Euro mehr zu geben.“ Sinnvoller wäre es, der Staat würde zusätzliche Mittel für Arbeitsmarktförderung ausgeben, etwa mehr Weiterbildung oder „engmaschigere“ Betreuung anbieten.

Nach zehn Jahren Hartz 4 sind in Deutschland drei Millionen Menschen ohne Job, die Hälfte davon Langzeitarbeitslose. Wie viel Anteil die Reformen daran haben, wird nie ganz berechnet werden können. Doch Experten sind sich weitgehend einig: Schröders Sozialreform war nicht die einzige Medizin. Auch Konjunktur und Lohnzurückhaltung trugen zur wirtschaftlichen Gesundung Deutschlands bei.

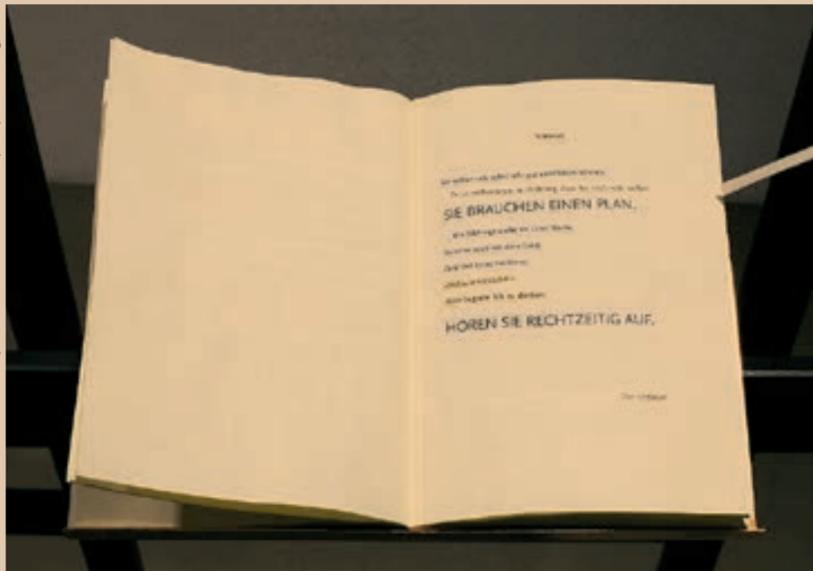
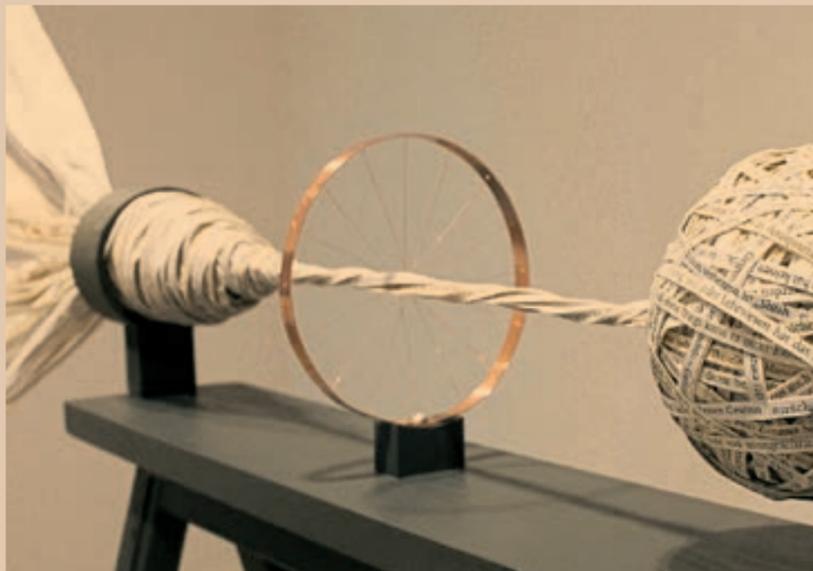


Foto: Lea Titz; Jochen Höller; Courtesy Galerie Mario Mauroner Contemporary Art Salzburg/Vienna



„Zauberformel Geld“ lautet der Titel dieses Objekts von Jochen Höller. Der Künstler verwendete dazu fünf Geldratgeber, deren Inhalt – zum Beispiel „Wie wird man reich“ (Jean Paul Getty) oder „Die Zauberformel des Reichtums“ (Louis Navellier) – in der Skulptur verbildlicht wird. Die Anlage nimmt Satzschüre aus den Büchern auf, und schließlich kommt ein neu gestaltetes Buch heraus, quasi der ultimative Ratgeber über Geld und Reichtum oder: die Zauberformel Geld.

Vom geizigen Zugang zu sozialen Menschenrechten

Schutz vor Armut, Recht auf Arbeit: Soziale Menschenrechte versprechen viel. Lösen sie das in Österreich im Eintreten gegen Ungerechtigkeit auch ein?

Irene Brickner

Die Reichen werden immer reicher – die Ärmern und Armen nur zahlreicher: Diese Entwicklung leugnet heute niemand mehr. Dazu komme, dass auf die, die wenig haben, starker materieller Druck ausgeübt werde. Das verstärke die Ungerechtigkeit weiter, sagt Martin Schenk, Mitgründer der Armutskonferenz.

So könne in Österreich, das immerhin eine bedarfsorientierte Mindestsicherung als unterstes finanzielles Absicherungsnetz hat, Beziehern, die sich nicht an alle Regeln halten, das Geld seit 2010 bis zu 100 Prozent gekürzt werden: für Betroffene und ihre Familien oft ein Fall ins Nichts. „Das war in der alten Sozialhilfe so nicht möglich. Und es läuft den sozialen Menschenrechten zuwider“, kommentiert Schenk.

Um dies höchstgerichtlich – und damit rechtlich verbindlich – klarzustellen, feilt der Sozialexperte an einer Strategie: Erst gelte es gegen einen solchen 100-Prozent-Kürzungsbescheid in Österreich durch alle Instanzen zu berufen. Dann sei der Weg frei für eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR). Schenk: „Im untersten sozialen Netz mangelt es immer noch an Klagsbereitschaft. Und die sozialen Menschenrechte gelten zu wenig in Straßburg. Das gilt es zu ändern.“

Tatsächlich ist zweifelhaft, ob das Höchstgericht des Europarats geeignet ist, den sozialen Menschenrechten zum Durchbruch zu verhelfen: dem Recht auf Arbeit, auf angemessenen Lohn und Lebensstandard, auf Bildung, kulturelle Teilhabe und guten Gesundheitszustand, wie sie in der UN-Menschenrechtserklärung von 1948 und ausführlicher im UN-Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966 ausformuliert wurden.

Enges Mandat

„Der EGMR hat bei sozialen Rechten ein sehr enges Mandat“, sagt Karin Lukas vom Wiener Ludwig-Boltzmann-Institut für Menschenrechte. Schenks Klageinitiative sei dennoch wichtig, sagt sie. Fragen, die mit dem Ausgleich materieller Ungerechtigkeit zusammenhängen, seien aber auch gut beim Europäischen Ausschuss für soziale Rechte aufgehoben. Dem 15-Personen-Gremium gehört sie selbst an.

Doch obwohl der Ausschuss, der die Einhaltung der Europäischen Sozialcharta kontrolliert, auch Gruppenklagen ermöglicht, hat ein Fall aus Österreich dort keine Chance. Anders als 14 andere EU-Staaten hat das Land das Kollektivbeschwerdeverfahren nicht angenommen: „Das Mindestsicherungsproblem könnte also nur in einem Schattenbericht vorkommen“, sagt Lukas.

Überhaupt halte sich die Republik bei der Einklagbarkeit sozialer Menschenrechte zurück: Seit 2013 können sich Einzelne vor dem UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte beschweren, drei Fälle sind schon anhängig. Doch klagen kann nur, wer aus einem Ratifikantenstaat kommt. Österreich gehört nicht dazu.

Ein Staat
ohne Gerechtigkeit
ist nichts anderes
als eine Räuberhöhle.

Augustinus von Hippo

(354–430)

Lateinischer Kirchenlehrer und Philosoph

Was Gesundheit und Krankheit mit Verteilungsgerechtigkeit zu tun haben

„Die Antwort ist simpel: Ungleichheit bringt uns um“

Unser Lebensstil und unsere Ärzte entscheiden, wie lange wir leben? Falsch, sagt der Epidemiologe **Richard Wilkinson**. Zu den größten Einflussfaktoren für unsere Gesundheit zählt Verteilungsgerechtigkeit.

INTERVIEW: *András Szigetvari*

STANDARD: *Lässt sich sagen, dass soziale und ökonomische Ungleichheit uns früher sterben lassen?*

Wilkinson: Die Antwort darauf ist simpel: Ja, Ungleichheit bringt uns um. Je ungleicher eine Gesellschaft ist, desto größer sind die sozialen Probleme. Ungleiche Gesellschaften schneiden bei der Lebenserwartung schlechter ab, es gibt mehr Drogensüchtige, mehr psychische Erkrankungen wie Depression, mehr Kriminalität. Wie stark der Einfluss ist, sieht man in den Vereinigten Staaten: Die USA waren in den 1950er-Jahren eines der Länder mit der höchsten Lebenserwartung. Heute sind sie in der Statistik irgendwo zwischen Platz 25 und 30. Warum? Die Ungleichheit ist in den USA seit den 50er-Jahren explodiert. In Japan war die Entwicklung umgekehrt. Das Land lag nach dem Krieg weit hinten, seit den 80er-Jahren leben Japaner statistisch aber am längsten. In der besagten Zeit hat Japan die soziale Ungleichheit rapide zurückgedrängt.

STANDARD: *Allgemein gilt, dass Lebensstil und medizinische Versorgung darüber entscheiden, wie alt wir werden.*

Wilkinson: Die Medizin wird überschätzt. Es ist schwer, überhaupt einen Zusammenhang zwischen Gesundheitsausgaben pro Kopf in einem Land und der Lebenserwartung zu finden. Das Gleiche gilt für die Zahl der Ärzte und Krankbetten. Das heißt nicht, Medizin wäre nicht effektiv. Aber ihr Einfluss wird von anderen sozioökonomischen Faktoren überschattet. Es ist so wie im Krieg: Lazarette sind wichtig. Für die Zahl der Opfer in einer Schlacht sind sie aber nicht entscheidend.

STANDARD: *Und was ist mit dem Lebensstil, mit Rauchen, Trinken?*

Wilkinson: Das hat Einfluss. Aber eine kürzlich erschienene Metastudie, die dutzende Arbeiten zu diesem Thema analysiert hat, kam zu dem Ergebnis, dass für unsere Gesundheit die Zahl unserer Freunde entscheidender ist als die Frage, ob wir rauchen oder nicht.

STANDARD: *Aber warum sollte jemand mit vier Freunden länger leben als mit zwei?*

Wilkinson: Die Erklärung ist chronischer Stress. Zu viel Stress führt zu einem Prozess, den man als rapides Altern bezeichnen kann. Wenn ein Mensch mit Stress kon-

frontiert ist, verhält sich sein Körper wie bei drohender Gefahr: Er stellt extrem viel Energie bereit. Muskeln spannen sich an, die Reaktionszeit ist verkürzt. Gleichzeitig vernachlässigt der Körper unter Anspannung andere Funktionen wie Gewebeheilung und Verdauung. Es ist gleichgültig, wenn der Stress ein paar Stunden dauert. Wenn er aber Monate und Jahre anhält, wird der Mensch anfälliger für Erkrankungen. Warum sind Freunde wichtig? Die Qualität unserer sozialen Beziehungen verursacht den größten Stress in unserem Leben. Wichtig ist, ob wir respektiert und gemocht werden, ob Freund- und Partnerschaften funktionieren.

STANDARD: *Bei Stressfaktoren denken die meisten Menschen doch eigentlich an Beruf und Karriere.*

Wilkinson: Individuell ist es sicher stressiger, wenn jemandem droht, seinen Job oder sein Haus zu verlieren. Aber auf gesellschaftlicher Ebene sind die größten Stressfaktoren zu niedriger sozialer Status, eine schwierige frühe Kindheit und schlechte soziale Kontakte.

STANDARD: *Wie genau macht nun soziale Ungleichheit krank?*

Wilkinson: Materielle Unterschiede verstärken den Einfluss, den Klasse und sozialer Status auf die Gesundheit haben.

STANDARD: *Ein Beispiel bitte.*

Wilkinson: Es gibt in den USA und Großbritannien arme Regionen, in denen die Lebenserwartung um 20 Jahre niedriger ist als in wohlhabenden Gegenden. Das dürfte noch niemanden überraschen. Unzählige Studien zeigen aber, dass solche Ungleichheiten die Lebenserwartung in allen sozialen Schichten negativ beeinflussen. Es sieht also so aus, dass etwa 95 Prozent einer Gesellschaft gesünder leben, wenn mehr Gleichheit herrscht. In Gesellschaften mit großen materiellen Unterschieden ist die Angst der Menschen vor einem sozialen Absturz und damit auch der erwähnte soziale Stress größer: Also Reiche wie Arme fürchten sich mehr.

STANDARD: *Sie kommen in Ihren Studien sogar zu dem Ergebnis, dass Verteilungsgerechtigkeit für die Lebenserwartung in einem Land wichtiger ist als der absolute Wohlstand in einer Gesellschaft.*

Wilkinson: Ja, wobei das nicht für ärmere Gesellschaften wie Entwicklungsländer gilt. Hier ist der absolute Wohlstand der wichtigste Faktor. Ist aber einmal eine gewisse Wohlstandsschwelle überschritten, kommt es stärker auf die Verteilung an. Es ist aber wichtig, zu sagen, dass die Lebenserwartung auch in Industrieländern mit steigender Ungleichheit steigt. Aber sie könnte stärker steigen.

STANDARD: *Sind soziale Einflussfaktoren bei allen Krankheiten gleich wichtig?*

Wilkinson: Es gibt Erkrankungen, bei denen das soziale Gefälle keine oder kaum eine Rolle spielt, etwa bei Krebs. Zwei der häufigsten Krebserkrankungen, Brustkrebs und Prostatakrebs, sind bei



Medizinische Versorgung allein macht Menschen nicht gesund.

Foto: AP / Focke Strangmann

Reichen genauso verbreitet wie bei Armen. Bei Infektionskrankheiten, Erkrankungen der Atemwege, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Unfällen ist Ungleichheit hingegen ein wichtiger Faktor.

STANDARD: *Wie kann ich als Einzelner von Ihren Studienergebnissen profitieren? Darf man jetzt rauchen, wenn man sich dafür drei Freunde mehr zulegt?*

Wilkinson: Nein, bitte nicht. Die Untersuchung zeigt ja nur, dass Freunde wichtiger sind und nicht dass man das eine mit dem anderen kompensieren kann. In ungleicheren Gesellschaften haben Menschen mehr Angst davor, wie andere sie beurteilen. Deshalb sind Depression und Schizophrenie verbreiteter. Gleichzeitig zeigen Studien, dass Menschen in so einem Umfeld auch eher dazu neigen, sich besser darzustellen, als sie sind, um bestehen zu können. In ungleicheren Gesellschaften ist also auch Narzissmus verbreiteter. Vielleicht sollten wir uns bewusst werden, wie stark Dinge jenseits unserer individuellen Sphäre unser Wohlbefinden beeinflussen.

STANDARD: *Und was können wir als Gesellschaft tun?*

Wilkinson: Es gibt verschiedenste Wege in einer Gesellschaft um Ungleichheit zu verringern. Man kann mehr verteilen oder Spitzengehälter und Bonuszahlungen beschneiden. Wahrscheinlich sollten wir auf sie alle zurückgreifen. Das würde die Gesellschaft für jeden zu einem schöneren Platz machen.

Warten oder zahlen: Von der Kassen- zur Zweiklassenmedizin

Soziale Faktoren bestimmen den Zugang zur Versorgung

Marie-Theres Egedy

Der Meniskus ist gerissen, eine Operation notwendig. Laut Auskunft eines Wiener Gemeindespitals dauert es sechs bis acht Wochen, bis das Knie operiert werden kann. Nach einem Besuch beim Orthopäden – privat – wird das Knie drei Tage später wieder zusammengeklippt. Nicht in demselben Spital, aber auch in Wien. Ist das ein Zeichen für eine Zweiklassenmedizin? Steht damit der Patient vor der Wahl: warten oder zahlen?

In Österreich gibt es eine gesetzliche Krankenversicherung. Jeder ist versichert, jedem steht die gleiche medizinische Versorgung zu. Trotzdem gibt es auch private Krankenversicherungen, auch Zusatzversicherungen genannt. Auf die medizinische Versorgung haben sie eigentlich keinen Einfluss. Wozu dann Prämien zahlen? Welchen Vorteil bieten private Krankenversicherungen, wenn es doch ein funktionierendes öffentliches Gesundheitssystem gibt? Können sich dadurch Menschen mit Geld eine bessere Versorgung erkaufen?

Beschränkte Vorteile

Der Unterschied liegt im Zugang, in den Möglichkeiten sich im Dschungel des Gesundheitssystems zurechtzufinden. Das hängt nicht unbedingt mit einer privaten Krankenversicherung zusammen, sondern ist auch ein sozialer Faktor. Für Christian Köck, einen Gesundheitsökonom, ist das Ausmaß der Zweiklassenmedizin in Österreich dennoch „überraschend klein“. In fast allen Lebensbereichen könne man mit Geld für sich Vorteile erreichen, das sei im Gesundheitsbereich nur beschränkt möglich.

Trotzdem haben laut Österreichischem Versicherungsverband 2,5 Millionen Österreicher eine private Krankenversicherung abgeschlossen. Die Prämienzahlung wirkt erst bei einem Spitalsaufenthalt, da hat ein Sonderklassepatient Anspruch auf ein Einzelzimmer, für Köck „eine Hotelkomponente“. Eine bessere medizinische Versorgung darf er nicht erwarten, das verbietet das Gesetz. Ein Unterschied ist aber die freie Arztwahl. Das trifft vor allem für Belegkrankenhäuser zu. Denn dort agieren die Ärzte als Privatunternehmer.

Kassenpatient, bitte warten

Warum soziale Faktoren die Gesundheit beeinflussen, erforscht Rudolf Schoberberger, stellvertretender Leiter des Instituts für Sozialmedizin an der Med-Uni Wien. „Es geht in Richtung Zweiklassenmedizin“, sagt er im STANDARD-Gespräch und meint damit vor allem die Wartezeiten, die durch den Besuch bei einem Wahlarzt übersprungen werden können. Auch er räumt aber ein, dass bei einem Notfall alle Patienten gleichermaßen versorgt werden, hier habe eine private Krankenversicherung keinen Ein-

fluss. Schoberberger befürchtet dennoch, dass die Schere weiter aufgehen könne. Studien haben ergeben, dass weniger gebildete Menschen, die auch über weniger Geld verfügen, ein höheres Risiko haben, ernsthaft krank zu werden und früher zu sterben. Dieser Trend könnte sich verstärken.

Engpässe würden aber nicht nur bei planbaren Operationen entstehen, sondern auch bei notwendigen Therapien – auch hier sind die Wartezeiten ausschlaggebend. Als Beispiel nennt er Psychotherapie oder Raucherentwöhnung. Beides ist auf Kasse möglich, doch es gibt nur eine beschränkte Anzahl an Plätzen. Wer akut eine Therapie benötigt, kann mit einem Griff in die Brieftasche nachhelfen und sich privat eine Therapie bezahlen oder zumindest vor auszahlen.

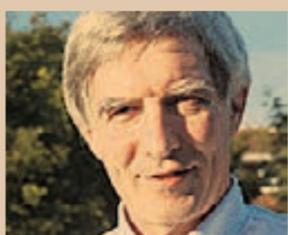
Kritik an Privatspitälern

Gesundheitsökonom Köck führt das auf die kapitalistische Gesellschaft zurück, die eine gewisse „Flexibilität“ ermöglicht. Denn Privatspitäler seien auch ein Geschäft. Doch er ist kein Fan davon. Seiner Ansicht nach funktionieren sie nur, wenn alles nach Plan verläuft. Wenn nicht, reiche die Infrastruktur nicht aus. Jedes öffentliche Krankenhaus habe eine bessere Ausstattung. Im Notfall müssten die öffentlichen Krankenhäuser einspringen. Doch darin sieht er eine Chance. Wenn auch sie die „Hotelkomponente“ besser berücksichtigen, dann werden sich auch mehr Privatpatienten dort behandeln lassen. Das würde auch Geld bringen, das dringend benötigt werde, denn die Versicherungen zahlen für jeden ihrer Patienten 25 Prozent an die öffentlichen Spitäler – der Hausanteil. Trotzdem bleibt der Beigeschmack: Mit Geld kann sich der Patient zumindest mehr Zuwendung erkaufen.

Wahr aber bleibt, dass die größte Ungerechtigkeit von denen ausgeht, die das Übermaß verfolgen, nicht von denen, die die Not treibt. Man wird ja nicht Tyrann, um zu frieren.

Aristoteles

(384–322 v. Chr.)
griechischer Philosoph



RICHARD WILKINSON (Jg. 1943) ist emeritierter Professor für Epidemiologie an der University of Nottingham und Professor am University College London. Zuletzt von ihm erschienen ist das Buch „Gleichheit ist Glück“ (gem. mit Kate Pickett). Foto: University of Brighton

NUR NOCH BIS MORGEN!

[WOHNEN & INTERIEUR][®]
Messe Wien

Österreichs größte Einrichtungsmesse

50% ermäßigte Eintrittskarten auf wohnen-interieur.at/ticket

täglich ab 10 Uhr. Ticket gilt auch für die Wiener Immobilien Messe.

Von Reichen, die vor Steuern flüchten, und solchen, die gern mehr zahlen würden, von armen Senioren, die mit 80 noch arbeiten, und Parteien, die sich „Gerechtigkeit“ krallen – eine verteilungspolitische Tour d’Horizon

Die 75-Prozent-Abgabe, vor der Depardieu flüchtete

Französische „Reichensteuer“ in Kraft – und wieder weg

Stefan Bründle aus Paris

Es war vielleicht François Hollandes wichtigstes Wahlversprechen: Wer mehr als eine Million Euro im Jahr verdient, sollte, alles inklusive, 75 Prozent Steuern zahlen. Das sei ein „sovietischer“ Steuersatz, schimpfte die konservative Partei UMP. Doch der Ökonom Thomas Piketty gab dem Vorhaben mit seiner Kritik an den zunehmenden Einkommensunterschieden indirekt recht. Und der gewählte sozialistische Staatschef brachte das Gesetz dank der linken Mehrheit durch die Nationalversammlung.

Wie bekannt, hob es das Verfassungsgericht danach aus den Angeln. Allerdings nicht wegen der Besteuerungshöhe, sondern wegen Ungleichbehandlung von Doppelverdienern. Das Parlament änderte darauf die Zielscheibe der Steuer: Bezahlen musste sie nun das Unternehmen, das den Großverdiener angestellt hatte.

Anfang 2013 trat die Regelung in Kraft. Aber nur für zwei Jahre, wie von Hollande versprochen: Die Einnahmen sollten die Wirtschaftskrise überbrücken und überwinden helfen. Anfang 2015 hatte sie ihre Schuldigkeit getan und wurde in den Schubladen der französischen Fiskalgeschichte entsorgt. Immerhin könnte sie laut dem Ökonomen François Lenglet 2012 den Wahlsieg Hollandes ermöglicht haben. 61 Prozent der Franzosen hielten die Maßnahme in einer Umfrage für „gerecht-

fertig“ und „gerecht“. Nur wenige Franzosen teilten das vom Rivalen Nicolas Sarkozy vorgebrachte Argument, die Reichensteuer treibe die Kapitalflucht an und enthalte damit dem Fiskus mehr Geld vor, als er mit der Steuer einnehme.

Rückblickend ist zu sagen, dass fast niemand die 75 Prozent Steuern zahlte. Betroffen waren nur tausend Großverdiener in 470 Firmen. Der offizielle Steuersatz betrug 50 Prozent und griff erst ab einer Million Euro. Wer 1,2 Millionen Euro einnahm, zahlte darauf 100.000 Euro Steuern. Dazu kamen die in Frankreich traditionell sehr hohen Unternehmensabgaben, die bis zu 25 Prozent des Einkommens erreichen können. Aber auch das ist selten. Wer fünf Millionen Euro an Einkommen, Beteiligungen, Aktien oder Dividenden erhielt, zahlte zwei Millionen Euro Steuern, dazu 1,2 Millionen an Abgaben. Machte insgesamt 72 Prozent. Nur wer über sechs Millionen Euro einnahm, musste 75 Prozent abliefern.

Der prominenteste Betroffene der Steuer war der Fußballer Zlatan Ibrahimovic, dessen Klub Paris Saint-Germain für seinen Starschützen tief in die Tasche greifen musste. Der Schauspieler und Alleinunternehmer Gérard Depardieu hatte sein Steuerdomizil hingegen schon vorher nach Belgien und Russland verlegt.

Insgesamt brachte die Steuer 500 Millionen Euro ein. Das war sehr wenig. Weniger als der politische Effekt jedenfalls.

Tschechien: Sozialpolitik ja, Steuererhöhungen nein

Wenig Vertrauen in staatliche Finanzierungsstrukturen

Gerald Schubert

Sammeln kann man am Sonntag in Prag problemlos kaufen, Bücher, Kleidung, und Computer auch. Wo noch bis Ende der 1980er-Jahre Planwirtschaft herrschte, lockt seit den 1990ern der Konsum. Viele Geschäfte haben an 365 Tagen im Jahr geöffnet, manche sogar 24 Stunden pro Tag.

Dennoch haben viele Tschechen nur beschränkten Zutritt zur Welt der Waren. Prag gilt zwar, kaufkraftbereinigt, als eine der reichsten Städte Europas – in den strukturschwachen ländlichen Regionen ist die Lage dafür oft umso trister. Hier sind die Gehälter niedriger, die kommunistische Kollektivierung der Landwirtschaft hat tiefe Narben hinterlassen, für Infrastrukturprojekte fehlen häufig die Mittel.

„Die meisten Tschechen hätten ganz und gar nichts gegen mehr Umverteilung“, meint der Politologe Jan Bureš von der Metropolitan University Praha. „Sie trauen aber dem Staat nicht zu, die Steuern effizient einzuhoben – und dann auch korrekt einzusetzen.“

Der politische Wille, die vergleichsweise niedrigen Einkommens- und Gewinnsteuern im öffentlichen Interesse zu erhöhen, sei daher nur schwach ausgeprägt, erklärt Bureš und skizziert damit den Teufelskreis aus Korruption und mangelnder Steuermoral: Geld, das ohnehin in privaten Taschen verschwinden würde, bleibt am besten gleich bei „den Leuten“. Dass es dann für die Finanzierung von Sozialleistungen, für Beamtengehälter oder im

Gesundheitswesen fehlt, erscheint lediglich als weiterer Beweis für die Misswirtschaft im Land.

Für Bureš ist das mit ein Grund für den Höhenflug der Partei Ano, die 2013 mit dem Versprechen antrat, die Korruption zu bekämpfen und Steuern konsequent einzutreiben, anstatt sie zu erhöhen. Ano schaffte bei der Wahl auf Anhieb Platz zwei und ist heute zweitstärkste Regierungspartei. Ihr Vorsitzender, der milliarden-schwere Agrar- und Medienunternehmer Andrej Babiš, wurde Vizepremier und Finanzminister.

Neue Verteilungsdebatte

Es mag kurios anmuten, dass ausgerechnet Babiš die neue Regierung des sozialdemokratischen Premiers Bohuslav Sobotka am Leben erhält. Doch beide repräsentierten 2013 die Wechselstimmung im Land: Nach sieben Jahren Sparpolitik durch konservative Regierungen war die Gesellschaft offen für eine neue Verteilungsdebatte. Der neoliberale Diskurs, der sozialpolitische Maßnahmen westeuropäischer Zuschnitts oft als Relikte aus kommunistischer Zeit darstellte, war aus der Mode gekommen. Davon profitierte der Sozialdemokrat Sobotka. Dem Milliardär Babiš, der als Garant gegen Steuererhöhungen auftrat, nützte wiederum die Skepsis hinsichtlich der treffericheren Finanzierung von Transferleistungen.

Der Konflikt ist programmiert: Die gemeinsam vereinbarte Abschaffung der Praxisgebühren beim Arzt, die gerade die Ärmsten entlastete, hat Umfragekaiser Babiš bereits öffentlich bedauert.



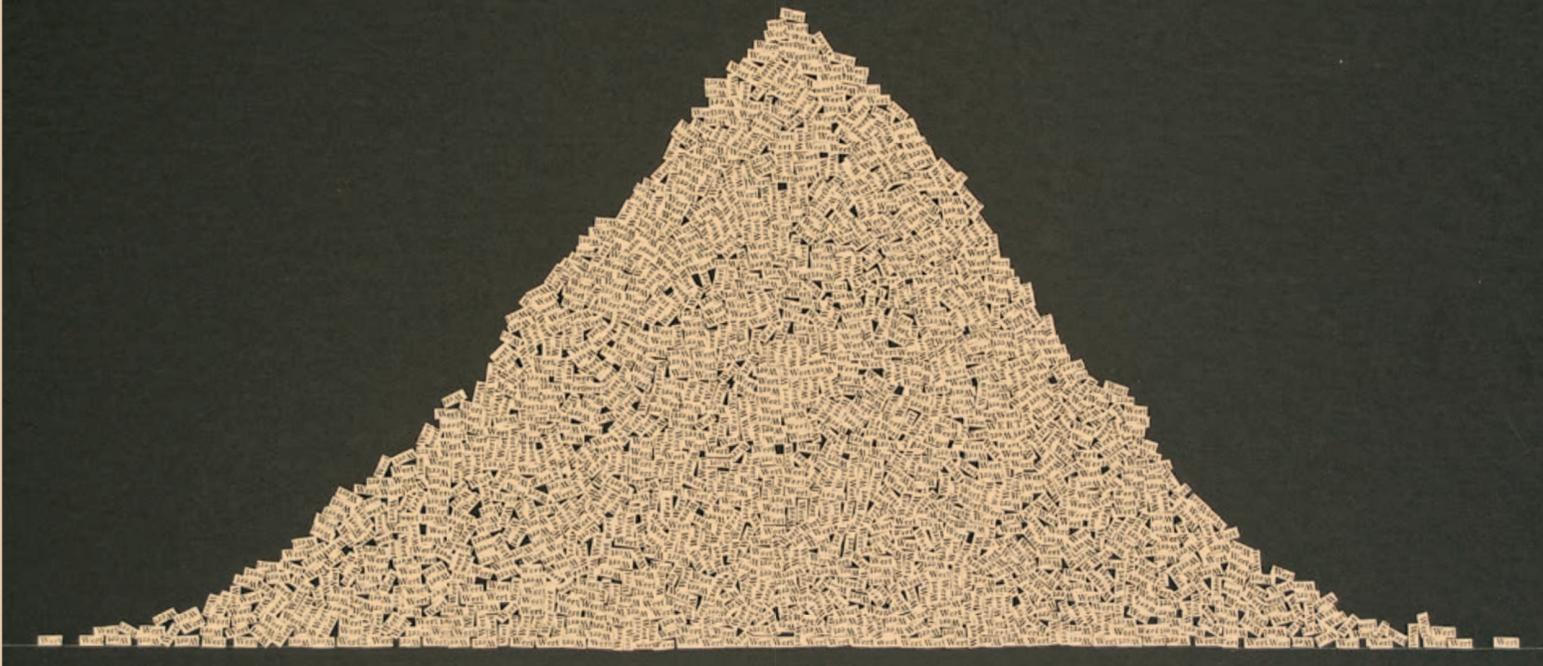
In Karl Marx' berühmtestem Werk ist viel die Rede vom Wert – der Arbeit, der Waren, des Kapitals: In der fünfteiligen Collage „Karl Marx – Das Kapital / Wert“ seziierte Künstler Jochen Höller die Vorlage und schnitt alle „Wert“-Wörter aus, die er zu „Werthaufen“ gruppierte. Für die künstliche (künstlerische) Wertsteigerung wurden die Haufen durch zusätzliche Wörter vergrößert. Der „mehr+„Wert“-Berg ist größer – und mehr wert. Und das Buch? Ohne „Wert“ wertlos?

Foto: Lea Titz/Lechen Höller; Courtesy Galerie Mario Mauroner Contemporary Art Salzburg/Vienna

Kein Land für alte Leute

Die Nachkriegsgeneration hat Südkorea aus Ruinen aufgebaut. Heute stehen viele von ihnen vor dem wirtschaftlichen Nichts. In einem Land, in dem sie, die viele Opfer gebracht haben, heute Opfer einer Hochtempogesellschaft sind. Ein Tag im Pensionisten-Park von Seoul.

REPORTAGE: Fabian Kretschmer aus Seoul



In Karl Marx' berühmtestem Werk ist viel die Rede vom Wert – der Arbeit, der Waren, des Kapitals: In der fünfteiligen Collage „Karl Marx – Das Kapital / Wert“ seziierte Künstler Jochen Höller die Vorlage und schnitt alle „Wert“-Wörter aus, die er zu „Werthaufen“ gruppierte. Für die künstliche (künstlerische) Wertsteigerung wurden die Haufen durch zusätzliche Wörter vergrößert. Der „mehr+„Wert“-Berg ist größer – und mehr wert. Und das Buch? Ohne „Wert“ wertlos?

Foto: Lea Titz/Lechen Höller; Courtesy Galerie Mario Mauroner Contemporary Art Salzburg/Vienna

Lee Cheong Hee hat es sich auf der Steinbank bequem gemacht. Das Paar Turnschuhe sorgfältig zur Seite gelegt, reibt er sich mit beiden Händen die steifgefrorenen Füße warm. Über eine Stunde war der 78-Jährige an diesem Vormittag bereits spazieren, genau wie gestern, vorgestern und all die anderen Tage auch. Seit über 15 Jahren fährt er jeden Morgen von seinem Seouler Vorort bis ins Stadtzentrum, um im Jongmyo-Park seinen Lebensabend bei Brettspielen und politischen Debatten zu vertreiben. Viele der



Seine wässrigen Knopfaugen haben einst mit angesehen, wie aus den zerbombten Straßenzügen seiner Jugendzeit nach und nach riesige Bürotürme heranwuchsen, die den Jongmyo-Park nun umzingeln. Seine Heimat entwickelte sich von einem der ärmsten Länder der Welt zur fünfzehntgrößten Volkswirtschaft. Und doch hat sie für Leute wie Lee gerade mal eine Monatsrente von 120 Euro übrig.

Südkorea ist die am schnellsten alternde Gesellschaft der Welt. Die Geburtenraten sind so niedrig, dass das Volk rein statistisch bis 2750 aussterben würde. Eine absurde Vorstellung, die es dennoch auf die Titelseiten der großen Zeitungen gebracht hat.

Alt sein, das geht in Südkorea allzu oft mit Armut einher. Rund die Hälfte aller Senioren leben unter dem Existenzminimum, so viele wie in keinem anderen OECD-Staat. Sie haben das höchste Risiko, an Depressionen zu erkranken. Innerhalb einer Bevölkerung, die seit Jahren die Selbstmordstatistiken anführt, nehmen sie sich am häufigsten das Leben.

Müllsammler im Pensionsalter

Auch wenn das offizielle Pensionsalter 61 Jahre beträgt, arbeiten Südkoreaner im Schnitt rund zehn Jahre länger. Für viele Senioren bleibt der Ruhestand nichts weiter als eine Wunschvorstellung. Allein anderthalb Millionen Alte säubern als Müllsammler die Straßen der Wohnsiedlungen, andere verteilen Flyer auf den

ausgehmeilen oder bewachen die Apartmentwohnungen der Wirtschaftselite. Die meisten Straßenimbisse werden von ihnen bewirtschaftet, Minimärkte und Pizzeria-Lieferdienste auch. Abertausende Kleinunternehmen bestehen aus alten Ehepaaren, die durch eine frühzeitige Kündigung in die Selbstständigkeit gedrängt wurden. Statistisch gesehen geht die Hälfte solcher Familienbetriebe binnen einem Jahrzehnt pleite.

Das Wunder vom Han-Fluss zählt zum rasantesten Wirtschaftsaufstieg des 20. Jahrhunderts. Während sich mit dem Aufstieg des Kapitalismus traditionelle Familienbindungen lösten, wurde kein Sozialsystem erarbeitet, das diese Entwicklung aus-

balancieren könnte. Park Geun-hye hat sich den Aufbau eines stabilen Pensionssystems für ihre erste Legislaturperiode vorgenommen. Noch ist sie der Öffentlichkeit ihr Versprechen schuldig geblieben.

Nur 1,7 Prozent seines Brutto-sozialprodukts bringt Südkorea für die Unterstützung seiner Senioren auf. Gleichzeitig muss erstmals die Hälfte von ihnen ohne finanzielle Unterstützung ihrer erwachsenen Kindern zurechtkommen. Wer nicht als Professor oder im öffentlichen Dienst gearbeitet hat, bekommt bislang nur eine symbolische Monatspension.

Knapp 100 Euro sind es bei Herrn Ho, 88 Jahre, das stolze Gesicht unter der navyfarbenen Truckerkappe versteckt. „Was

kann ich schon machen? Wir müssen halt sparen, meine Frau und ich“, sagt er lakonisch, seinen Oberkörper auf den Gehstock stützend. Und die Kinder? Ach, was, winkt Herr Ho ab, die hätten selber genug Probleme, ihre Familie durchzubringen. Damit er niemandem zur Last falle, habe er sein Leben lang als Tischler gearbeitet. Die Studiengebühren der Kinder mussten schließlich bezahlt werden, später brauchten sie zum Heiraten eine Eigentumswohnung. Erst mit 83 konnte er sich den Ruhestand leisten.

Opfer bringen, Opfer werden

„Viele Alte sind Opfer einer Gesellschaft geworden, zu der sie selber beigetragen haben“, meint der 34-jährige Se-Woong Koo, Chefredakteur der Nachrichten-seite *Korea Exposé*. „Sie haben unendlich hart gearbeitet, denn sie hatten ja auch ein tatsächliches Ziel vor Augen: das erste Auto, die eigene Apartmentwohnung. Die Jugend ist nicht mehr bereit, sich aufzuopfern.“ An den Traum vom endlosen Wachstum glaube längst niemand mehr.

Se-Woong Koo ist das beste Beispiel für seine These. Als Mittelschüler nahm ihn seine Mutter mit nach Vancouver, nicht zuletzt um ihren Sohn vor dem ultrakompetitiven Bildungssystem ihrer Heimat zu bewahren, dessen immenser Leistungsdruck einst die körperliche Gesundheit des Bruders ruiniert hat. Doch trotz seines Doktorstudiums in Stanford hat sich Se-Woong Koo gegen eine Karriere bei Samsung oder Hyundai entschieden. Mit einem

Halbtagsjob als Englischlehrer in Seoul tilgt er seine Miete, den Rest der Zeit verbringt er unentgeltlich mit seinem englischsprachigen Nachrichtendienst. „Wenn unsere Generation hart arbeitet, dann nur mehr aus persönlicher Erfüllung.“

Es ist Abend geworden in Jongmyo-Park. Nur vereinzelt verirren sich auch ein paar Junge hierher. Meist sind es Touristen, denn an den nördlichen Teil der Parkanlage grenzt einer der ältesten noch erhaltenen Konfuzius-Schreine des Landes an. „Ehre deine Eltern“ hat der chinesische Gelehrte zur moralischen Maxime erhoben.

Se-Woong Koo sagt: „Es wird keinen Weg zurück geben. Respekt gegenüber den Eltern kann man nicht erzwingen.“



Deutsche Millionäre würden dem Staat freiwillig Geld geben

Appell für eine Vermögensabgabe ab 500.000 Euro

Birgit Baumann aus Berlin

Steuern sparen, das ist auch in Deutschland ein richtiggehender Volkssport. Dem Fiskus so wenig wie möglich in den Rachen zu schieben ist für viele Bundesbürger oberste Devise, wenn sie ihre jährliche Steuererklärung machen.

Dieter Lehmkühl hingegen gehört einer seltenen Spezies an. Er würde gerne freiwillig mehr Steuern zahlen. Zu geben hätte er einiges, er schätzt sein eigenes Vermögen auf 1,5 Millionen Euro – nicht nur, weil er der 71-jährige Berliner als Psychiater zeit seines Berufslebens gut verdient hat, sondern auch, weil er Erbe ist.

„Meine Familie hatte zunächst selbst eine Brauerei und investierte später in Aktien“, sagt er. Davon profitiert er, und er würde gerne andere daran teilhaben lassen. Er sagt ganz klar: „Ich zahle zu wenig Steuern. So wie viele Reiche, die ihr Geld ja meist geerbt haben.“ Mit Gleichgesinnten initiierte Lehmkühl 2009 den „Appell für eine Vermögensabgabe“. 64 vermögende Deutsche haben diesen bis heute unterzeichnet.

Ihre Forderung: Wer mehr als 500.000 Euro besitzt, soll zunächst zwei Jahre lang fünf Prozent davon an den Staat abgeben, danach unbefristet ein Prozent Vermögenssteuer bezahlen. Das Geld, so wünscht man es sich, möge gezielt in den ökologischen Umbau der Wirtschaft, in Personal für Bildungs-, Gesundheits-

und Pflegeeinrichtungen fließen.

Eigentlich müsste sich Lehmkühl nicht auf den Staat verlassen. Er könnte sein Geld spenden, was er auch reichlich tut. Aber das ist für ihn nicht das Gleiche, er will, dass der Staat Reiche in die Pflicht nimmt. „Steuern sind Gemeinwohlabbgaben, kein Raub am Bürger“, sagt er und zitiert Oliver Wendell Holmes, jenen Richter des US-Supreme-Court, der 1870 erklärte: „Ich zahle gern Steuern. Damit erkaufe ich mir ein Stück Zivilisation.“

Vermögen ungleich verteilt

Ursprünglich wollten die zahlungswilligen Reichen mit ihrem Geld die Folgen der Finanzkrise abmildern. Mittlerweile jedoch hat sich ihre Motivation geändert. „Es geht uns um mehr Gerechtigkeit, denn Vermögen sind in Deutschland äußerst ungleich verteilt“, sagt Lehmkühl.

Vor kurzem erst hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) berechnet, dass das reichste Prozent der Deutschen noch mehr Vermögen hat als bisher gedacht. Es verfügt über 31 bis 34 Prozent des Gesamtvermögens. Zehn Prozent der Haushalte besitzen zwischen 63 bis 74 Prozent des Kapitals.

Eigentlich gibt es in Deutschland eine Vermögenssteuer. Doch sie wurde nach einem Urteil des Verfassungsgerichts von der CDU/FDP-Regierung unter Helmut Kohl ausgesetzt und wird seit 1997 nicht mehr erhoben.

In Polen hat „Gerechtigkeit“ einen schalen Beigeschmack

Wie eine Partei das Thema kaperte und aufs Spiel setzte

Gabriele Lesser aus Warschau

Eigentlich klingt das Wortpaar „Recht und Gerechtigkeit“ überaus positiv. Doch in Polen erklärten die Zwillingbrüder Lech und Jaroslaw Kaczyński 2001 „Recht und Gerechtigkeit“ zum Kampfbegriff und gaben ihrer neuen rechtsnationalen Partei diesen Namen. Sie sagten der 1989 entstandenen III. Republik Polen den Kampf an und wollten eine IV. Republik ausrufen.

Auf dem Weg dahin sollte die Gesellschaft „gesäubert“ werden. Alte kommunistische Seilschaften, die den Systemwandel überstanden hatten, sollten zerschlagen und Verbrecher der Jahre 1944 bis 1989 zurückgestellt werden. Das historische Rad sollte auf 1989 zurückgedreht werden, um den „rechtschaffenen Polen“ den alten Geschichtsmythos von den „ewigen Helden und Opfern der Geschichte“ zurückgeben zu können. Der Wegfall der Zensur hatte nämlich auch unschöne Wahrheiten über das keineswegs honorrige Verhalten von Polen in der Zeit des Zweiten Weltkriegs und danach zutage gefördert: Pogrome an Juden mit und ohne Beteiligung der deutschen Besatzer, brutale Vertreibung der Deutschen nach 1945, nicht weniger brutale Umsiedlung der Ukrainer über das ganze Land und Zerstörung ihrer Dörfer in Südpolen.

Selbst im ehemaligen KZ Auschwitz mussten fast alle Gedenksteine erneuert werden, da dort nicht Juden, sondern christliche Polen als Hauptopfergruppe verewigt worden waren.

Für viele Polen waren die radikalen Wirtschaftsreformen nach 1989, der Verlust des bisherigen Gesichtsbilds und die offensichtliche Straflosigkeit, mit der die Täter von einst davankamen, nur schwer zu ertragen. Der „Schlusstrich unter die Vergangenheit“, den der erste demokratisch gewählte Premier Polens seit dem Zweiten Weltkrieg, Tadeusz Mazowiecki, ausgerufen hatte, wurde bei vielen den Verdacht, dass die alten und die neuen politischen Eliten miteinander gekungelt hatten.

Ende 2005 gewann Recht und Gerechtigkeit (PiS) erst die Parlamentswahl, kurz darauf auch die Präsidentschaftswahl. Sie bildete jedoch nicht mit der konservativ-liberalen Bürgerplattform PO eine Koalition, sondern mit der klerikal-nationalistischen „Liga der polnischen Familien“ und der linksradikalen „Selbstverteidigung“. In nur zwei Jahren fuhr die PiS die Regierung, die vor allem die „dunklen Machenschaften“ im polnischen Staat und die kommunistischen Seilschaften bekämpfen wollte, frontal an die Wand. Polizeistaatsmethoden, Sex- und Korruptionsskandale schockierten die Wähler so sehr, dass die Bürgerplattform die vorgezogenen Wahlen gewann.

Seitdem hat das Wort „Gerechtigkeit“ im Polnischen einen schalen Beigeschmack. Doch Recht und Gerechtigkeit gibt es immer noch. Sie verlor zwar alle sechs Wahlen seit 2007, ist aber nach wie vor die stärkste Oppositionspartei im Sejm, dem polnischen Abgeordnetenhaus in Warschau.

Was uns die mehr als eine Million Zuwanderer bringen und kosten

Ein Argumentarium gegen den Ausländerhass

„De Ausländer zahne oben und nehmen nur“: Im Vergleich zu den Migranten fühlen sich viele Österreicher schlecht behandelt. Doch Studien zeigen, dass das nur teilweise stimmt, insgesamt zahlen Zuwanderer mehr in die Staatskassen ein, als sie herausbekommen.

Günther Oswald
Nina Weissensteiner

Um die gemäß der Statistik Austria 1.066.114 Menschen ohne österreichischen Pass hierzulande ranken sich viele Mythen. DER STANDARD hat die gängigsten Stammtischthesen über die sogenannten „Ausländer“ zusammengefasst, die rund 12,5 Prozent der Bevölkerung ausmachen – und einem Faktencheck unterzogen.

„Die Zuwanderer kassieren mehr Kindergeld als die Österreicher.“

Logisch, denn: Die Fertilitätsrate der heimischen Durchschnittsfrau lag 2013 gerade einmal bei 1,3, jene von Migrantinnen dagegen bei 1,9. Die meisten Kinder bringen Türkinnen zur Welt (2,2), gefolgt von Frauen aus dem ehemaligen Jugoslawien (2,1). Allerdings, gibt Martin Schenk, Sozialexperte der Diakonie, zu bedenken: „Der Familienbeihilfebezug ist unterdurchschnittlich, denn aufgrund der österreichischen Bildungsungleichheiten besuchen die Kinder von Migranten die Schulen kürzer und gehen weniger häufig an die Unis, um zu studieren.“ Im Detail hat eine Auswertung des Sozialministeriums 2011 für die Familienleistungen ergeben: Zuwanderer haben 460 Millionen Euro in den Familienlastenausgleichsfonds einbezahlt und 936 Millionen in Form von Familienbeihilfe, Kindergeld, Wochengeld herausbekommen. Das entspricht einem Anteil von 19,13 Prozent aller Leistungen.

„Die Migranten feiern öfter krank als wir – und verursachen daher höhere Kosten bei den Krankenkassen.“

So einfach kann man das nicht stehen lassen. Der „Fehlzeitenreport 2013“ des Wifo weist nur aus, dass unselbstständig Beschäftigte im Schnitt 13 Tage im Kranken-

stand waren – es wird aber nicht zwischen in- und ausländischen Arbeitskräften unterschieden. Dünn ist auch die Datenlage bei den konkreten Einnahmen und Ausgaben für das Gesundheitssystem. Aus der Auswertung des Sozialressorts geht aber hervor, dass die Krankenkassen 2011 rund 12,2 Milliarden an Beiträgen einnahmen und Ausländer 7,23 Prozent bzw. 882 Millionen beisteuerten. Bei den diversen Ausgaben gibt es häufig keine Untergliederung nach Staatsbürgerschaft. Nur bei den Geldleistungen (vor allem Krankengeld) steht fest, dass 8,14 Prozent oder 41,3 Millionen an Zuwanderer ausbezahlt wurden.

„Die Ausländer nehmen häufiger die Arbeitslose und die Mindestsicherung in Anspruch als die Inländer.“

Statistisch gilt das durchaus als belegt. Zuletzt waren 397.589 Menschen als arbeitslos gemeldet, 105.833 davon Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft, was einem Anteil von 26,6 Prozent entspricht. Eine Erklärung für den hohen Anteil: Zuwanderer haben häufiger nur Pflichtschulabschluss – und je niedriger der Bildungsgrad, desto höher ist das Risiko, den Job zu verlieren, weil man sich etwa in der Bau- oder Reinigungsbranche sein Geld verdienen muss. Ähnlich sieht es bei den Beziehern der Mindestsicherung aus: Eine Studie der L&R Sozialforschung kam 2012 zu dem Schluss, dass der Anteil an Zuwanderern etwa gleich hoch ist wie beim Arbeitslosengeld.

„Die Asylwerber legen sich bei uns in die soziale Hängematte.“

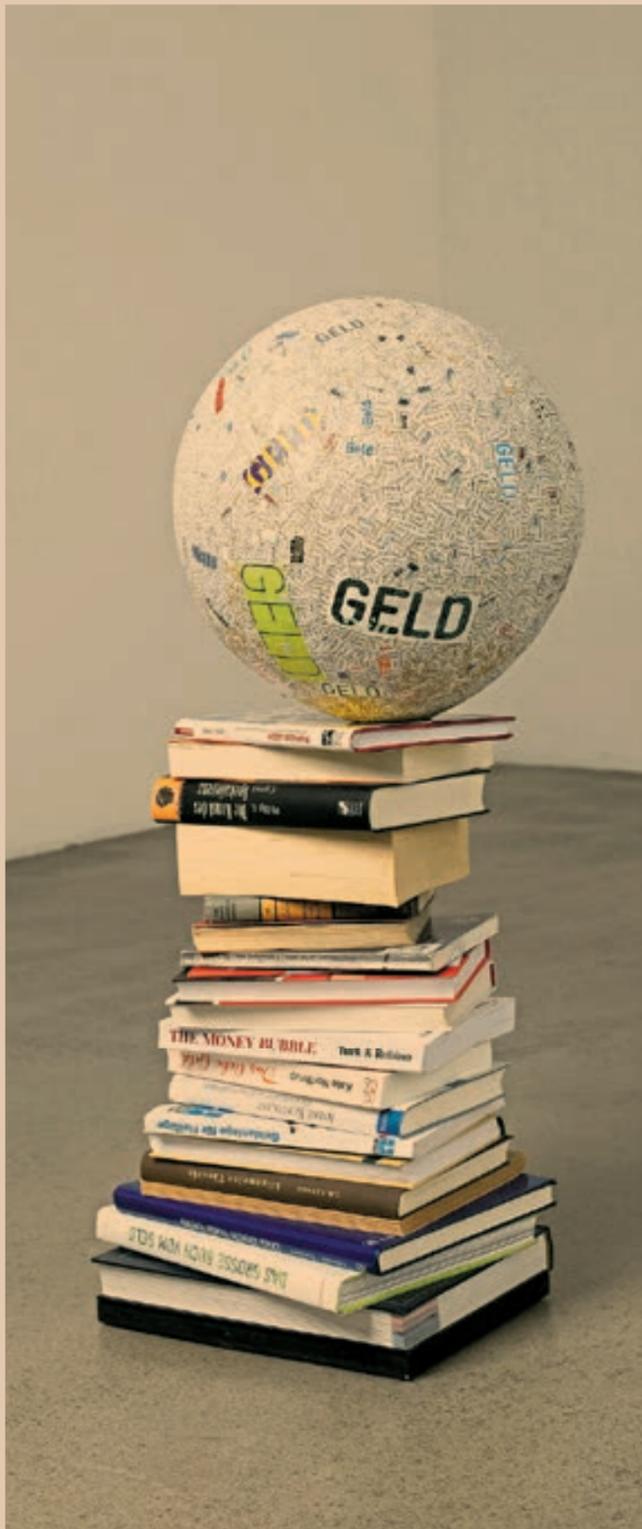
Mit Ende 2014 sind 31.274 Personen grundversorgt worden, die meisten davon Asylwerber, exakt

9077 waren minderjährig. Doch wer an paradiesische Zustände während ihres Verfahrens glaubt, irrt: Werden diese Menschen in Unterkünften versorgt, müssen sie mit 40 Euro pro Monat auskommen; wohnen sie selbstständig, bekommen sie vom Staat maximal 290 Euro monatlich, rechnet Schenk vor. Dass Asylwerber ihren Unterhalt meist nicht selbst bestreiten können, liegt am restriktiven Zugang zum Arbeitsmarkt, an dem die Regierung bis dato festhielt: Erlaubt sind ihnen nur Saisonjobs und Tätigkeiten in der Landwirtschaft. Asylwerber sind also bloß als Kräfte im Tourismus und Erntehelfer erwünscht – und das nur nach eingehender „Arbeitsmarktprüfung“. Auch erlaubt: „Landschaftspflege“ (vulgo Heckenschneiden u. Ä.) bei Bund, Ländern, Gemeinden. Und: Sie dürfen selbstständig ein Gewerbe betreiben – viele sind daher Zeitungszusteller.



Bilanz: Arbeitslosen- und Familienleistungen werden von Migranten überdurchschnittlich oft in Anspruch genommen. Für eine umfassende Bilanz müsste man aber auch das Pen-

sionssystem berücksichtigen. Nur zwei Prozent aller Pensionszahlungen gingen 2011 an Migranten (gleichzeitig waren sie aber für 7,23 Prozent der Einzahlungen verantwortlich). Was das Ganze jedoch verzerrt: Wer jahre- oder jahrzehntelang als Ausländer eingezahlt hat, wird – nach Verleihung der Staatsbürgerschaft – zum inländischen Pensionsbezieher. Aussagekräftiger ist daher eine Auswertung der OECD – diese kam in ihrem Migrationsausblick 2013 zu dem Schluss: Berücksichtigt man nicht nur Transferzahlungen und Sozialversicherungsbeiträge, sondern auch alle anderen Steuern, so brachte jeder Zuwandererhaushalt der Staatskasse 2400 Euro pro Jahr. Bei gemischten Haushalten (ein Österreicher, ein Zuwanderer) lag der Nettoeffekt sogar bei 6400 Euro.



Die „Finanzblase“ des so betitelten Bücherobjekts des Künstlers Jochen Höller wird gespeist aus Geld in den darunter gestapelten Büchern über die Kunst des Spekulierens, ökonomische Hypes oder eben Finanzblasen. Jedes „Geld“-Wort wurde dafür ausgeschnitten.

Foto: Lea Titz; Jochen Höller; Courtesy Galerie Mario Mauroner Contemporary Art Salzburg, Vienna

Kein Benzin in Wien bis 2050

Stadt könnte Energieziele laut aktuellen Daten erreichen

Wien – Es habe ein Umdenken stattgefunden, von überschaubaren zu „sehr langfristigen“ Zielsetzungen, sagte Bernd Vogl, Leiter der MA 20 für Energieplanung, am Freitag bei der Präsentation des Wiener Energieberichts 2014.

Das sei auch der vom Gemeinderat beschlossenen Smart-City-Strategie und dem Stadtentwicklungsplan (Step 2025) zu verdanken – Konzepten also, die „zumindest Prozesse auslösen“, so Vogl.

Trotzdem müsse die Stadt noch stärker stadtplanerische Maßnahmen und Innovationen forcieren: „Wir müssen die nötigen Systeme aufbauen, sonst werden wir die Energiewende nicht schaffen.“ Und Wiens Energieziele sind ambitioniert: etwa die Senkung der Treibhausgasemissionen um 80 Prozent und des Energieverbrauchs um 40 Prozent bis 2050.

Die Hauptstadt steht aber laut dem aktuellen Energiebericht bereits jetzt gut da: Mit rund 22.300 kWh je Einwohner hat Wien im Österreichvergleich den niedrigsten Energieverbrauch. Der österreichische Durchschnitt liegt bei rund 32.600 kWh pro Kopf. Spit-

zenreiter ist Oberösterreich mit zirka 46.100 kWh. Die positive Bilanz ist laut Vogl vor allem den städtischen Strukturen zu verdanken: ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz, kleinere Wohnungen, weniger Industrie.

Realistisch ist für Vogl, dass im Jahr 2050 „niemand einen reinen Benziner mehr fährt“ – dann sollen die Wiener nämlich nur noch mit Hybrid-, Elektro- oder Biotreibstoff-Kfz unterwegs sein. Das Thema stehe im Zeichen der Zeit, argumentierte Vogl mit Verweis auf die EU-Verordnung zur Verminderung der CO₂-Emissionen bei Neuwagen. Hier brauche es aber weitere Maßnahmen, etwa ausreichend Ladestationen.

Noch ist Wien allerdings von fossilen Energieträgern abhängig: 41 Prozent der Versorgung fallen auf Gas und 29 Prozent auf Erdöl. Stärker müsse deshalb auch bei der Stadtentwicklung nach neuen Versorgungsmöglichkeiten gesucht werden, etwa Wärmepumpen. Derzeit werde auch diskutiert, Schulen künftig standardmäßig mit Photovoltaikanlagen auszustatten. (cmi)

ÖVP gibt Stenzel einen Korb

Bezirksvorsteherin möchte wieder kandidieren

Wien – Nein, Interview will Ursula Stenzel am Freitag keines geben. Auch den Bericht in der *Presse*, wonach ihre Kandidatur im ersten Bezirk bei der Bezirksvertretungswahl am 11. Oktober fix sei, bestätigt ihre Sprecherin Angelika Mayrhofer-Battlogg nicht. Vielmehr sei es so: Stenzel will auch nach der Wahl Bezirksvorsteherin der Inneren Stadt bleiben. Unklar sei allerdings noch, wann die Entscheidung über eine Kandidatur fällt und in welcher Form Stenzel kandidieren wird.

Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder sie kandidiert mit einer eigenen Liste, oder – und das ist die von Stenzel favorisierte Option – sie wird doch wieder Spitzenkandidatin der ÖVP im ersten Bezirk. „Das ist so, wie wenn Bayern München plötzlich sagt, sie brauchen David Alaba nicht mehr“, sagt ihre Sprecherin über die „Fehlentscheidung“ der ÖVP, die im Oktober Markus Figl zum ÖVP-Bezirksparteiobmann und Spitzenkandidaten er-

nannt hat. Offenbar wird hinter den Kulissen versucht, diese Entscheidung rückgängig zu machen.

Von der Landespartei kommt allerdings eine Absage: „Markus Figl wird als Spitzenkandidat für die ÖVP in Wien 1 in die Wahl gehen. Er hat unser Vertrauen, und wir sind davon überzeugt, dass er für die ÖVP die Wahl erfolgreich schlagen wird. Alles andere sind Gerüchte und Spekulationen“, sagt Manfred Juraczka zum STANDARD. Im Streit will er nicht mit Stenzel auseinandergehen: Stenzel habe über 15 Jahre sehr erfolgreich für die ÖVP in Europa und in Wien Politik gemacht. „Ich schätze ihre Arbeit sehr, sie weiß, dass meine Tür immer offen steht, um über weitere, andere Optionen zu sprechen.“

SPÖ und Grüne freuen sich jedenfalls über den Zwist. Beide spekulieren damit, dass Stenzel und Figl einander die Stimmen wegnehmen werden und SPÖ oder Grüne davon profitieren könnten. (rwh)



Will nicht in Polit-Pension gehen: Ursula Stenzel.

Foto: Andy Urban

KURZ GEMELDET

WIEN/BURGENLAND

Vorwürfe gegen Polizei: Ermittlungen in Eisenstadt

Wien/Eisenstadt – Die Frage, ob eine 47-jährige Frau in der Silvesternacht in Wien von Polizeibeamten misshandelt und verletzt worden ist, wird die Staatsanwaltschaft Eisenstadt klären. Die Oberstaatsanwaltschaft (OStA) Wien hat am Freitag der Staatsanwaltschaft Wien die Ermittlungen gegen die Polizisten entzogen und diese nach Eisenstadt delegiert, „um jeden Anschein von Befangenheit zu vermeiden“. (APA, red)

NIEDERÖSTERREICH

ÖVP, Grüne und SPÖ wollen Rücktritt

Maria Lanzendorf – SPÖ, ÖVP und Grüne fordern den Rücktritt jenes FPÖ-Gemeinderates in Maria Lanzendorf, der wegen rassistischer und frauenfeindlicher Postings auf Facebook angezeigt wurde. Der zuständige FPÖ-Bezirksobmann Wolfgang Zistler sagte dem STANDARD, man werde am Sonntag über einen möglichen Parteiauschluss beraten. (cms)

Verteilungsgerechtigkeit zwischen geschütztem und ungeschütztem Sektor

Alle sind gleich, einige sind gleicher

Verteilungsgerechtigkeit besteht oft nicht nur zwischen Arm und Reich, sondern innerhalb derselben sozialen Schicht. Im staatsnahen Bereich gibt es Privilegien, die gleich qualifizierte Beschäftigte im ungeschützten Sektor nicht haben.

Hans Rauscher

Warum bekommen 2376 pensionierte Mitarbeiter der Wiener Gebietskrankenkasse eine Zusatzpension von durchschnittlich 18.700 Euro im Jahr? Zusätzlich zur ASVG-Pension? Warum kriegen 4242 Pensionisten der Pensionsversicherungsanstalt rund 17.700? 152 Pensionisten des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger rund 24.800 Euro? Oder 601 pensionierte Mitarbeiter der steirischen Elektrizitätswerke Steweag rund 26.700? 117 ebensolche der Kärntner E-Gesellschaft Kelag rund 19.200 Euro? Oder 762 Personen beim ORF rund 24.160 Euro? (Das ist fast der Durchschnittsaktivbezug in Österreich).

Darum: Es handelt sich durchwegs um Unternehmen und Institutionen im öffentlichen Bereich, die Dienstnehmer sind keine Beamten, sondern normale Beschäftigte (überwiegend Angestellte). Mit starken Gewerkschaften und gut in der Politik vernetzten (Gewerkschafts-)Funktionären. Der kuschelige staatsnahe Arbeitgeber gewährt Privilegien, die ein Großteil der vergleichsweise ebenso qualifizierten Beschäftigten im privaten Sektor nicht hat. Der Rechnungshof prüfte etwa 400 Unternehmen der „Öffentlichen Wirtschaft“. 2012 bezogen demnach 25.626 Personen rund 586 Millionen Euro an „zusätzlichen Leistungen für Pensionen“ (2013/14).

Das hat nichts mit dem Gegensatz zwischen Reich und Arm zu tun, sondern ist eine „Verteilungsgerechtigkeit“ innerhalb einer vergleichbaren sozialen (Mittel-)Schicht.

Zwar haben auch private Unternehmen solche zusätzlichen Betriebspensionen oder Pensionskassen, wo Arbeitnehmer (weniger) und Arbeitgeber (mehr) einzahlen. Rund 820.000 Beschäftigte, also ein Viertel, haben Anspruch auf betriebliche Zusatzpensionen aus diesem Titel, 80.000 bekommen sie schon ausbezahlt, durchschnittlich 7000 Euro/Jahr. Aber in dieser Globalzahl sind natürlich auch die vielen staatlichen und staatsnahen Unternehmen drin.

Österreich-spezifische Ursachen

Unter dem Strich bleibt: Wie in George Orwells *Animal Farm* sind „alle Tiere gleich, aber einige sind gleicher“. Letztere finden sich häufig in staatsnahen Unternehmen und Institutionen. Das hat durchaus Österreich-spezifische Gründe. In einem Land mit hohem Staatsanteil an der Wirtschaft gibt es historisch einen hohen Einfluss der Parteien und Gewerkschaften. Ergebnis: Man sorgt für die Seinen, auch wenn das aus Steuermitteln und öffentlichen Geldern geschieht. Ist das „gerecht“?

Die Frage stellt sich etwas schärfer, wenn Vertreter der Arbeiterkammer drastische Umverteilung verlangen, die sich selbst wenig Sorgen um die eigene Alterssicherung machen müssen. Pensionierte Arbeiterkammer-Mitarbeiter beziehen laut Auskunft der AK im Durchschnitt 16.000 Euro/Jahr Zusatzpension (aus den Abgaben der Zwangsmitglieder).

Gerechterweise muss man einiges dazu sagen: Erstens gibt es diese Zusatzpensionen auf der anderen Seite der Sozialpartnerschaft, etwa bei der Wirtschaftskammer (WKO), so ähnlich. Zweitens sind schon seit Jahren in den meisten Institutionen wie AK, WKO, ORF Reformen gesetzt worden: Für Neueintretende wurde von sogenannten Dienstordnungspensionen auf „Pensionskassen“ umgestellt. Drittens zahlten auch viele, für die noch die „Altverträge“ gelten, sogenannte Pensionssicherungsbeiträge von ein paar Prozent. Allerdings sind diese zahlreichen Altverträge immer noch sehr, sehr kommod.

Diese Pensionsprivilegien entstanden in Anlehnung an Beamtenregelungen (70 Prozent etwa der Pensionäre der Sozialversicherungen erhalten 80 Prozent des Letztbe-

zugs). Früher hieß es, ein Beamter habe „nix, aber das fix“. Und: Ein im Vergleich zur Privatwirtschaft relativ bescheidenes Gehalt werde durch eine schöne Pension ausgeglichen. Das stimmt so nicht mehr. Wie die Statistik Austria zeigt, verdienten 2013 im Median (dieser Wert liegt genau in der Mitte, die eine Hälfte verdient mehr, die andere weniger) Beamte 51.408 Euro/Jahr, Vertragsbedienstete 32.041, Angestellte 29.323 und Arbeiter 18.662. Der Median der Beamtenpensionen betrug 2013 bei Männern 34.783 Euro, bei Frauen 35.536 pro Jahr. Bei ASVG-Angestellten war der Median der Alterspensionen 28.616 Euro/Jahr für Männer, 16.054 für Frauen.

Bei solchen Vergleichen wenden Beamtenvertreter nicht ohne Berechtigung ein: Beamte sind besser qualifiziert, älter und arbeiten fast nie Teilzeit. Sie zahlen auch Pensionssicherungsbeitrag. Außerdem werden diese Verträge immer weniger. Aber es gibt doch noch schöne „Goodies“: Beamte dürfen in der Frühpension ohne Abschläge unbegrenzt dazuverdienen. Sie gehen auch massenweise in Frühpension: Laut Rechnungshof (2015/02) gingen 2011 nur ein Prozent der Frauen und drei Prozent der Männer in die reguläre Alterspension von 65 Jahren. In der Privatwirtschaft arbeiten immerhin 16 Prozent der Männer und 42 Prozent der Frauen bis zum gesetzlichen Eintrittsalter. Die „Hacklerpension“ (abschlagsfreie Frühpension aufgrund langer Beitragszeiten) wird von Beamten zu 56 Prozent, in der Privatwirtschaft zu 27 (Männer) und 24 Prozent (Frauen) beansprucht.

Dienstunfähigkeit ist der große Hit in bestimmten Bereichen des öffentlichen Dienstes. Bei den ÖBB erfolgten laut RH (2015/04) 2011 und 2012 volle 90 Prozent der Ruhestandsversetzungen krankheitsbedingt. 2002 bis 2013 belief sich das Pensionsantrittsalter der Bundesbahnbeamten auf 52,5 Jahre. Ähnlich bei der Post: Nur 0,5 Prozent der Bediensteten von Post, Telekom und Postbus gehen mit gesetzlichem Pensionsalter in den Ruhestand. Im Schnitt mit 55,8 Jahren (ASVG: 58,9 Jahre). Aber damit nicht alles beim öffentlichen Dienst hängenbleibt: Bei den Bauern gehen nur fünf Prozent in reguläre Alterspension, volle 71 Prozent in Invaliditätspension.

Oder manche Landesverwaltungen: Bei der Gemeinde Wien geht laut Kontrollamt jeder zweite Beamte in Frühpension, bei den Stadtwerken 59,6 Prozent. Weder Wien noch Kärnten haben Pensionsreformen wie in den anderen Bundesländern durchgeführt.

Absolutes Privilegienparadies ist die Nationalbank: OeNB-Pensionisten vom Portier bis zum Abteilungsleiter unterhalb der Direktionsebene bekommen durchschnittlich 2,3 Millionen Pension im Laufe ihres Ruhestands. Davon sind nach Berechnungen von Bernd Marin 1,7 Millionen Zuschuss von der öffentlichen Hand. Darüber wird es aberwitzig: Pensionen in Höhe von 30.000 Euro monatlich. Marin meint, auf diese Luxuspensionen, wie sie auch Altpolitiker und Funktionäre im öffentlichen Bereich haben (Verbund: 33 Personen durchschnittlich 72.900/Jahr), müsste man die wahre „Millionärssteuer“ einheben.

Im staatsnahen Bereich haben nicht nur „Bonzen“ allerlei „fringe benefits“ (Sportstätten, Erholungsheime, Dienstwohnungen), sondern auch die normalen Beschäftigten. Im ungeschützten Sektor ist derlei sehr selten (geworden). Innerhalb derselben sozialen Schicht gibt es also Privilegierte und solche, die durch die Finger schauen. Ja, zum Teil innerhalb desselben Unternehmens: Laut Rechnungshof (2012/10) erhält bei der Sozialversicherung ein 1955 geborener Akademiker eine Pension von 4270 Euro, ein 1970 Geborener 3860 Euro.

Für die Betroffenen sind das ihre Rechte, man muss es aber bedenken, wenn man über „Verteilungsgerechtigkeit“ diskutiert.



Budgetloch einmal anders:
Man nehme 19 Bücher, die sich mit Schulden, Finanzkrisen, Finanzcrashes, Staatsbankrotten etc. beschäftigen, mit Titeln wie „Der Crash“, „The Big Reset“ oder kurz und bündig „Schulden“, staple sie übereinander, fräse ein Loch hinein – und fertig ist das Budgetloch, wie es Künstler Jochen Höller gestaltet hat.

Mächtige Nachnamen, die Partei und Schmiergeld

Südosteuropas Staaten sind zu arm, um soziale Not zu lindern. Abgesehen davon werden Geld und die wenigen Jobs meist an willfähige Parteileute oder mächtige Familien verteilt. Ein Reisebericht der besonderen Art.

Adelheid Wöfl aus Sarajevo

Franjo Tudman ballt die Faust, so als würde er über seinen Tod hinaus für die Anliegen der heimatliebenden Kroaten weiterkämpfen, die heilige Maria lächelt milde, und Jesus blickt zur Seite. Die Veteranen haben sich ihre „Ikonen“ im weißen Plastikzelt vor dem Verteidigungsministerium in Zagreb aufgehängt. Sie sollen bezeugen, dass es um eine gerechte Sache geht. Die ehemaligen Soldaten wollen, dass ihre Rechte in der Verfassung verankert werden.

Die Durchschnittspension liegt in Kroatien bei etwa 350 Euro. Die 467 im Krieg schwer Versehrten bekommen zwischen 500 und 1500 Euro, 58.000 weitere Kriegsinvalide etwa 700 Euro, erzählt Đuro Glogoški, Chef der Organisation „100 Prozent für Kroatien“. Die Veteranen wollen vor allem Anerkennung. Hinter dem Ministerium, bei der Eisenbahnunterführung stoßen ihre Probleme auf wenig Verständnis. „Die sind mir egal“, sagt der Mann mit den zerzausten Haaren, der alte Handys verkauft. „Meine Frau, meine zwei Töchter, meine Enkelin und ich haben im Monat 300 Euro zur Verfügung. Das ist meine Tragödie“, sagt er. „Ein Veteran bekommt 700 Euro. Ich weiß nicht, was gerecht ist, ich weiß nur, dass ich heute nichts zu essen habe.“

Saba Dervišovski weiß dafür, was ungerecht ist. Sie hat 25 Jahre in einem Kino Karten abgerissen, mit 58 ist sie für eine Pension noch zu jung. „Die Veteranen wissen nicht, in welcher Situation wir leben. Die denken nur an sich.“ Dervišovski lebt in einem Keller auf einer Couch. Jeden Tag kommt sie hierher und legt auf die Wiese neben der Eisenbahnunterführung Unterwäsche in Plastiksäcken. Manchmal verkauft sie etwas. „Niemand denkt an die Ärmsten“, sagt sie. Sie lebt von 100 Euro Sozialhilfe im Monat. Ein Liter Milch kostet in Kroatien zurzeit 80 Cent, ein Cola 1,30 Euro, ein Kilo Gouda 4,90 Euro.

Es gibt wohl keine andere Region in Europa, in der Geld, Jobs und Chancen so intransparent und ungerecht verteilt werden wie in Südosteuropa. Entscheidend sind Beziehungen (in der Region sprechen alle von „veze“) und ob man einer Partei oder einer Ethnie angehört. Leistung zählt nicht, dafür Schmiergeld. In Bosnien-Herzegowina kann man viele Jobs in der Verwaltung einfach „kaufen“.

„Der Preis für einen Posten als Krankenschwester liegt etwa bei 5000 Euro“, erzählt der Journalist Željko Rajčić in Banja Luka. „Ein Managementjob in einer Behörde kostet 10.000 Euro.“ Ein Teil des Schmiergelds landet bei den Parteien. Eine andere Möglichkeit ist, dass man einer Partei Loyalität erweist und deswegen einen Job bekommt. Wer Parteimitglied ist, bekommt bei Job-Interviews eine höhere Punktzahl. Wer im Wahlkampf 20 Wählerstimmen



Die Kriegsveteranen protestieren in Zagreb für mehr „Rechte“. Die arbeitslose Frau Dervišovski lebt von 100 Euro Sozialhilfe.

„garantiert“, kann danach mit einem Posten rechnen.

„Das ist ein offenes Geheimnis hier“, sagt der Journalist Mihajlo Popović. „Das Problem ist, dass alle diese Regeln akzeptiert haben. Die Mehrheit der Leute wurde so dazu gebracht, ohne Selbstachtung zu leben. Weil der Einzelne das Gefühl habe, dass er ohnehin nichts ändern könne, lasse man lieber gleich die „Beziehungen spielen“.

„Wenn es um die Abhängigkeit von Parteien geht, dann war das im Kommunismus besser“, sagt der Südosteuropa-Experte Florian Bieber. „Heute geht nichts ohne Netzwerk.“ Dies hat sich tief eingepreßt. Die Sozialanthropologin Čarna Brković beschreibt eine bosnische Elterngruppe, die versuchte, etwas für ihre behinderten Kinder zu erreichen: „Obwohl jeder seine Beziehungen für irgendetwas bemühte, endete es damit, dass die Ungleichheiten gestärkt wurden und eine systematische Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen beschränkt blieb.“ Sozialer Schutz sei zufällig, erratisch und unberechenbar.

Die Historikerin Nadja S. hat keine „Beziehungen“. Ihre Eltern sind verstorben. Sie jobbt in Sarajevo als Fremdenführerin. Nadja kann sich nicht dagegen wehren, dass ihr Fahrlehrer sagt, dass sie noch einmal 35 Stunden Unterricht braucht, obwohl sie weiß, dass dem Lehrer nur um das Geld geht, jenes Geld, das sie gar nicht hat.

Sie ist ausgeliefert. Die 28-jährige Frau ist schon seit Jahren nicht mehr sozialversichert. Das letzte Mal, als sie Antibiotika brauchte, hat ein Freund sie bezahlt. Die junge Frau hat sich unzählige Male um Jobs beworben. Es hieß immer: Nein, du hast keine Erfahrung. „Wenn du aber aus einer einflussreichen Familie mit einem mächtigen Nachnamen oder bei einer Partei bist, dann reicht das an ‚Erfahrung‘. Für diese Leute sind alle Türen offen.“ So eine wie sie könne aber keinen guten Job bekommen. „Für uns sind die Türen fast immer verschlossen.“

Die Menschen fürchten Ungerechtigkeit, weil sie Angst haben, ihr zum Opfer zu fallen, nicht weil sie es verabscheuen, sie zu begehen.

Platon
(427–348 v. Chr.)
griechischer Philosoph



Der nördlichste Vorposten der Salzburger Goldberge

Der hohe Waldanteil der Skitour auf den Anthaupten im Pinzgauer Embach stört nur scheinbar. Die Bäume halten den Wind ab, der Pulverschnee bleibt länger erhalten.

Thomas Neuhold

Der 1924 Meter hohe Anthaupten direkt über dem auf einer Sonnenterrasse gelegenen kleinen Pinzgauer Ort Embach ist fast so etwas wie ein Berg der Skipioniere. Die älteren Embacher können sich jedenfalls noch an Skirennen vom Gipfel ins Tal erinnern. Fünf Minuten hat Mitte des vergangenen Jahrhunderts der Rekordhalter vom Gipfel ins Tal gebraucht.

Die Skitourenger heute gehen die Sache viel gemütlicher an. Das entspricht dem Charakter des nie wirklich steilen Anstieges auch viel mehr als die Rasanzen vergangener Tage. Der Anthaupten thront als weit nach Norden vorgeschobener Außenposten der Goldberggruppe



Über den Norddrücken geht's zum Gipfel des Anthaupten.

Foto: Thomas Neuhold

ziemlich walddreich über Embach. Hier beginnt der lange Bergkamm, der das Gastener vom Rauriser Tal und damit den Pongau vom Pinzgau trennt und der mit Silberpfennig, Schareck, Alteck und Sonnblick in den ehemaligen Abbaugebieten der Goldberge mündet.

Die Bäume am Anthaupten trüben den Skigenuss nicht – eher im Gegenteil: Durch den hohen Waldanteil können Wind und Sonne nicht voll angreifen, der Schnee bleibt hier meist länger pulvrig als anderswo. Und zwischen den Waldstücken ist genug Platz, um diesen zu genießen.

Richtfunk zum Gipfel

Da der Anthaupten zu den klassischen Skibergen in der Region zählt, ist der Anstieg meist gespurt, selbst Gebietsneulinge mit wenig Erfahrung sollten keine Orientierungsprobleme haben.

Los geht's beim Babylift (1020 Meter, Parkplatz) am westlichen Ende von Embach. Von hier folgt man über Bauernwiesen den Häuserzufahrten nach Süden, bis eine Straße über den Kirchbach nach

Osten zur Skipiste des Embacher Schlepplifts leitet. Oben bei der Bergstation des Schleppers verlässt die Route die präparierte Piste, und man steigt entlang eines Ziehweges bergan zu einer monströs anmutenden Sendeanlage.

Auf den ersten Blick macht der martialische Sendeturm den Eindruck, militärischen Ursprungs zu sein. Ist er aber nicht. Die Anlage gehört zum österreichischen Richtfunknetz. Dieses wurde 1973 errichtet und bedient neben der Strecke Wien–Feldkirch auch die Alpenquerung von Salzburg nach Klagenfurt.

Hinter dem Sender geht es die Forststraße querend weiter auf dem Ziehweg bergan, bis man wieder auf die Straße trifft. Die Route bleibt aber am Ziehweg, und man steigt stetig südostwärts über einen inzwischen wieder recht verwachsenen Schlag hinauf zu einer Hütte auf der Wiesmahdhöhe (rund 1600 m).

Zugabe Katzenkopf

Von hier auf logischem Weg nach Süden – schmaler Durchschlupf durch einen etwas dichteren Waldgürtel – auf einen Rücken und in wenigen Minuten zum Gipfelaufbau und am besten rechts haltend zum Kreuz mit einem fantastischen Blick auf Hochkönig, Steinernes Meer im Norden und Goldberg- und Glocknergruppe im Süden. Die Abfahrt folgt der Anstiegsspur. Liegt im unteren Waldbereich zu wenig Schnee, kann man den Ziehweg auch problemlos über die Forststraße umfahren.

Wem die rund 900 Höhenmeter auf den Anthaupten nicht ausreichen, der kann nach kurzer Abfahrt nach Südwesten auf die Weiden der Penninghofkaralm noch den südlich gelegenen Katzenkopf (2061 m) „mitnehmen“. Hier ist allerdings schon etwas mehr alpine Erfahrung notwendig. Die Route über die freien Nordhänge auf den Weststrat zum Gipfel ist – vor allem nach Föhnperioden – fallweise lawinengefährlich.

Anreise: Mit Zug und Bus ist Embach vom Bahnhof Bischofshofen gut zu erreichen (www.fahrplan.oebb.at). Mit dem Pkw von der B311 Abfahrt zwischen Lend und Taxenbach nach Embach.

Anforderungen: Technisch einfach, durch den hohen Waldanteil auch bei schlechten Sichtverhältnissen machbar.

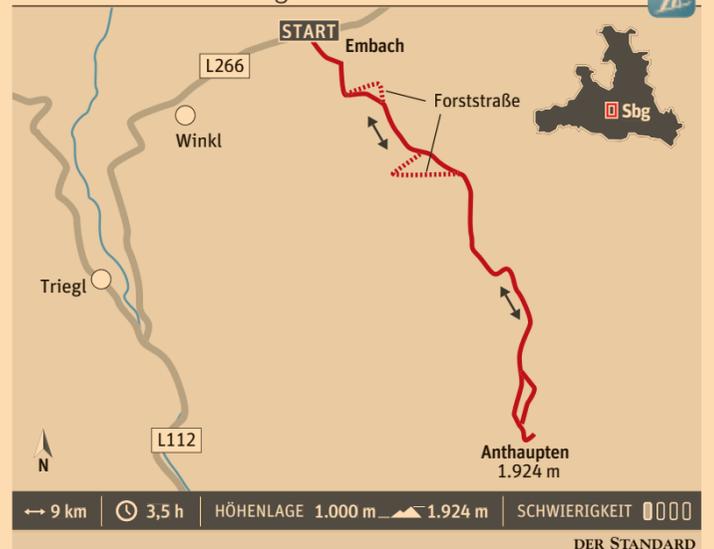
Gefahren: Bei richtiger Routenwahl kaum Lawinengefahr: www.lawine.salzburg.at

Karte: Kompass Nr. 50, Kartenset „Nationalpark Hohe Tauern“, 1:50.000

Literatur: Thomas Neuhold: „60 Super Skitouren“, Verlag Pustet, Salzburg 2014

Einkehr und Übernachtung: Embacherhof: www.embacherhof.com

SBG: Skitour im Pinzgau



Frauenpolitische und verkehrspolitische Verteilungsschiefen

Über unsichtbare Hürden stolpern

Der Faktor Geschlecht ist für Verteilungsgerechtigkeit ein wichtiger und vielbeachteter Kompass. Doch übersieht die Forderung nach fairen Chancen für Männer und Frauen die Verliererinnen innerhalb der Gruppe „Frau“?

Beate Hausbichler

Ungerechtigkeiten sind kompliziert. Sie können offensichtlich oder ein Streitfall sein. Sie können gesetzlich verboten sein, während sie gleichzeitig durch fest verankerte kulturelle Gewohnheiten forciert werden. Benachteiligung aufgrund von Geschlecht ist wohl das am besten dokumentierte Beispiel dafür. Obwohl Frauen etwa vor schlechterer Entlohnung qua Geschlecht seit 1979 durch das Gleichbehandlungsgesetz geschützt werden sollen, sieht die Realität anders aus.

Zwar eint alle berufstätigen Frauen die Benachteiligung bei den Löhnen, trotzdem sind Frauen alles andere denn eine homogene Gruppe. Der beliebte Topos der „Karierefrau“, die ihres Leistungsportfolios wegen als Rolemodel für Frauen gelobt wird, auf der einen Seite. Die alleinerziehende, teilzeitbeschäftigte Frau, die wegen dieser Kombination besonders armutsgefährdet ist und aufgrund ihrer Ethnie oder Religion womöglich von Mehrfachdiskriminierung betroffen ist, auf der anderen. Die Wissenschaft beschreibt mit dem Begriff „Intersektionalität“ Mehrfachdiskriminierung und deren Wechselwirkungen. Denn enden statistisch fassbare Kategorien wie Geschlecht, beginnt der Mangel an Zahlenmaterial.

Auf Basis von Lohnsteuerdaten werden einige Differenzen deutlich, etwa anhand von Staatsbürgerschaften. Schwierig wird es, wenn unsichtbare Faktoren wie sexuelle Orientierung oder ethnische Herkunft hinzukommen. Für Österreicherinnen liegt laut Statistik Austria der Bruttostundenlohn bei 11,37 Euro, jener von Frauen aus dem ehemaligen Jugoslawien bei 8,18. Noch weniger bekommen Türkinnen mit 7,72 Euro. Der Faktor Migrationshintergrund kann jedoch nicht berücksichtigt werden, weil dazu Angaben des Geburtslandes der Eltern nötig wären.

Diffuse Anerkennungslogik

Unsichtbar bleibt auch die soziale Herkunft, obwohl sie häufig Ursache von Benachteiligung ist, sagt die mit Social Justice beschäftigte Philosophin Gudrun Perko. Das Konzept Social Justice will über Verteilungsgerechtigkeit im Sinne materieller Verteilung hinausdenken und fordert auch Anerkennungsgerechtigkeit. „Es geht dabei um partizipative Anerkennung, die allen Menschen unabhängig von Diversitätskategorien die Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen sichert – auch unabhängig von ihrer Nützlichkeit“, sagt Perko.

Dass für Frauen finanzielle und gesellschaftliche Anerkennung nicht leicht unter einen Hut zu bringen ist, zeigen folgende Unterschiede: Der Bruttostundenverdienst von Frauen, die Vollzeit arbeiten, liegt bei 11,88 Euro, jener von Teilzeit arbeitenden Frauen bei 10,21 Euro. 2013 waren 70,6 Prozent der Frauen zwischen 25 und 49 Jahren mit Kindern unter 15 Jahren teilzeitbeschäftigt. Bei Frauen ohne Kinder in diesem Alter sind es nur 32,9 Prozent. Hinzu kommt, dass diese Frauen mit weniger Familienarbeit von Faktoren eher verschont bleiben, die die Pensionen klein halten: Lohnarbeitspausen, Teilzeit oder gebremste Aufstiegsmöglichkeiten durch Karenzen. So drohen

ihnen zwar weniger Gehalts- und Pensions einbußen, das gesellschaftliche Wohlwollen ist ihnen angesichts der niedrigen Geburtenrate in Österreich von 1,44 Kindern pro Frau aber nicht sicher.

Das Bewusstsein um Diskriminierung hat sich laut Ingrid Nikolay-Leitner, der Leiterin der Gleichbehandlungsanwaltschaft, sehr verbreitet. Es melden sich Frauen „jeden Alters, mit oder ohne Kinder, mit oder ohne Titel“. Doch auch die Anwaltschaft kennt die genauen Umstände erst, wenn aus einer Beratung ein konkreter Fall wird, etwa jener einer jungen Muslima, die sich von einer Personalvermittlung auf ihre Bewerbung hin anhören musste: „Wenn Sie den Fetzen runtergeben, dann schauen wir uns das an!“. Der Gang vor Gericht brachte der Frau 1550 Euro Schadenersatz.

Frauen haben noch immer gemeinsame Hürden auf dem Weg zur Verteilungsgerechtigkeit. Doch während manche fast am Ende dieses Weges sind, stehen andere noch am Anfang – womöglich ohne Beleg für ihr Handicap.

Langfassung auf [dieStandard.at](#)



Im Verkehr liegt das Geld auf der Straße

Zwischen Bund, Ländern, Gemeinden und Verkehrsträgern enorm diversifiziert, gehört das Verkehrswesen zu den maßgeblichen Umverteilungsmaschinen. Ausgewogen ist die Mischung freilich nicht, das Auto hängt die Öffis locker ab.

Luise Ungerboeck

Die Zahl klingt verführerisch: 1,6 Milliarden Euro lasse der Fiskus pro Jahr liegen, indem er die Benützung von Dienstautos nicht voll besteuert. Ob tatsächlich so viel Geld zu holen wäre, wie Betreiber von öffentlichen Verkehrsmitteln unter Hinweis auf ihre benachteiligte Wettbewerbsposition gern vorrechnen, ist nicht überliefert. Denn die Republik Österreich leistet sich den Luxus, auf die statistische Erhebung valider Daten zu verzichten. Ergo weiß das zuständige Finanzministerium auch nicht, wie viele unselbstständig Erwerbstätige hierzulande überhaupt mit Dienstautos unterwegs sind – und wie viel an

Steuereinnahmen ihm entgehen. Faktum ist, dass die Kosten für die Benützung von arbeitgebereigenen Kraftfahrzeugen mit 720 Euro pro Person und Monat gedeckelt sind.

So emotional die Debatte seit Jahren geführt wird und so lukrativ die Berechnungen über sagenhafte Begünstigungen für Dienstwagenfahrer (ohne Chauffeur) klingen: Experten der Steuerreformkommission

nennen sie unzuverlässig oder falsch, weil auch Fahrzeugflotten von Körperschaften wie der Polizei eingerechnet seien. Exekutivbeamte bekommen für die Benützung des Polizeiautos aber natürlich keinen Sachbezug, daher fällt auch keine Lohnsteuer an.

Schätzungen auf Basis vergangener Lohnsteuerprüfungen ergaben, dass rund 150.000 Dienstnehmer in Österreich vom sogenannten Dienstautoprivileg profitieren. Dabei wird die Pkw-Nutzung als einkommensteuerpflichtiger Sachbezug behandelt, für den 1,5 Prozent der Anschaffungskosten als Steuer abzuführen sind. In Summe wird das aus diesem Titel generierte Steueraufkommen auf 250 Millionen Euro taxiert. Wie viel Geld der Staat auf der Straße „liegen“ lässt, sei daher seriös schlicht nicht bezifferbar, sagt der Steuerexperte der Arbeiterkammer, Otto Fahrny.

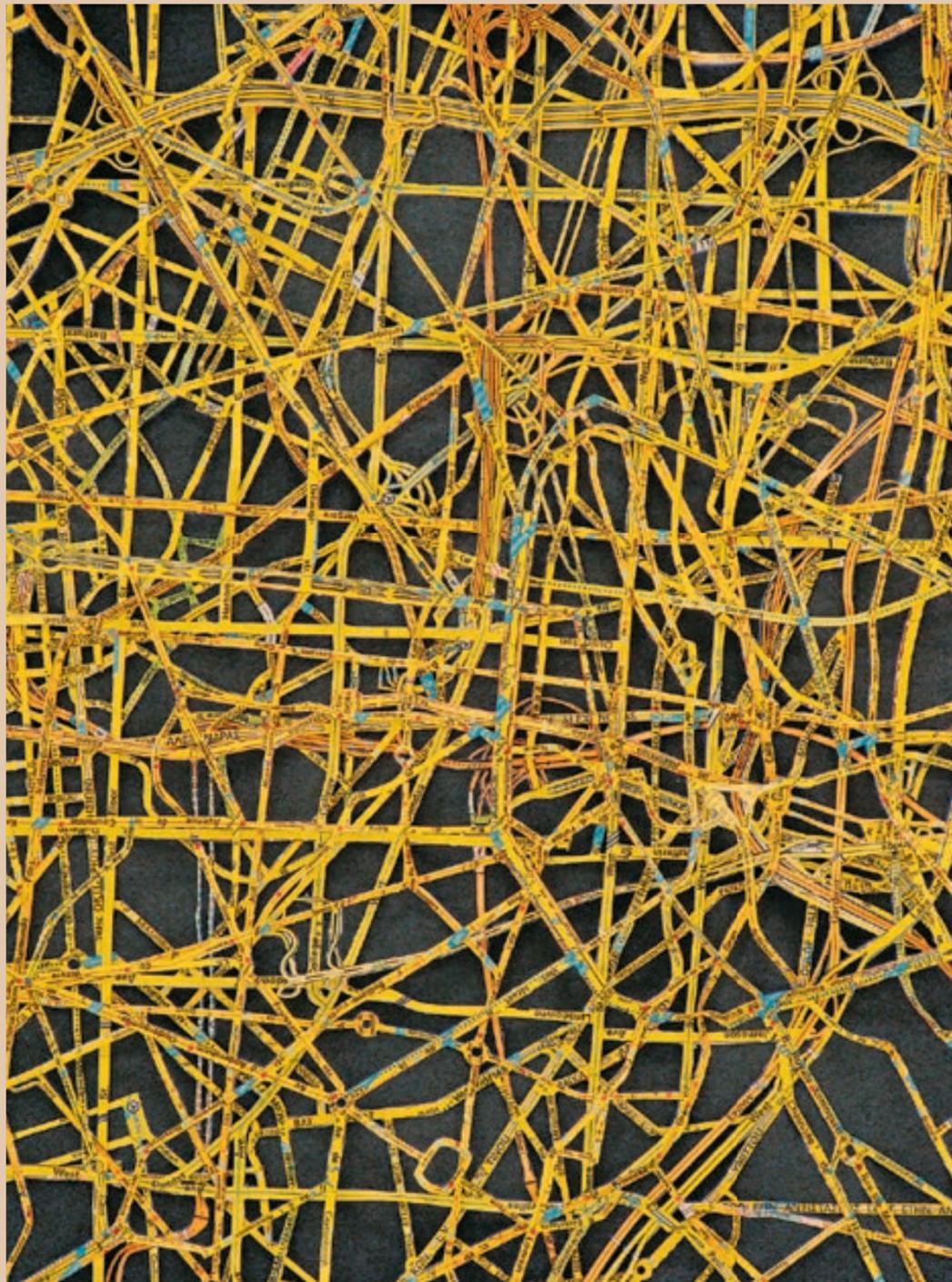
2016 soll die Sache „gerechter“ werden. Die Sachbezugbesteuerung wird im Zuge der Steuerreform auf zwei Prozent erhöht, sofern der CO₂-Ausstoß des Dienstautos 120 Gramm pro Kilometer übersteigt. Kleinere Audi- und BMW-Modelle bleiben damit ebenso außen vor wie VW Golf, Opel Astra oder Škoda Oktavia. Die Maßnahme soll 50 Millionen Euro Mehreinnahmen bringen.

Die restlichen, teils massiven Ungleichgewichte im Verkehrswesen bleiben hingegen unangetastet. Etwa der Verkehrsabsatzbetrag in Höhe von 291 Euro pro Jahr. Er wird 2,8 Millionen Arbeitnehmern gewährt – unabhängig von Einkommen, Status und Verkehrsmittel. Wer zwischen 20 und 40 Kilometer zur Arbeit fährt, bekommt pro Jahr 696 Euro gutgeschrieben, zwischen 40 und 60 km sind es 1356 Euro und ab 60 km pauschal 2016 Euro – selbst dann, wenn die Benützung von Bus und Bahn zumutbar ist. Aufkommen (geschätzt): 500 Millionen Euro.

Darüber hinaus wird den 1,2 Millionen Pendlerpauschalisten einmalig ein „Pendlereuro“ gewährt. Er beträgt 2,0 Euro/km der einfachen Fahrtstrecke zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, schlägt mit 60 Millionen Euro zu Buche und soll den Kostendruck für Pendler lindern – trotz massiv gesunkener Spritpreise. Die Bundesländer doppeln das undifferenzierte, auf Ökologie (Stau, Umwelt- und Gesundheitskosten) in keiner Weise reflektierende System noch auf, indem sie „ihren“ Pendlern ebenfalls ein paar Hunderter gewähren.

Über die Wechselwirkung all dieser Förderungen hinsichtlich Ausweitung der „Speckgürtel“ rund um die Ballungsräume, darf trefflich spekuliert werden. Faktum ist, dass das öffentliche Verkehrsangebot dem Zuzug an Bevölkerung stets hinterherhinken wird, solange der Staat den Individualverkehr stärker begünstigt.

Wiewohl das Grundangebot an öffentlichem Verkehr gemeinwirtschaftlich finanziert ist und Öffi-Ticketpreise gestützt sind – auch Öffi-Benutzer können individuell gefördert werden. Wer etwa zu wenig verdient (und keine Pendlerpauschale absetzen kann) bekommt einen Zuschlag zur Negativsteuer (maximal 400 Euro pro Jahr). Schlechtes Zahlenmaterial zeichnet aber auch Bereich aus: Die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden für Bus, Bahn und Bim werden im Budget nicht vollumfänglich ausgewiesen.

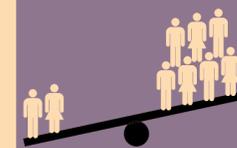


Im zweiteiligen Werk mit dem Titel „Megacity“ aus den Jahren 2013 und 2014 hat Künstler Jochen Höller die Hauptverkehrsrouen verschiedener Städte aus diversen Straßenplänen ausgeschnitten und zu Megacities verwoben. Darin führen Straßen von der einen Stadt in eine andere und weiter zur nächsten.

Foto: Jochen Höller, Courtesy Galerie Mario Mauroner Contemporary Art Salzburg/Wien

Was heißt denn hier gerecht?

VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT



VERMÖGEN NACH GESCHLECHT

Single-Haushalte in Österreich
[durchschnittliches Vermögen]

110.000 Euro



weiblich

194.000 Euro



männlich

reichstes 1%
48%

99%
52%

restliche Weltbevölkerung

DIE REICHSTEN UND DIE ÄRMSTEN DER WELT

Die Wirtschaftsleistung pro Kopf ergibt sich aus dem Bruttoinlandsprodukt des jeweiligen Landes, dividiert durch die Bevölkerungszahl. Dieser Wert wird dann in US-Dollar umgerechnet und um die Kaufkraft bereinigt. Damit wird niedrigeren Preisen in ärmeren Ländern Rechnung getragen.

22.000 Euro

23.000 Euro

Median = Hälfte hat mehr Vermögen, Hälfte weniger

WER DAS GLÜCK HAT ZU ERBEN

34,5

Prozent der österreichischen Haushalte haben schon einmal etwas geerbt



im Schnitt 242.000 €

15,2

Prozent der österreichischen Haushalte haben ihren Hauptwohnsitz geerbt, der im Schnitt



280.000 € wert war

AUFTEILUNG DER HAUSARBEIT PRO TAG

4 Stunden



Die Arbeit im Haushalt ist unterschiedlich verteilt. Während Frauen vier Stunden für Kochen, Waschen, Putzen und Einkufen aufwenden, sind es bei den Männern nur zweieinhalb Stunden.

2,5 Stunden



92

PROZENT der Frauen verrichten Arbeiten im Haushalt.

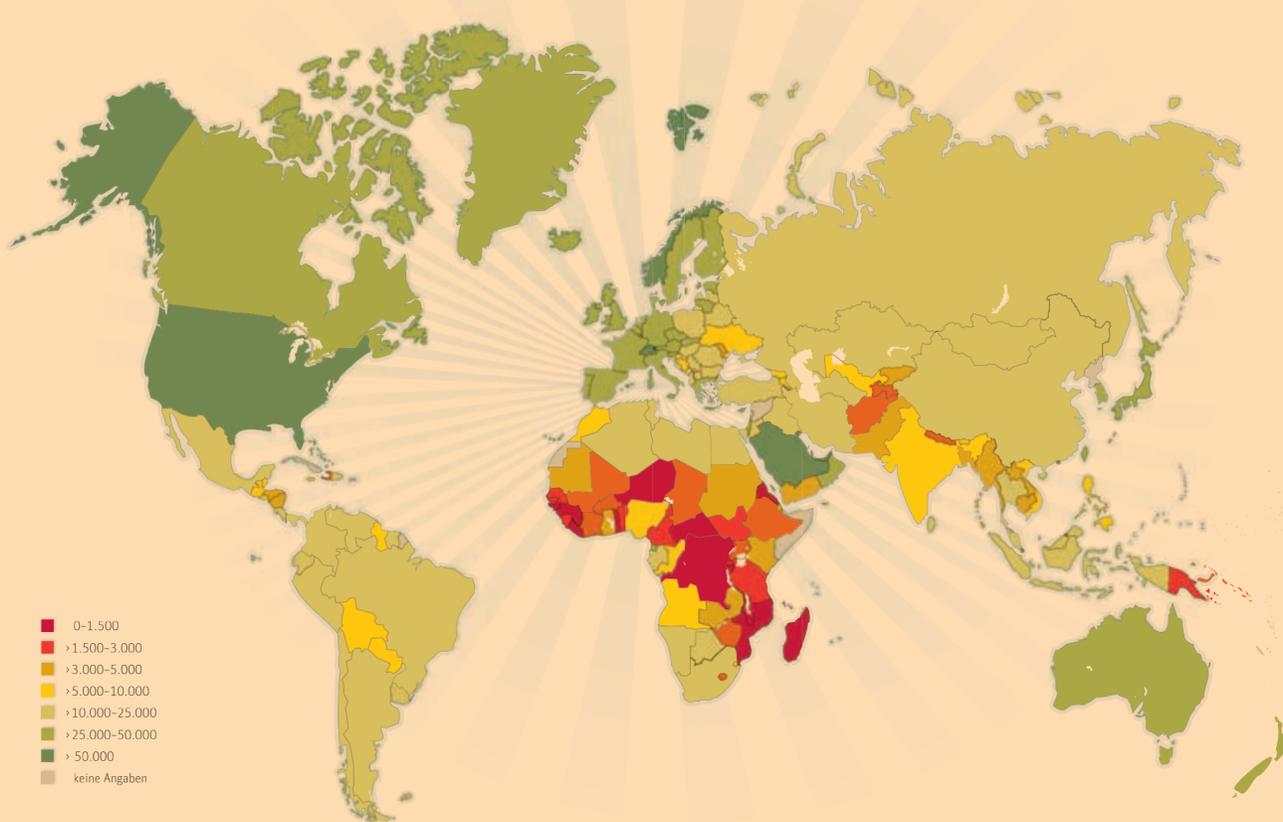
74

PROZENT der Männer verrichten Arbeiten im Haushalt.

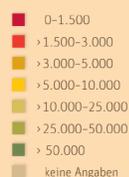
Wie werden Arbeit, Einkommen und Vermögen verteilt? Herkunft, Geschlecht und Bildungsgrad der Eltern beeinflussen immer noch in großen Teilen Vermögen, Einkommen und Chancen. Ein Prozent der Vermögenden besitzt überproportional viel, in den USA sind es 37 Prozent, in Österreich 36 Prozent. Rund ein Siebtel der Haushalte wohnt in geerbten Immobilien, ein Drittel hat zumindest schon einmal etwas geerbt. Auf der anderen Seite tragen hohe Einkommen überproportional zum Steueraufkommen bei. Das wird sich auch nach der Steuerreform nicht ändern. Eine Spurensuche durch den Statistikwald.
Grafik: Fatih Aydogdu, Sebastian Pumberger und Andreas Sator.

WIRTSCHAFTSLEISTUNG NACH LÄNDERN

Wirtschaftsleistung pro Kopf | im Jahr 2014 | in US-Dollar [angepasst an Kaufkraft]



ausgewählte Länder	Wirtschaftsleistung pro Kopf Jahr
Katar	144.427
Luxemburg	92.507
Singapur	81.346
Brunei Darussalam	77.824
Kuwait	70.992
Norwegen	65.896
Vereinigte Arabische Emirate	65.037
Schweiz	55.237
Hongkong	55.167
USA	54.678
Saudi-Arabien	53.935
Bahrain	51.394
Niederlande	47.365
Irland	46.770
Australien	46.631
Österreich	45.411
Deutschland	44.741
Schweden	44.695
Kanada	44.591
Dänemark	44.325
Belgien	41.741
Frankreich	40.445
Großbritannien	37.744
Japan	37.683
Italien	34.455
Spanien	32.975
Tschechien	28.446
Portugal	26.306
Griechenland	25.753
Russland	24.764
Polen	24.425
Argentinien	22.101
Türkei	19.556
Rumänien	19.397
Brasilien	15.153
China	12.893
Ägypten	11.073
Bosnien und Herzegowina	9.808
Ukraine	8.240
Indien	5.777
Afghanistan	1.972
Liberia	901
Malawi	781
D. R. Kongo	703
Zentralafrikanische Republik	608

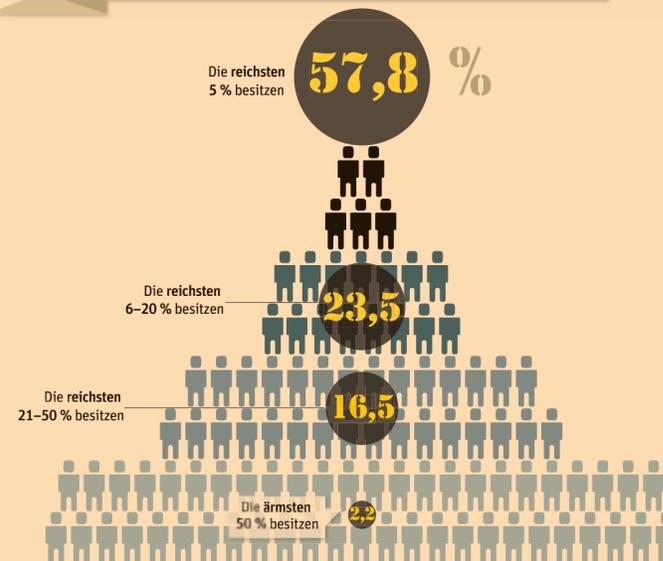


DAS OBERSTE 1% BESITZT SO VIEL VERMÖGEN

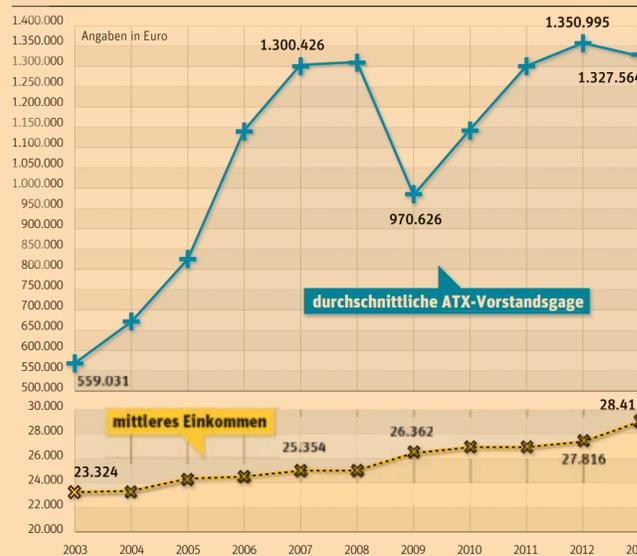


Vermögen oberstes 1%
In Österreich fallen 37.000 Haushalte in das reichste eine Prozent. Sie besitzen im internationalen Vergleich einen großen Anteil am gesamten Vermögen des Landes, nämlich 36 Prozent. Vermögen werden von den jeweiligen Nationalbanken durch Befragungen erhoben und hochgerechnet.

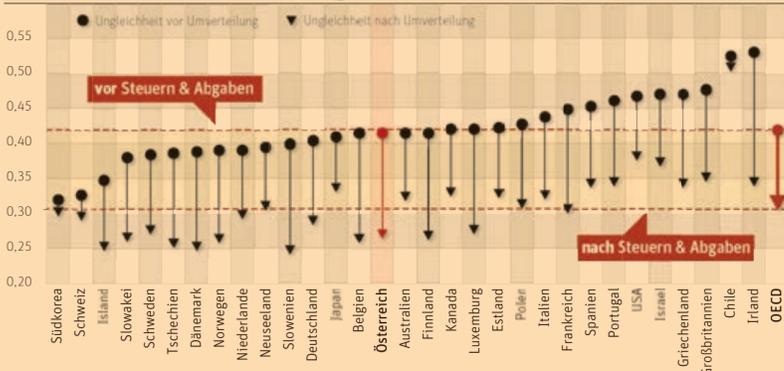
VERMÖGENSVERTEILUNG IN ÖSTERREICH



ENTWICKLUNG DES JAHRESEINKOMMEN IN DER CHEFETAGE



WIE STARK DER STAAT UMVERTEILT [gemessen am Gini-Index]



WER DIE LOHNSTEUERN ZAHLT

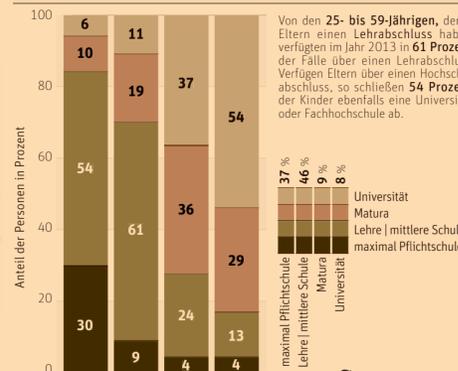
So viel Lohnsteuer zahlen Arbeiter und Angestellte



ENTWICKLUNG DER INFLATION NACH EINKOMMEN



EINKOMMEN UND SOZIALE MOBILITÄT



Quellen: Hausarbeit und Vermögen nach Geschlecht: Statistik Austria, Erben: Österreichische Nationalbank, HFCS Österreich 2010, Vermögensverteilung weltweit: EZB und Credit Suisse, Vermögensverteilung national: Arbeiterkammer, Soziale Mobilität: Altinger/Lamei/Rumplmaier/Schneebaum – Intergenerationelle soziale Mobilität in Österreich, Lohnsteuer: Lohnsteuerstatistik 2013, Jahreseinkommen nach Ländern: Internationaler Währungsfonds – World Economic Outlook Database, APA.

Der Sport ist auch eine Schule der Gerechtigkeit

Elfer ist, was der Schiri pfeift

Der Sport handelt davon, wie es gelingen kann, gerecht zu handeln – aber auch davon, sich nicht wie einst Michael Kohlhaas ins Bockshorn der Selbstgerechtigkeit jagen zu lassen.

ESSAY: Wolfgang Weisgram

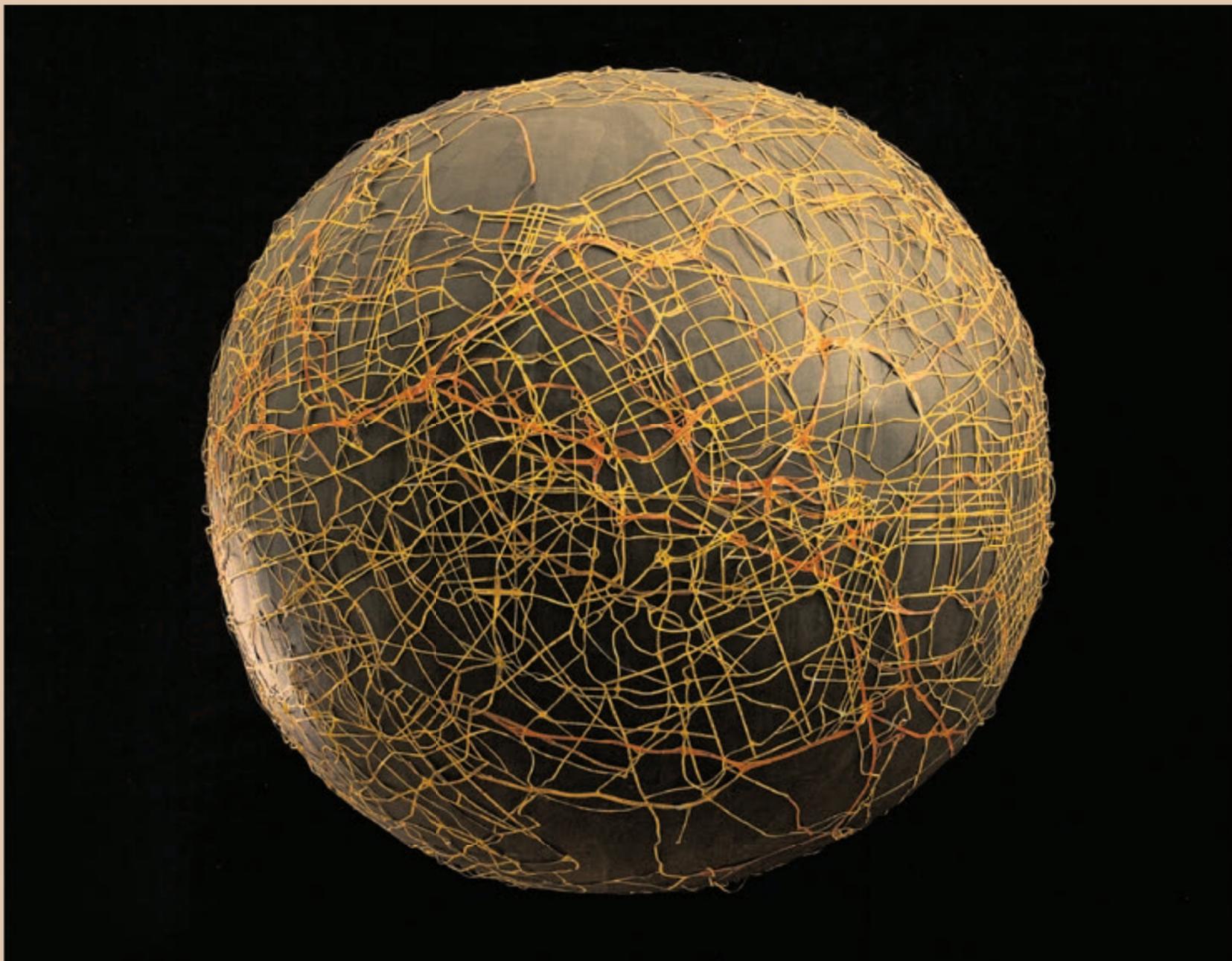


Foto: Lea Titz; Jochen Höller; Courtesy Galerie Mario Mauroner Contemporary Art Salzburg/Wienna

Die Highways des globalen Finanzkapitalismus: Für das Objekt „Finanzplatz“ hat der Künstler Jochen Höller die Hauptverkehrsrouten und Autobahnknotenpunkte der Straßenkarten der 20 laut Global Financial Centres Index 2013 größten Finanzplätze der Welt ausgeschnitten und verbunden. Los geht's! Von London nach New York, Hongkong, Zürich und Boston via Frankfurt, Sydney, Tokio, Los Angeles, Schanghai nach Luxemburg, Vancouver, Singapur, Genf, Seoul über Toronto, Chicago, Washington und Montreal nach Wien!

Ach ja, die Gerechtigkeit! So schwer tun sie sich dort draußen in der rauen Welt, dieses große Wort in die gelungene Tat umzusetzen. Hier herinnen, im vergleichsweise kuscheligen Sport, ist die Sache klarer: Möge der Bessere gewinnen! Zur Not macht man sich das auch mit den Fäusten aus: bum, zack, tertium non datur!

Der Sport frönt eben ausdrücklich nicht dem ehrwürdigen – von den Nazis so zynisch ins Gegenteil pervertierten – „sum cuique“. Im sportlichen Wettbewerb gebührt keineswegs einem jeden das Seine. The winner takes it all.

Der Sieg hat das letzte Wort. Das Remis, das „ex aequo“ ist bloß ein murrend hingenommener Unfall im sportiven Ermittlungsverfahren. Soweit das irgend möglich ist, wird Zufall, Glück oder Pech auch zu vermeiden gesucht. Auswärts-torregel und Elfermeterschießen; Zeitnehmung bis hin zur Hundertstel-, ja Tausendstelsekunde; Torverhältnis und das Ergebnis des direkten Aufeinandertreffens. Wenn alle diesbezüglichen Stricke reißen, entscheidet dann sogar das Los.

Denn das Gerechtigkeitsempfinden im Sport nährt sich auch davon, dass klare Entscheidungen

nicht bloß gefällt werden wie draußen in der Welt – sondern fallen wie durch eine Übernaturgewalt, deren markanteste und verstörendste Eigenschaft es ist, auch auf krummen Zeilen gerade zu schreiben. Im Fußball nennt man das dann „Tatsachenentscheidung“. Sie ist des Rechtsempfindens letzter Schluss.

Über die allfällige Gerechtigkeit von Zuständen – um die draußen in der Welt gerungen werden mag – kann drinnen im Sport nicht einmal gelacht werden. Gerecht im sportlichen Sinn ist ja immer nur der Prozess, das dahinter liegende Regelwerk, die Prozessordnung. Aber jedem sportlichen Regelwerk liegt fundamental die Idee des Fair Play zugrunde. Dass man also nicht bloß aus äußerem Zwang den Regeln folgt, sondern sich darüber hinaus auch ritterlich verhält; so wie einst die Fußballspieler, die sogar ihr Angriffsspiel unterbrechen, wenn ein Gegner sich mitleidheischend in Schmerzen wand.

Die grundlegendste Voraussetzung rechtschaffenen sportlichen Kräftemessens ist freilich die anfängliche Chancengleichheit, sozusagen der Beginn bei null. Frau-

en und Männer werden deshalb, bis auf ganz wenige Ausnahmen, streng auseinandergehalten, ebenso die Schweren und die Leichten, die Versehrten und die mit den geraden Gliedern. Am Anfang, so die Idee nicht nur des sportlichen Wettbewerbs, sollen alle gleiche Voraussetzungen haben. Keine Erbschaft soll mehr zählen. Dann aber gilt: Let's get ready to rumble!

Es sollte nicht übersehen werden, dass, was wir heute Sport nennen, erst in jener Zeit Bedeutung übers ursprüngliche „disport“ – Zerstreuung – hinaus erlangte, als die kapitalistischen Gesellschaften sich endgültig etablierten. In England war das deutlich früher, auf dem Kontinent etwas später, hierzulande etwa in den Jahren, die man die Gründerzeit nennt.

Der Sport singt das Lied des triumphierenden Kapitalismus. Wie das Theater zur Welt, verhält sich der Sport zum modernen Erwerbsleben. Er ist das Drama, das die Welt regulieren wollenden Marktgeschehens, das man sich idealiter ja auch als in sich gerecht imaginiert. Hier wie da zählt nicht die Herkunft, sondern allein die

Tüchtigkeit. Das ist der Schlachtruf, mit dem einst der dritte Stand dem Adel ans Leder ging. Im Sport sublimierte sich das zum immer noch mitreißenden Thriller.

Dazu passt, dass der sowohl real als auch nur in den Köpfen existierende Sozialismus sich mit dem Sport immer schwergetan hat. Gerechtigkeit durch fairen Wettbewerb sperrt sich ja dem egalitären Wollen. Es hat deshalb nie einen sozialistisch inspirierten Sport gegeben, der über reine Körperertüchtigung hinausging. Dort, wo real existierende Sozialismen in den Sport einstiegen, pervertierte man ihn nach dem Muster der Helden der Arbeit. Heute noch denkt man mit Gänsehaut an Phänotypen wie „bulgarischer Gewichtheber“ oder „DDR-Schwimmerin“.

Solch brachiale Zugriffe auf die sportliche Eigenweltlichkeit sind allerdings nicht auf den einstigen Sozialismus beschränkt, ganz im Gegenteil. Die kapitalbefeuerte Welt hat den Sport seit geraumer Zeit auch als Wertschöpfungseinerichtung entdeckt, durch die Geld nicht nur gewaschen, sondern sogar geschöpft werden kann. Sport ist zum Investment geworden. Dadurch aber verschwindet zusehends seine ästhetische Qualität, die Kraft, der Welt ein Bild von sich selbst zu geben.

Zurück bleibt da wie dort dann der Ritter von der traurigen Gestalt, der „Gerechtigkeitsfanatiker“. Ihn gibt es nicht erst, seit es Schiedsrichter gibt. Heinrich von Kleist hat ihm vor mehr als 200 Jahren schon ein Denkmal gesetzt. Auf dass der Michael Kohlhaas stets daran erinnere, dass ein Elfer stets nur das ist, was der Schiri pfeift. Denn Achtung: Der Schritt zur Selbstgerechtigkeit – „Fiat iustitia, et perat mundus“ – ist da wie dort immer nur ein kleiner.



Nichts, dem die Gerechtigkeit mangelt, kann moralisch richtig sein.

Marcus Tullius Cicero
(106–43 v. Chr.)
römischer Redner
und Staatsmann

Künstler Jochen Höller im Porträt

Ronald Pohl

Wertschöpfung ist unter Umständen ein beschaulicher Prozess. Der Künstler Jochen Höller unterhält zum Geld eine Art von Fernbeziehung. Sie ist von Geduld geprägt. In seinem Atelier stapeln sich die Klassiker der ökonomischen Theorie: Ratgeber, Kursberichte, Börsennotierungen, Anfängerlatein. Über Marx und dessen berühmtes *Kapital* kann er beinahe lachen. „Der wurde ja immer fehlinterpretiert“, sagt Höller. Nicht nur Wertpapiere haben ihre Konjunktoren. Auch die Klassiker des Denkens unterliegen der zyklischen Entwicklung des Marktes.

Höller ist ein Enddreißiger und gebürtiger Amstettener. Seine Ausbildung erhielt er als Holz- und Steinbildhauer in Hallstatt und Linz. Irgendwann tauschte er die groben Werkstoffe gegen bedrucktes Papier. „Ich wollte weg vom Handwerk“, sagt Höller. Er ist ein sanfter, ruhiger Zeitgenosse mit ausgesuchten guten Manieren.

Heute liest der bildende Künstler ökonomische Wälzer wie Georg Simmels *Philosophie des Geldes*. Er geht dabei geduldiger vor als jeder Börsenmakler. Seite um Seite scannt er auf der Suche nach den einschlägigen Reizwörtern: „Geld“, „Value“, „Wert“ und „Mehrwert“. Höller sagt: „Ich lese die Texte dann nicht, sondern ich suche sie ab.“ Hat er das gesuchte Wort gefunden, löst er es mit dem Stanley-Messer heraus. Auf die waagrecht rechten Schnitte folgen die senkrechten. Das Geld purzelt ihm förmlich in die Taschen.

Die von Höller benutzten Bücher sehen nachher aus wie Lochstreifen. Die Tausenden von Zettelchen, die Höller durch Extraktion gewinnt, bilden eindrucksvolle Häufchen. Manche klebt er auf einen monochromen Bildhintergrund. Der Zaster bildet dann Wolkengebilde. Man muss sich Jochen Höller als glücklichen Menschen vorstellen. In einer besseren Welt wäre er Michelangelo Buonarroti. Sein „päpstlicher“ Auftraggeber hieße nicht Julius oder Innozenz, sondern Dagobert Duck.

Mit Spiegel und Skalpell

Trotzdem scheint Höller, dessen aktuelle Ausstellung bei Mario Mauroner in Wien zu sehen ist, kein Fetischist zu sein. Eher gleicht er einem Sammler, der Banknoten auflistet, um sie ästhetisch zu begutachten.

Höllers Kunst ist so wunderbar kalt wie das Skalpell, dessen er sich ritzend bedient. Sein Handwerk ist das eines Chirurgen. Es hat gläsernen Boden. Die ausgeweideten Bücher bilden eine Zentrifuge. Unten, am Spiegel, kleben die Wörter. Sie bilden den Schnee vergangener Konjunkturen. Wer möchte, darf sich sogar an Kokain erinnern fühlen. Die „theologischen Mucken“ (Marx) des Geldes ähneln nicht von ungefähr denen der Suchtmittel. Je mehr man von der Penunze hat,

Den Wert des Mammons beim Wort genommen



Der in Wien lebende Künstler Jochen Höller löst die Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit auf verblüffende Weise. Die Ausstellung „Geld“ zeigt in der Galerie Mauroner in Wien, was übrig bleibt, wenn man der Theorie das in ihr enthaltene Kapital entzieht.

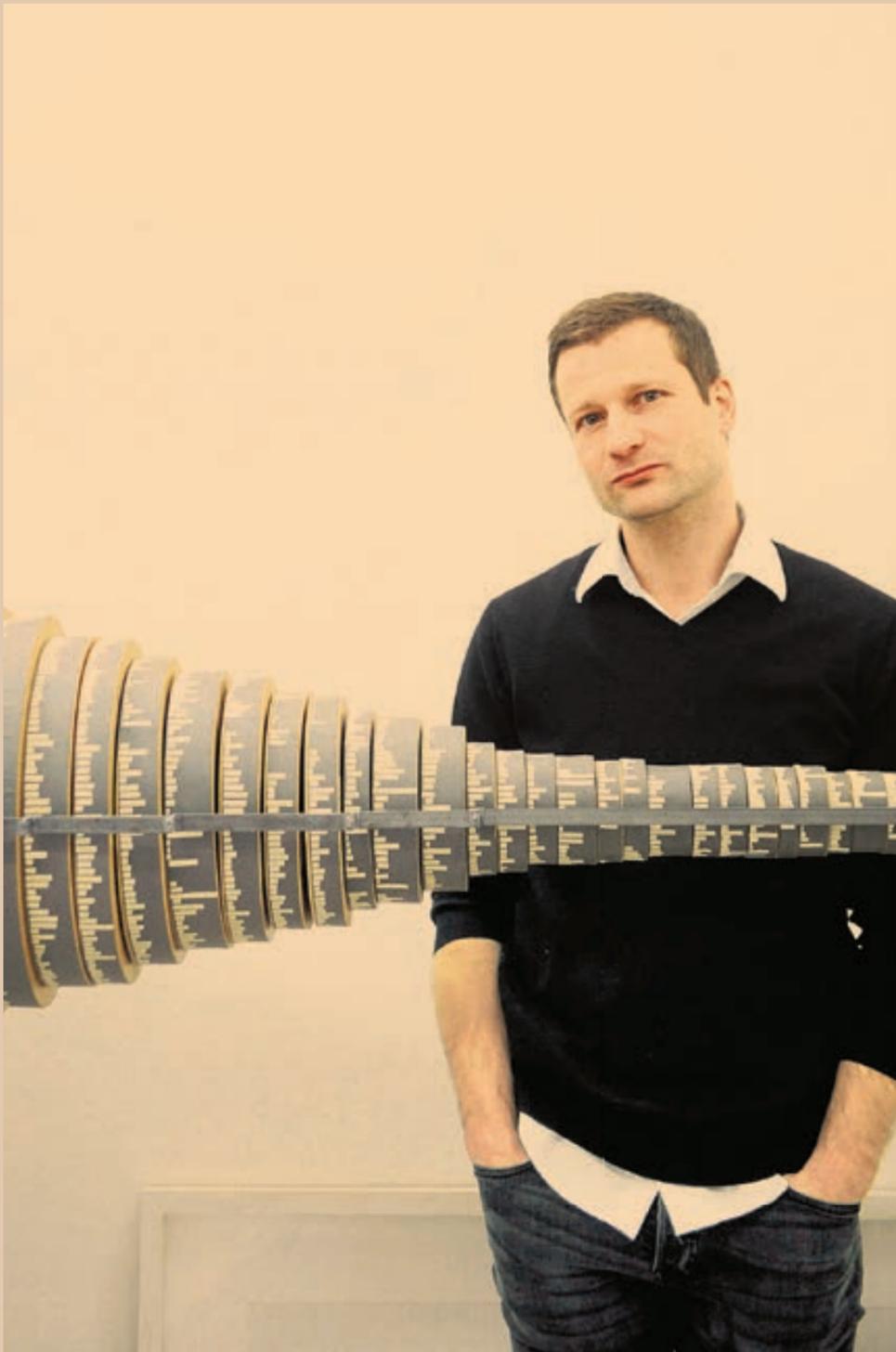


Foto: Herbert Corn

Die Theoriekünstler Jochen Höller vor seinem „Wittgenstein-Generator“ im Atelier in der Wiener Leopoldstadt. In seinen jüngsten Arbeiten nimmt Höller den Geldbegriff beim Wort – und gewinnt aus dem gedruckten Handwerkszeug der Börsengurus Material für werthaltige Skulpturen.

umso gieriger wird man. Höller ist der Logiker der Verwertung. Es kann passieren, dass er aus fünf Büchern ein einziges destilliert: das „Buch der Bücher“, den zum Druckbild geronnenen Wert an sich.

Bei anderer Gelegenheit bilden die Sätze lange Papierstreifen, die durch einen Kupferring hindurchmüssen, worauf sie einen Extrakt bilden. Höller nimmt jeden Begriff beim Wort. Die Bändigung des Kapitalismus ist bei ihm eine formale Prozedur. Die Geldschnipsel landen im Becher. Sie werden aufgetragen und bilden den kläglichsten Rest von etwas, das man verlässlich dann nicht hat, wenn man es braucht.

Papiergeldüberschwemmung

Der Künstler ist natürlich nicht taub für die Schönheit der Theorie. Unter allen Begriffen, deren sich Kapazitäten wie John Maynard Keynes genießerisch bedient haben, findet sich ein Lieblingswort. Höllers Ausdruck wird erklärt: „Papiergeldüberschwemmung“. Ein anderer Lieblingsschmökler von Höller ist – neben Grimms Märchen! – Émile Zolas Börsenroman *Geld*. „Der passt gut zu Paris. Die haben dort große Erfahrungen mit Bankencrashes.“ Die Blasenbildung drückt er in Papierkugeln aus, fragilen Gebilden, die wie Kaltluftballone über Buchruinen schweben.

Den Stein der Weisen hat der Theorie-Aficionado natürlich ebenso wenig gefunden wie ein paar Zehntausend Denker vor ihm. Er sagt: „Gibt es in der freien Ökonomie den Punkt, an dem alle abgesichert sind?“ Der reale Sozialismus hatte das Konkurrenzverhältnis im Wesentlichen abgeschafft. Mit der Befriedigung elementarer Bedürfnisse scheint es aber auch nicht getan. Heute sind Initiativen wie „Obamacare“ mit der Androhung von Steuererhöhungen verbunden. Prompt lehnen auch bettelarme Amerikaner die Idee kategorisch ab. Höller lächelt gequält: „Die sind alle felsenfest davon überzeugt, es der Tellerwäscher zum Multimilliardär zu schaffen.“ Die Heilsversprechen des Marktes gleichen dem tödlichen Gesang der Sirenen.

Die Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit ist in Höllers kristallklarer Welt ein nüchterner Prozess. Die Kunstwerke verschwinden hinter der Abbildfunktion der Zeichen. Nichts darf Mammon werden, Schmutz oder Materie. Ludwig Wittgensteins *Tractatus logico-philosophicus* hat Höller in die Bestandteile zerlegt. Die Wörter der aufgesprengten Paragraphen hat er an den Kanten zahlreicher Pressholzscheiben angebracht. Jede Scheibe vertritt die Stelle, die das Wort im Satz einnimmt. Aus der Neukombination der Wörter entstehen Gebilde von unanfechtbarer Schönheit. Jochen Höllers Kunst ist käuflich. Mit Kapitalströmen hat sie dennoch nichts gemein. Sie macht die Zeichen geschmeidig – und rettet sie so vor der Überflüssigkeit.

TIPP SPEZIAL

AUSSTELLUNG



Josh Kolbo, Untitled, 2012, 4 C-Prints, Société, Berlin

DIBING

Ein Innen, das ein Außen bleibt?

mit Michele Abeles, Laura Aldridge, Trisha Baga, Alisa Baremboym, Anna Barham, Dora Budor, Lisa Holzer, Josh Kolbo, Julian Palacz, Charlotte Prodger, Sam Pulitzer et al., Jon Rafman, Sean Raspet, Hannah Sawtell, Jack Strange, Sergei Tcherepnin, Stewart Uoo, Jordan Wolfson

14. 3. – 31. 5. 2015

Künstlerhaus
Halle für Kunst & Medien
8010 Graz, Burgring 2
www.km-k.at
STEIERMARK

bezahlte Anzeigen
Informationen: T: 01/531 70-133 und -410, F: -479
E-Mail: kulturanzeiger@derStandard.at

AUSSTELLUNG

DAVID LACHAPELLE I
HEAVEN TO HELL
Noch bis 18. April 2015



© David LaChapelle

F: David LaChapelle
Amanda Lepore:
Any way you slice
it, 1998, Digital C-
Print, 60,9 x 50,8 cm

Galerie Rhomberg
Templstraße 2-4, Innsbruck
T: 0512/58 80 80-0, www.galerie-rhomberg.at
TIROL

#mitreden auf derStandard.at

„Wie gut leben Sie von Ihrem Job?“ Können Sie sich weniger leisten als Ihre Eltern? Wer ist „Mittelschicht“? Auf *derStandard.at* wird bereits diskutiert. Für User *aufgeklärt* ist das „eine Familie, die sich, ohne am Tropf der Eltern zu hängen, ein Haus finanzieren kann“. *Peter_Silie* denkt, „viele, die sich hier einreden Mittelschicht zu sein, können sich gerade noch über Wasser halten“. Und Sie? Reden Sie mit!
#derStandard.at/User

Das Wohl von vielen,
es wiegt schwerer als
das Wohl von
wenigen oder eines
Einzelnen.

Commander Spock
(geb. 2230)
Erster und wissenschaftlicher
Offizier an Bord des
Raumschiffs Enterprise

Vom Ende der zivilen Verantwortung: Steuerpolitik als Literatur



Foto: Jochen Höller; Courtesy Galerie Mario Mauroner Contemporary Art, Salzburg/Wien

Du bist, was du kaufst. Bist du, was du kaufst? In seiner Arbeit „Konsum 2012“ dokumentierte der Künstler Jochen Höller das Jahr mit den Barcodes von Produkten, die er in diesem Jahr erworben hat. Wer besonders neugierig ist, was er denn so konsumiert hat, kann versuchen, mit einem Barcode-Reader auf dem Smartphone einzelne Produkte zu dechiffrieren.

Wie der Bürgersinn im Stumpfsinn versandet

Warum sich immer weniger US-Amerikaner für das Gemeinwohl interessieren und was das mit Reaganomics zu tun hat: David Foster Wallace' Romanfragment „Der bleiche König“ geht solchen Fragen nach. Sein Schauplatz: eine Steuerbehörde.

Dominik Kamalzadeh

Was sei davon zu halten, dass nun bald auch höhere Stände Steuern zu zahlen hätten, fragt man sich bei Familie Vogel in Jessica Hausners historischem Filmkammerspiel *Amour fou*. Warum sollte sich jemand über das Ende der Leibeigenschaft freuen?

Die Antwort darauf ist gar nicht so schwierig: Nur ein am Gemeinwesen partizipierendes Subjekt vermag sich als Staatsbürger zu begreifen. Selbst die Todessehnsucht von Heinrich von Kleist erscheint in diesem Lichte als per-

vertierter Ausdruck von Individualisierung – schließlich wurde die Liebe erst mit der Entstehung des Bürgertums zu einem Wert.

Das andere, vorläufige Ende dieser Entwicklung behandelt David Foster Wallaces unvollendet gebliebener Roman *Der bleiche König* (Kiepenheuer & Witsch), der in der Parallelwelt einer Außenstelle der US-Steuerbehörde IRS in Peoria im Mittleren Westen angesiedelt ist. Der 2008 aus dem Leben geschiedene Autor hatte mit diesem Großwerk die Grundverfasstheit der US-Gesellschaft im Blick, die sich 1985 an einem Scheideweg befindet.

Wie der Steuerzahler heute tickt, darüber beginnen die Köpfe der Steuerermittler zu rauchen: Fühlt sich der Bürger noch als Teil eines integrativen Ganzen, übernimmt er zivile Verantwortung? Oder ist man am Ende eines Individualisierungsprozesses angelangt, wo das Staatswesen nur noch als Abzocker erscheint, der einem das hart erarbeitete Geld stehlen will?

Die Steuerpolitik Ronald Reagans liefert den Nährboden für diese Reflexionen. Seine unternehmerfreundliche Schlagseite wusste dieser mit einem medienwirksamen Cowboy-Image zu kaschieren: „Go ahead. Make my day“, mit dem *Dirty-Harry*-Zitat trat er Plänen zur Steuererhöhung entgegen. Reagans Beharren auf der Trickle-Down-Theorie, sein Glaube, dass

sich mit der Senkung der Spitzesteuersätze Investitionen ankurbeln lassen, stößt bei den altgedienten Bürokraten in *Der bleiche König* auf Widerstand. Eine Voodoo-Wirtschaftslehre sei das, die am Ende einer Entwicklung steht, die das Gemeinwesen aushöhlt.



„Meiner Meinung nach sind die Amerikaner 1980 verrückt. Einfach verrückt geworden.“ Dennoch ist die Ideologie auch ins IRS eingesickert.

Die Folgen dieser Politik sind bis heute spürbar – in Wallaces Roman kann man sie forensisch zurückverfolgen. In einem als Streitgespräch angelegten Kapitel widmet er sich dem Zusammenhang von Bürgersinn und Egoismus. Erst die Aufbruchsbewegungen der 1960er-Jahre, heißt es da, hätten den Prozess der Individua-

lisierung vollendet. Doch statt den Rechten wuchsen seitdem eher die Ansprüche, statt mehr Freiheiten gibt es größere Märkte. Die Unternehmen haben den Braten gerochen. Individualismus wird als Konsumartikel verkauft: „... flächendeckende PR-Kampagnen, die das Individuum rühmen und preisen, werden riesige Märkte für Menschen formen ...“

Dass es so wenig Aufsehen erregt hat, Steuerdirektiven durchzusetzen, die auch das von Reagan verursachte Defizit ausgleichen sollten, lag laut Wallace an der Stumpfsinnigkeit, mit der sich niemand lange aufhalten wollte. Das effizientere Mittel als Geheimhaltung: todlangweilig statt total verdächtig. Es gibt schließlich Spannenderes. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass noch irgendjemand ernsthaft glaubt, in unserer ‚Informationsgesellschaft‘ ginge es um Informationen.“



ALTESTES SEGEL DER UNIVERSITÄT WIEN Das Siegelbild zeigt eine Lehrstube im Schutz der Muttergottes, 1365

Freier Eintritt mit dem STANDARD unterm Arm!
So, 22. März
Österreichische Nationalbibliothek

Studieren Sie die Universitätsgeschichte!

2015 feiert die Universität Wien ihr 650-jähriges Bestehen. In der Ausstellung „Wien1365. Eine Universität entsteht“ präsentieren die Universität Wien und die Österreichische Nationalbibliothek gemeinsam über 100 Exponate vom Mittelalter bis in die Zeit des Humanismus und lassen so die ereignisreiche Anfangszeit der „Alma Mater Rudolphina“ lebendig werden. Gezeigt werden neben den von Herzog Rudolf IV. eigenhändig unterzeichneten Stiftungsbriefen vom 12. März 1365 auch Schätze aus der Frühzeit der Universität wie das Zepter der Artistenfakultät aus vergoldetem Silber.

Wer zeigt, dass er den STANDARD unter dem Arm hat, erhält übrigens freien Eintritt.

Gratis-Ausstellungsführungen:
11.00 Uhr, 12.00 Uhr und 13.00 Uhr

Abonnentenvorteil:
Als Abonnent erhalten Sie vor Ort vom STANDARD eine kleine Überraschung plus das aktuelle Ausstellungsplakat als Geschenk, solange der Vorrat reicht.

Österreichische Nationalbibliothek
Josefsplatz 1, 1015 Wien

Öffnungszeiten Sonntag: 10.00–18.00 Uhr



derStandard.at



GESCHÜTTELT, NICHT GERÜHRT

Von *Julya Rabinowich*

Neidhammel und Goldesel

Wenn Studierende aus allen sozialen Schichten kämen, statt mit vererbtem Bildungsniveau den Weg zum Hochschulabschluss einzuschlagen. Flüchtlinge nicht zum verzweifelten Nichtstun verdammten wären, sondern die Gelegenheit erhielten, sozial und beruflich am Leben teilzuhaben, was nebenbei auch soziale Spannungen beseitigen könnte. Wenn die Doppelbelastung, beruflich präsent und ein guter Elternteil zu sein, dessen Wohnung vielleicht nicht strahlt wie das Glas in der Spülmittelwerbung, aber auch nicht in Dreck ertrinkt, gleichwertig verteilt wäre. Ja überhaupt: wenn Geschlecht nicht Karriere definierte. Wenn jene, die Kinder,

aber keinen Partner haben, Arbeitsmöglichkeit und Unterstützung erfahren würden, die normalen Alltag ermöglichen, der nicht von Angst und Überforderung durchsetzt ist wie Jausenspeck von Fettschlüssen. Wenn ältere Menschen nicht zu unnützem Ballast erklärt würden – und man ihre Erfahrung einsetzen könnte. Wenn diejenigen, die schwer erkranken, zusätzlich zu ihrem Leiden nicht die Ungewissheit ertragen müssten, wie es denn nun beruflich weitergehen soll, und Menschen mit Behinderung auch einen fixen Platz in der Gesellschaft hätten: Das wäre gut. Das geschieht nicht von selbst, das kann man nicht ausschließlich an NGOs auslagern, das fordert unter anderem auch Ressourcen. Das Leben ist mehr als „survival of the fittest“, der Ruf nach mehr Fairness keine Neiddebatte, wie gerne vermittelt wird. Dieser Ausdruck ist reine Opfertäterumkehr. Es ist nicht Neid, der den Aufschrei gegen solche Zustände antreibt, sondern gesunder Menschenverstand. Wer Kranken, Verzweifelten, Ausgeschlossenen minimale Unterstützung nicht gönnt, der neidet Notgrochen. Reine Profitmaximierung ist nicht alles: Auch sozialer Frieden ist ein Kapital.

Fairness ist dem Menschen ein hohes Gut – meinen einige Wissenschaftler

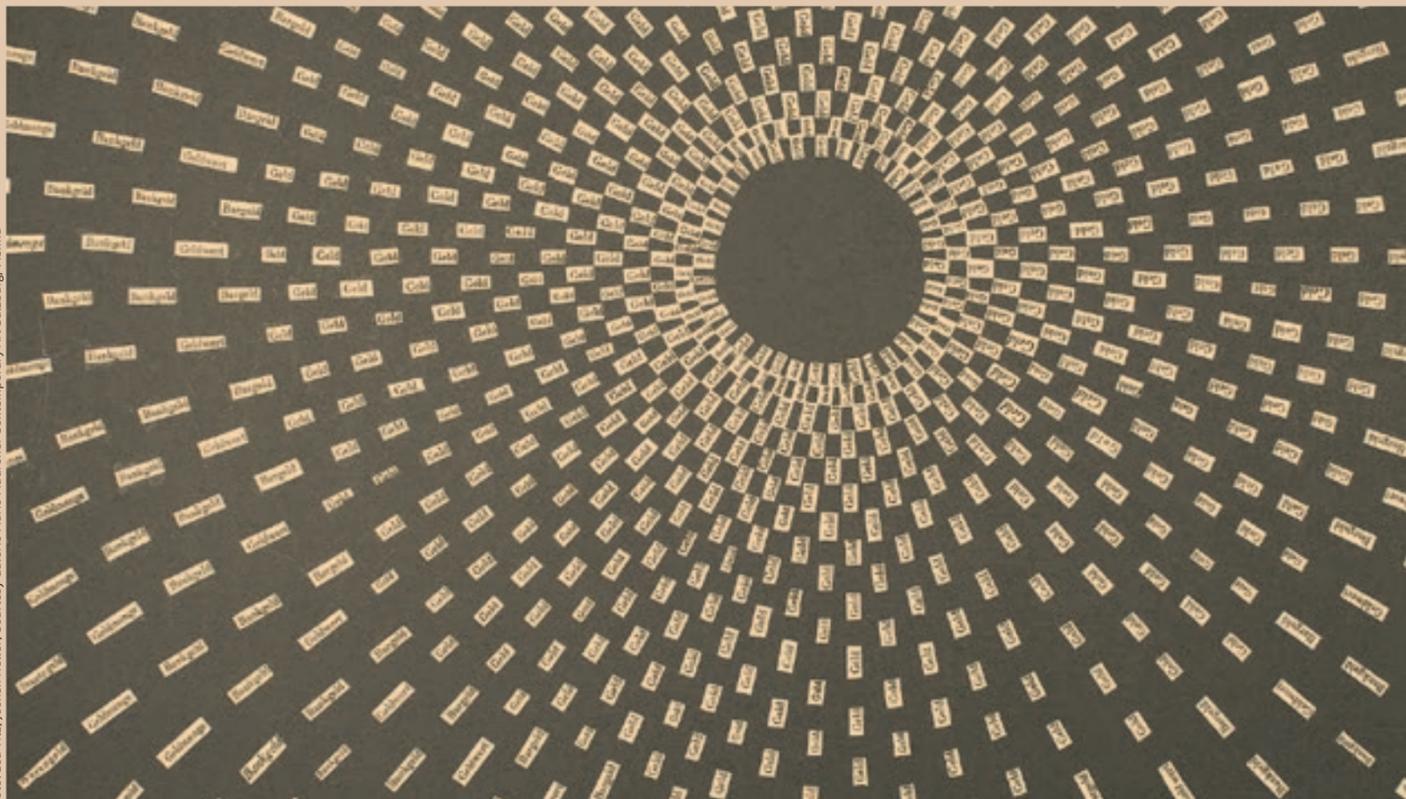


Foto: Lea Titz; Jochen Höller; Courtesy Galerie Mario Mauroner Contemporary Art, Salzburg/Wien

Das Geld vom Geld: Für die Arbeit „John Maynard Keynes – Vom Gelde“ extrahierte der Künstler Jochen Höller alle „Geld“-Wörter aus dem Klassiker des britischen Ökonomen. Dieser sprach sich vor allem für eine makroökonomische Steuerung und aktive Geld- und Finanzpolitik durch die Regierungen zur Überwindung von ökonomischen Krisen aus.

Wo die Gerechtigkeit im Hirn sitzt

Gerechtigkeit ist ein hohes Gut – das haben Spieltheoretiker längst erkannt. Im Verbund mit Neurowissenschaftlern wollen sie nun herausfinden, welche Gehirnregion im Zusammenhang mit Fairness aktiviert wird.

Peter Illtischko

Der Mensch ist prinzipiell gerecht, Fairness ist ihm ein hohes Gut. Oder vielleicht doch nicht? Zu obigem Schluss muss man angesichts einiger wissenschaftlicher Studien schon kommen. Soziale Gerechtigkeit ist uns sogar genauso wichtig, wie selbst genug Geld zu verdienen. Wir verzichten auf eigene Vorteile, wenn wir damit die ungleiche Verteilung von Ressourcen beheben können – egal, ob wir selbst oder andere von dieser Ungerechtigkeit betroffen sind.

Obwohl unser Verhalten in beiden Fällen identisch ist, schreibt die Kognitionswissenschaftlerin Claudia Civali gemeinsam mit Kollegen im Fachblatt *Social Cognitive and Affective Neuroscience*, reagieren aber unterschiedliche Schaltkreise im Gehirn: je nachdem, ob wir selbst oder andere Opfer der mangelnden Fairness sind. Die Forscher an der Internatio-

nal School of Advanced Studies (SISSA) in Triest haben Versuchspersonen mit einer Variante des „Ultimatumspiels“ konfrontiert.

Hier wird prinzipiell einem Teilnehmer Geld gegeben, das dieser je nach Gutdünken zwischen sich und einer weiteren Person aufteilen kann. Dieser kann die vorgeschlagene Summe annehmen, aber verhandeln darf er nicht; daher der Name „Ultimatumspiel“. Wenn er sie nicht annimmt, gehen beide Teilnehmer leer aus.

Jeder im Supermarkt angeschriebene Preis ist eigentlich ein solches „Ultimatumspiel“ – man kann ihn akzeptieren oder ablehnen und das Produkt nicht kaufen. Die Vernunft sagt eigentlich: Es wäre besser, wenigstens einen Bruchteil im Spiel zu bekommen, als ohne Gewinn auszustiegen. Dennoch ist die Ablehnungsrate in den auch mit mehreren Teilnehmern durchgeführten Forschungsarbeiten zum „Ultimatumspiel“ – nach Expertenschät-

zungen mehr als 300 – sehr hoch. Schon die österreichischen Spieltheoretiker Martin Nowak und Karl Sigmund gingen vor mehr als 15 Jahren von einer allgemeinen menschlichen Tendenz zu fairem Verhalten aus.

Hirnregion abschalten

Claudia Civali hat nun während des Spiels eine Stimulationstechnik verwendet, die es ermöglicht, eine bestimmte Gehirnregion für

die Testpersonen ungefährlich und vorübergehend „herunterzufahren“. Dabei ging es konkret um eine Region an der Stirnseite, den medialen präfrontalen Cortex, der in früheren Versuchen als relevant in derlei Situationen identifiziert wurde. Mussten die Testpersonen Angebote bewerten, die sie selbst betrafen, sank die Tendenz zur Ablehnung deutlich. Sie waren also rationaler und eher bereit, irgendeine Summe zu akzeptieren.

Mussten die Versuchsteilnehmer ein Angebot an eine dritte Person bewerten, dann zeigte das Abschalten der Hirnregion zur Überraschung der Forscher keine Auswirkung auf das Verhalten. Die Schlussfolgerung der Wissenschaftler: Soziale Werte dürften in der evolutionären Entwicklung wichtig für das Überleben gewesen sein. Die Ablehnung im „Ultimatumspiel“ sei aus diesem Blickwinkel betrachtet nicht mehr irrational.

Aktivierung des Striatums

Im Herbst 2014 haben auch norwegische Forscher die Zusammenhänge zwischen Hirnaktivitäten und dem Gerechtigkeitsempfinden des Menschen analysiert. Das Team aus Ökonomen von der norwegischen School of Economics und Hirnforschern an der Universität Bergen stellte den Testpersonen Fragen zu den The-

menbereichen Fairness, Gleichheit, Arbeit und Geld. Dabei stellten sie eine Aktivierung des Striatums fest. Es handelt sich dabei um einen Bestandteil des Großhirns, nämlich um das Belohnungszentrum.

Für die Forscher ist das eine mögliche Erklärung, warum Menschen auf Vorteile verzichten wollen, um eine soziale Balance zu ermöglichen. Die Studie wurde in der Fachzeitschrift *PNAS* publiziert.

Das Striatum wurde umso stärker aktiviert, je fairer die Testpersonen den angebotenen Lohn bewerteten. Der Aktivierungsgrad hing dabei auch stark vom Arbeitsumfang ab.

In diesem Zusammenhang konnten die Wissenschaftler auch nachweisen, dass der Mensch nicht immer wegen Ungleichheit negativ reagiert, sie sogar manchmal als „fair“ akzeptieren – also sehr wohl auch nur eigene Vorteile sieht. Zitat aus dem Presstext: „Wir haben wieder einmal gesehen, dass Menschen keine Heilige sind, aber auch nicht ausschließlich als Egoisten agieren.“ Eine beruhigende Aussage.



Die Armen sind auf Gerechtigkeit angewiesen, die Reichen auf Ungerechtigkeit.

Bertolt Brecht
(1898–1956)
deutscher Dramatiker
und Regisseur

Die Kinderuni finden Sie ab sofort im KARRIERESTANDARD auf Seite K 4

Europa im Diskurs Debating Europe

15. 3. 2015, 11.00 Uhr

How much Transparency Does Democracy Need?



Foto: IHS
Júlia Király
Ökonomin; ehem. Vizepräsidentin Ungar. Nationalbank



Foto: Archiv
Aruna Roy
indische Bürgerrechtlerin



Foto: Morozov
Evgeny Morozov
Publizist und Internetkritiker



Foto: Cremler
Max Schrems
Jurist und Aktivist; Initiator europe-v-facebook.org



Foto: Stefan Kimmel
Moderation: Shalini Randeria
Sozialanthropologin; Rektorin, IWM



Eintritt: EUR 7,-
Ermäßigter Eintritt: EUR 5,-



Die Zeitung für Leserinnen

Eine Kooperation des Instituts für die Wissenschaften vom Menschen (IWM), der ERSTE Stiftung, des Burgtheaters und des STANDARD. Rechtzeitige Kartenreservierung und Kartenabholung vorab werden empfohlen.

The Makemakes singen am 23. Mai für Österreich



Foto: ORF / Milenko Badzic

So mancher tat den Song von The Makemakes einfach als „Schmalzballade“ ab – doch das Publikum und internationale Juroren haben dennoch entschieden: Die Salzburger Formation The Makemakes vertritt Österreich beim 60. Song Contest am 23. Mai in der Wiener Stadthalle. Mit dem Song „I Am Yours“ trugen sie am Freitagabend den umjubelten Sieg davon. Zuschauer und die Stimmen einer internationalen Jury aus zehn Teilnehmerländern des Gesangswettbewerbs waren ausschlaggebend. Entstanden ist der Song mit Jimmy Harry, der bereits mit US-Popqueen Madonna Erfahrungen sammelte. Die Entscheidung

war letztlich doch nicht die ganz große Überraschung. The Makemakes galten Vielen schon vor dem Finale als die geheimen Favoriten für die Nachfolge von Conchita Wurst und Udo Jürgens. Das Lied werden die Bandmitglieder Dominic Muhrer, Markus Christ und Florian Meindl in den nächsten Wochen jedenfalls noch öfter zum Besten geben: Der Song-Contest-Zug nimmt jetzt kräftig Fahrt auf. Bis zum Montag haben alle Länder ihren Teilnehmer bestimmt. Anfang April beginnt der Aufbau in der Wiener Stadthalle. Schon am 9. Mai treffen die Kandidaten in der Bundeshauptstadt ein.

GÜNTER TRAXLER

Endlich ein Strahlemann!

Es war ein Medien-Sonntag der Superlative in Sachen Finanzminister, gewesener und aktueller. Der Gewesene eröffnete in „Österreich“ sein neues Leben mit einer Reihe von Geständnissen, was so beschrieben wurde: *Mit einem Paukenschlag meldet sich Michael Spindelegger diese Woche zurück. Hier erklärt er, was ihn bewegt – von neuem Job bis Hypo. Vorher musste sich der Bewegungsmelder noch etwas von der Seele reden: „Ich habe ein reines Gewissen“, trat er allen möglichen Verdächtigungen entgegen, ohne dass welche geäußert worden waren. Was auch bedeuten könnte, dass er sich dessen gar nicht so gewiss ist, denn sicherheits-halber schob er gleich nach: „Ich habe mir bei der Hypo nichts vorzuwerfen.“*

Diesem Vorgriff auf den Untersuchungsausschuss schickte er ein Versprechen für die Zukunft nach: *„Ich lasse mich garantiert auf nichts ein, was unehrenhaft ist“, eine Garantie, die in der Ukraine für erhebliches Aufsehen gesorgt haben dürfte, umso mehr, als sie an einen geradezu fanatischen Freiheitswillen gekoppelt war: „Ich will nicht, dass ich zu etwas gezwungen werde.“* Als jahrelanger Gefangener der Volkspartei weiß er die neue Ungezwungenheit zu schätzen, auch wenn sie nicht lange anhalten dürfte, steht er doch vor einer Aufgabe, eines Sisyphus würdig. *Ich stelle für die Ukraine mit internationalen Partnern einen Plan auf. Das ist sehr herausfordernd, weil es das größte Problem ist, in der Ukraine Frieden zu schaffen – und gleichzeitig wieder eine Perspektive für die Bevölkerung zu bekommen.*

In Österreich ist ihm das ja weniger gelungen, aber viel-

leicht nur, weil er sich *gezwungen* gefühlt hat, während es diesmal *der französische Philosoph Bernard-Henri Lévy, ein deutscher Bundestagsabgeordneter und ein britischer Lord im Oberhaus* waren, die ihn fragten, ob er seine Talente der Ukraine zur Verfügung stellen würde. *Der milliardenschwere Gas-Oligarch Dmytro Firtasch hat jedenfalls laut „Kronen Zeitung“ fast überhaupt nichts damit zu tun, außer sich an Spindeleggers Bienenfleiß zu erquicken.*

Was ich von meiner Warte aus sagen kann, ist, dass er vom ersten Tag an sehr engagiert war und hart arbeitet. Ich bin überzeugt, dass er diese Aufgabe erfüllen wird. Endlich ein Philantrop, der nicht mit Vorschusslorbeeren geizt.

Gegen die Lösung österreichischer Finanzprobleme erscheint *das größte Problem, in der Ukraine Frieden zu schaffen* geradezu harmlos. Entsprechenden Ruhm konnte Spindeleggers Nachfolger in „Presse“ und „Kurier“ einheimen. *Der Hypo-Aktive titelte „Die Presse“, und der „Kurier“ präzisierte seinen Aufmacher Schellings Milliarden-Poker im Blattinneren glorifizierend: ÖVP-Strahlemann im Härtesten.*

Nachdem er sich mit Erwin Pröll angelegt hat, vor allem aber, seit er den Steuerzahlern mit Pokerface versprochen hat, sie hätten künftig keinen Euro für die Hypo aufzubringen, durfte er in die Heldenrolle der Politik schlüpfen, wobei es ein Klacks sein sollte, sich mit Erwin Pröll anzulegen, im Vergleich zur Befreiung des Bürgers von der Haider-Steuer.

Laut „Presse“ fehlt es Schelling nicht an Voraussetzungen für den Job. *Hans Jörg Schelling hat eine Eigenschaft, die für einen Finanzminister eine Tugend ist: Er ist sparsam. Nicht irgendwie sparsam, sondern so sparsam, dass es manchmal schon seine Frau nervt. „Ich fahre nicht zu irgendeiner Tankstelle“, verriet er in einem Interview mit der „Kronen Zeitung“, „sondern zur günstigsten. Meine Frau lacht schon darüber“, wenn sie nicht gerade genervt ist. Sparsamkeit dieser Art ist unausweichlich mit Arbeitsleid verbunden. Es muss für den Sparefroh eine regel-*

rechte körperliche Qual sein, wenn er in seinem Büro in der Wiener Himmelfortgasse das Budget prüft und sieht, wofür der Bund Geld ausgibt.

Wenn er beim Prüfen des Budgets nur nicht zu viel leiden muss. Ein bisschen was von seiner Kraft wird das „Alphatier“ („Kurier“) vielleicht zum Löschen aufwenden müssen, denn *wenn einmal jemand wie Erwin Pröll in der „Zeit im Bild“ Verständnis für den „kritischen Umgang“ mit dem Finanzminister zeigt, ist Feuer am Dach.* Solange aber nicht mehr passiert, als dass Pröll seinen Finanzlandesrat via „Kurier“ drohen lässt: *„Bei Philipp sehen wir uns wieder!“, muss sich der neue ÖVP-Strahlemann keine Sorgen machen.*

Umso weniger, als der „Kurier“ von Parteifreunden wissen will: *Als Alternative zu Erwin Pröll für die Hofburg wird er gehandelt.* Der Handel ist nicht so brisant, wie er scheint. Philipp ist nur St. Pölten, und zum Glück gibt es noch andere Alternativen.



BLATTSALAT

Zehn Helden der Gerechtigkeit



DER STANDARD zeichnet zehn besonders herausragende Serienhelden für ihre Verdienste um die Verteilungsgerechtigkeit aus. Früher oder später kriegt schließlich jeder, was er verdient.



Doris Priesching

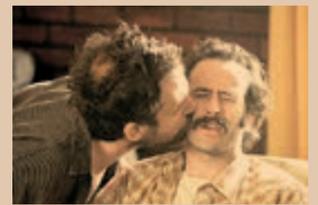
1 Pippi Langstrumpf Die kleine Schwedin ist der Beweis, dass man nicht rechnen können muss, um gerecht zu sein: Die große Pippilotta verteilt Goldmünzen unter jenen, die wissen, dass Besitz froh macht, wenn er aus Schokolade und Lakritze besteht.



2 Daenerys Targaryen Als Oberhaupt eines wilden Reitervolks lässt sich an ihrer Biografie ablesen, wie man an seiner Aufgabe wächst. Die Ehe mit einem lebensklugen Primitivling tat ihr gut, ein rohes Pferdeherd ließ sie sich schmecken und hopp-lahopp flatterten drei Zauberdrachen ins Haus. Krone für Dany.



3 Dexter Hier sehen Sie Dexter Morgan bei seiner Lieblingsbeschäftigung: Den letzten Schnitt verpasst der Forensiker und Serienmörder aus Leidenschaft nur jenen, die selbst Grobes am Kerbholz haben. Und schlägt damit zwei Fliegen mit einer Klappe: Er braucht es, sie verdienen es.



4 Earl J. Hickey Achtung, dieser Mann tut Gutes! Ermutigt durch 100.000 Dollar Lotteriegewinn, arbeitet sich der karmisch Geläuterte aus *My Name is Earl* ab, seine Kleinkriminellenbilanz aufzubessern. Und hinterlässt ein größeres Chaos als zuvor. Klassischer Fall von Nullwachstum.



5 Amy Goodman Wenn diese Richterin sprach, schwiegen die Anwesenden freiwillig. Die Jugendrichterin aus *Für alle Fälle Amy* war in ihrem Fach ein As, als Alleinerzieherin eine gute, sich nicht selbstaufopfernde Mutter, die keinen liebenden Mann brauchte, um stark zu sein.



6 Red Eine Frau wie ihre Figur! Die feuerrote russische Regentin aus *Orange Is the New Black* zieht die Fäden im Frauenhäftens vom Küchenblock aus und lässt sich dafür den Rücken massieren. Wohlgesonnene versorgt sie mit Süßigkeiten, Kritiker lässt sie hungern.



7 James Herriot Stimmt schon, der Veterinär war fade und zu betulich. Aber von guter Unterhaltung wird ein krankes Pferd nicht gesund. Hunde, Katze, Kuh mussten nichts fürchten, wenn dieser Doktor sich ums liebe Vieh kümmerte. Auch Tiere brauchen Gerechtigkeit.



8 Maria Schneider Rückwärts einparken ist nicht ihre Stärke. Als Betrogene verharret sie lange in Schockstarre. Mit Fortdauer gewinnt das „Vorstadtweib“ aber an Fahrt. Und gibt zuletzt zum richtigen Zeitpunkt Gas.



9 Bill Henrickson Dieser Mann hat drei Ehefrauen. Eine ist hübscher und interessanter als die andere. Paradiesisch, oder? Bill würde zustimmen, wir sind uns da nicht sicher: Gerechtigkeit ist in *Big Love* ein hartes Geschäft, das fängt schon im Schlafzimmer an. Aber was soll man tun, wenn es die Tradition verlangt?



10 Robin Hood Der Vater der Verteilungsgerechten darf in dieser Liste nicht fehlen: Der Brite Richard Greene war 1955 der erste Fernsehheld der BBC und erleuchtete mit seinem glatten Heldenmut selbst den finsternen Sherwood Forest.

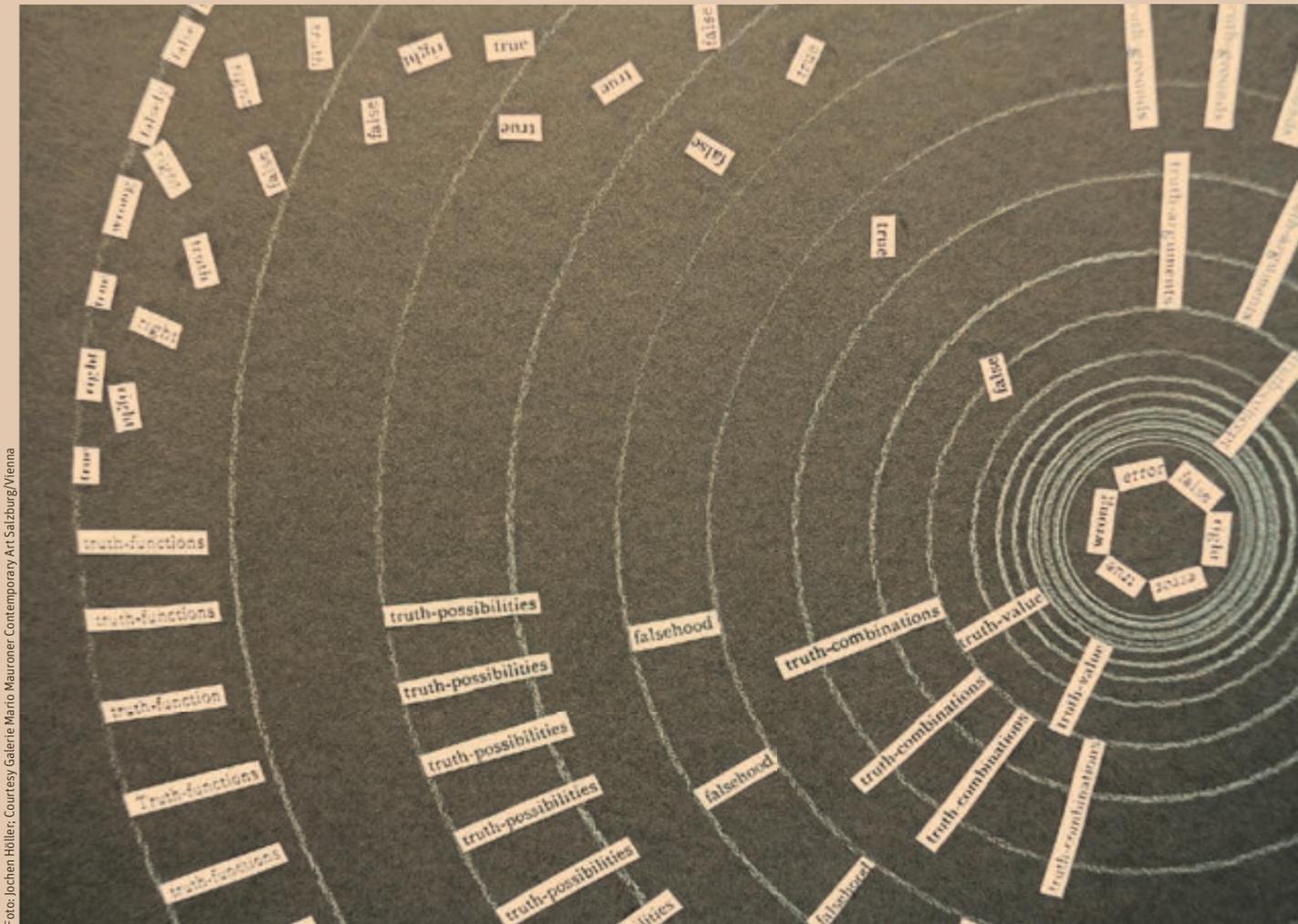


Foto: Jochen Höller, Courtesy Galerie Mario Mauroner Contemporary Art Salzburg/Vienna

Was ist gerecht?
Was ungerecht? Was
richtig, was falsch?
Und ist das immer so
eindeutig und klar?
Vom Philosophen
Ludwig Wittgenstein
wissen wir: „Aus dem
Bild allein ist nicht zu
erkennen, ob es wahr
oder falsch ist.“ Um
das zu illustrieren,
schneidet der Künstler
Jochen Höller für
die Arbeit „Ludwig
Wittgenstein – TLP –
True or False“ alle
„wahr“- und „falsch“-
Wörter aus dem
„Tractatus logico-
philosophicus“ aus
und ordnet ihnen
einen spezifisch
wahren oder falschen
Platz in seiner
Collage zu.

HANS RAUSCHER

Gerechtigkeit für Griechenland



„Wir sind ja alle Proeuropäer“, sagte Alexis Tsipras, als er Freitag zu Gesprächen in Brüssel eintraf. Gut, dass

er sich und andere daran erinnert, denn Europa ist die Kernfrage. Es handle sich nicht „um ein griechisches Problem, sondern um ein europäisches Problem“, sagte Tsipras dann noch auf die typisch provozierende Art. Aber auch das stimmt im Grunde. Griechenland gehört zur EU, und es gehört, wenn es irgend geht, zum Euro. Ein Grexit oder ein Grexid wäre äußerst riskant, wirtschaftlich wie (geo-)politisch. Eine Währungsunion ist nicht etwas, wo man aus- und einsteigt, wie beim Hop-on-hop-off-Bus. Die frechen Drohungen, die griechische Rechts- und Links-Politiker im Zusammenhang mit dem Flüchtlingsstrom austoben, haben einen realen Kern. Griechenland ist nicht weit vom Reich der IS.

Es hat daher keinen Sinn und ist kurzfristig, wenn über das griechische Verhalten empörte Politiker und Bürger verlangen, die Griechen sich selbst zu überlassen. Es ist aber ebenso kontraproduktiv und noch dazu infantil, zu behaupten, irgendwer würde die neue Linksregierung in Athen einfach „hassen“.

Tsipras, Varoufakis & Co. nerven, weil sie das erstens bewusst tun und weil zweitens genug Empirie vorliegt, dass konsequente marxistische oder auch nur linkspopulistische Politik unweigerlich in die Verarmung führt – und zu Repression. Das ist historisch erwiesen und zeigt sich jetzt gerade wieder in Venezuela. Aber Hass?

Griechenland hat diese Regierung gewählt, und Europa muss versuchen, das Beste daraus zu machen. Das wird schwer, denn besonders Finanzminister Varoufakis zeigt mehr intellektuelle Verspieltheit als Lösungskapazität für unmittelbar anstehende, praktische Probleme. Das scheint auch Tsipras zu spüren.

Gerechtigkeit für Griechenland verlangt, dass man sich zunächst über die Ausgangslage klar wird. Um den Zusammenbruch des Staates zu verhindern und die Verarmung größerer Bevölkerungsteile zu verhindern, muss das Ausland weitere Hilfgelder lockermachen. Griechenland ist nicht unreformierbar. Die Türkei war ein „failing state“, bis die fleißige, verantwortungsvolle Mittelklasse statt bornierter Militärs und/oder korrupter Eliten ans Ruder kam. Dass das jetzt ins Islamisch-Autoritäre umschlägt, ist allerdings tragisch. Polen galt als Hort von Schlendrian und Korruption. Heute ist es ein prosperierendes EU-Mitglied.

Griechenland war zu lange Beute einer verrotteten politischen Klasse, viele Leute der Mittelschicht verhalten sich dementsprechend, wären aber ansprechbar für echte Reformpolitik. Syriza weckt da wenig Hoffnungen.

Aber Europa muss mit dieser Regierung zumindest eine Zeit lang zusammenarbeiten und dabei (mit mehr Geschick als bisher) versuchen, Methoden des „good government“ zum Durchbruch zu verhelfen (ein erster Schritt wäre ein Koalitionswechsel hin zur bürgerlichen „To Potami“). Gerechtigkeit für Griechenland bedeutet, ihm Zeit zu geben, Verantwortlichkeit zu entwickeln.
hans.rauscher@derStandard.at

Kein Wachstum – und doch gut

„Degrowth“ ist das Stichwort. Es soll von der Wachstumsobsession unserer Gesellschaften wegführen zu einer grüneren und sozial gerechteren Lebensweise. Ein Zehn-Punkte-Plan aus Spanien, wie Wohlstand ohne Wachstum gelingen soll.

Giorgos Kallis

Degrowth (im Deutschen auch Postwachstum genannt) ist für uns in erster Linie ein Aufruf, unsere soziale Vorstellungskraft von einer Ideologie zu befreien, die unsere Zukunft als wachstumsorientierte Einbahnstraße darstellt. Degrowth ist nicht gleichbedeutend mit Rezession, sondern die Hypothese, dass Wohlstand auch ohne Wirtschaftswachstum möglich ist.

Neue linke Bewegungen in Europa erfahren aktuell großen Zuwachs; von Spanien bis nach Griechenland, Slowenien oder Kroatien. Aber werden sie auch „grün“ sein und ein alternatives, kooperatives Wirtschaftsmodell vorschlagen – inspiriert von Degrowth-Ideen? Im Folgenden präsentieren wir zehn Vorschläge, die wir im Kontext von Spanien erarbeitet haben, und die für linke und grüne politische Parteien in ganz Europa von Interesse sein können.

Das Programm

■ **Schuldenschnitt für Staatsbürger:** Eine Wirtschaft kann nicht gezwungen werden zu wachsen, nur um Schulden abzutragen, die zu einem bloßen Scheinwachstum in der Vergangenheit beigetragen haben. Deshalb ist es wichtig, die Schulden nicht nur neu zu strukturieren, sondern im Rahmen einer neuen, wirklich demokratischen Kultur einen Teil davon durch einen Schuldenschnitt aufzuheben. Solch ein Schuldenerlass sollte allerdings weder in Spanien noch anderswo auf Kosten von kleinen Sparern und

Sparern oder Beziehern bescheidener Renten gehen.

■ **Arbeitsplatzteilung:** Reduzierung der Arbeitswoche auf mindestens 32 Stunden, sodass der durch weniger Arbeit entstehende Einkommensverlust nur die oberen 10

Prozent der Einkommenspyramide betrifft.

■ **Grund- und Maximal-einkommen:** Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens zwischen 400 und 600 Euro pro Monat für alle Einwohner. Beschränkung des maximalen Einkommens – sowohl durch Arbeit als auch durch Kapital – auf das 30-Fache des Grundeinkommens.

■ **Ökosoziale Steuerreform:** Stärkere Besteuerung von Energie- und Ressourcenverbrauch anstelle von Arbeitsleistung, Reduktion der Besteuerung der unteren Einkommensgruppen, finanziert durch eine CO₂-Steuer.

■ **Beendigung von stark umweltschädlichen Subventionen und Investitionen:** Umschichtung der befreiten öffentlichen Mittel hin zu saubereren Produktionsweisen.

■ **Unterstützung einer alternativen, solidarischen Gesellschaft:** Einführung von Subventionen, Steuerbefreiungen und bevorzugter Gesetzgebung für den nicht-gewinn-

orientierten kooperativen Wirtschaftssektor, wie zum Beispiel: alternative Konsum- und Produktionsgenossenschaften und Netzwerke für eine grundlegende Gesundheitsversorgung, gemeinschaftliches Wohnen, Kredite, Bildung oder künstlerische Tätigkeiten.

■ **Optimierung von Gebäudenutzung:** Baustopp für neue Häuser zugunsten der Sanierung vorhandenen Wohnraums und der Förderung der Vollbesetzung von Häusern, zum Beispiel durch sehr hohe Steuern auf leerstehende oder Zweithäuser.

■ **Reduktion von Werbung:** Etablierung von Einschränkungskriterien für Werbung im öffentlichen Raum, angelehnt an das Beispiel der Stadt Grenoble.

■ **Ökologische Obergrenzen:** Einführung absoluter und abnehmender Quotenregelungen für den Gesamtausstoß an CO₂ und die Gesamtmenge an verbrauchten natürlichen Ressourcen. Diese gelten auch für die bei der Herstellung importierter Produkte entstandenen Emissionen und verbrauchten Rohstoffe.

■ **Abschaffung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als Indikator für wirtschaftlichen Fortschritt:** Das BIP ist bekannterweise als Maß für Wohlstand und Lebensqualität ungeeignet. Eine Debatte über die Form von Wohlstand und Lebensqualität muss angestoßen werden, wobei im Mittelpunkt stehen sollte, was gemessen werden sollte, und nicht wie.

Diese Vorschläge ergänzen einander und müssen in ihrer Gesamtheit umgesetzt werden. So



Giorgos Kallis:
weg von
Scheinwachstum.

Foto: iCrea



Den
umgekehrten
Weg gehen:
Wachstum
abwickeln.

Illustration: Corbis

Der ewige Traum vom Leben ohne Wachstum

Die Apostel des Degrowth machen sich einen falschen Begriff von Wachstum. Dieses kann, zumindest in den entwickelten Ländern, heutzutage nur noch aus Wissen kommen. Und das ist – entgegen allen paternalistischen Beschränkungsphantasien – unbegrenzt vermehrbar.

Hanno Lorenz
Cornelia Mayrbäurl

Es ist eine verlockende Idylle, die uns Giorgos Kallis in seinem Manifest gegen das Wachstum und den Kapitalismus in Aussicht stellt. Wir könnten demnach wie im mythischen Arkadien, das konkret übrigens in Mittelgriechenland liegt, leben: Nur Sinnstiftendes tun. Das Tempo reduzieren. Unsere Umwelt schonen. Mit dem Fahrrad zufrieden sein, weil die Werbung für Autos ja verboten wurde. Quasi ein neues Goldenes Zeitalter, von dem schon Hesiod und Vergil träumten.

Aufforderung zur Armut

Der Leser ahnt: Dieser Traum wird ein solcher bleiben – und zwar aus vielen Gründen. Denken wir zunächst an die Entwicklungs- und Schwellenländer. Es ist unbestritten, dass seit 1990 etwa eine Milliarde Menschen der Armut im wahrsten Sinne des Wortes entwachsen sind. Allein in China sind es etwa 660 Millionen.

leben

könnten beispielsweise ökologische Höchstgrenzen das Wachstum reduzieren, aber auch Arbeitslosigkeit erzeugen. Eine Arbeitsplatzteilung zusammen mit einem Grundeinkommen würde hingegen die Schaffung von Arbeitsplätzen und sozialer Sicherheit vom Wirtschaftswachstum entkoppeln.

Von „schmutzig“ ...

Die Umverteilung von Investitionen von „schmutzigen“ zu „sauberen“ Aktivitäten und die Reform des Steuersystems würden für die Entwicklung einer grüneren Wirtschaft sorgen, deren Erfolg durch die alternativen Wohlstandsindikatoren kontrollierbar wäre.

Schließlich wird die veränderte Besteuerung und Kontrolle von Werbung den positionellen Wettbewerb in der Bevölkerung entspannen und die Frustration reduzieren, die mit einem Ausbleiben von Wachstum einhergeht. Investitionen in Gemeingüter (Commons) und geteilte Infrastrukturen würden ohne Wachstum den Wohlstand steigern.

... zu „sauber“

Wir erwarten nicht, dass linke Parteien sich „Degrowth“ auf die Fahnen schreiben. Wir verstehen die Schwierigkeiten, die es bringt, wenn plötzlich eine allgemeingültige Denkweise in Frage gestellt wird. Was wir jedoch von den neuen Linken erwarten, sind erste Schritte in die richtige Richtung. Ebenso erwarten wir von den neuen Linken, sich vom Ziel des Wachstums langsam, aber sicher zu lösen und Ideen und Vorschläge parat zu haben, falls die Wirtschaft sich weigert zu wachsen.

GIORGOS KALLIS ist Professor an der Autonomen Universität Barcelona und Mitherausgeber des Buches „Degrowth, A Vocabulary for a new Era“. Der Text entstand in Kooperation mit Research & Degrowth, einem Thinktank von Akademikern und Aktivistinnen in Barcelona, die sich mit dem Thema Degrowth befassen. Aus dem Englischen von S. Häger, C. Kerschner und E. Brose.

Ein anderes Mittel dafür als eine wachsende Wirtschaft ist bisher nicht bekannt. Die implizite Anforderung an Kambodschaner, Sambier oder Paraguayer, ihr Land möge nicht nach Wachstum streben, ist also, um es freundlich zu sagen, inakzeptabel.

Nun gut, dann sollen eben nur die Industrieländer nicht mehr wachsen, das tun sie ja dem Anschein nach ohnehin kaum. Eine Mehrheit etwa der Spanier oder Griechen dürfte von diesem Aufruf allerdings nicht entzückt sein. Dann gibt es auch noch die unangenehme Tatsache, dass in diesem Fall Länder ohne und welche mit Wachstumserlaubnis im direkten Wettbewerb stehen, wenn wir nicht die Globalisierung abschaffen und die Zollstationen an der Grenze wieder einführen.

Auf diesen Aspekt kommen wir später zurück und richten zuerst den Blick auf die Funktion, die Wirtschaftswachstum in reichen Ländern hat.

Grobe Irreführung

Es ist grob irreführend, wenn Degrowth-Anhänger behaupten, trotz langen Wachstums seien die Armutsraten so hoch wie eh und je und die Jugend arbeitslos. Letzteres trifft – aus ganz anderen Gründen – für manche Staaten zu, aber nicht für die Mehrzahl der industrialisierten Länder. Ersteres wiederum ignoriert die höchst erfreuliche Tatsache, dass es den Armen heute aufgrund von höherer Produktivität, also von Wachstum, sehr viel besser geht als, sagen wir, vor zwei Generationen.

Es reicht, sich bei den Großeltern zu erkundigen. Wenn das eigentliche Thema aber die Schere zwischen Arm und Reich ist, dann sollten wir darüber reden, wie Ärmere zum Beispiel über bessere Bildungsmöglichkeiten den sozialen Aufstieg leichter schaffen können.

In Giorgos Kallis' Vorstellung bedeutet Wachstum immer noch, dass ständig mehr produziert und konsumiert wird. Das mag in Ländern wie Kenia oder Laos gelten, wo ein Arbeiter wohl lieber dreimal als einmal die Woche Fleisch isst. Und das sollten ihm auch Vegetarier nicht verübeln, wenn die Freiheit des Einzelnen noch etwas zählt.

Qualitatives Wachstum

Da wir aber von Europa reden, geht es um qualitatives und eben nicht mehr um quantitatives Wachstum: Es geht um die Produktion von neuem Wissen, das sich in Form von Produkten manifestiert, die bedienungsfreund-

licher sind und ökologischer produziert werden.

Störrischerweise fragen sehr viele Menschen diese Güter auch nach und verspüren wenig Lust darauf, noch immer ein Telefon in der Größe eines Koffers mit sich herumzutragen. Oder weiterhin mit dem Kinderwagen über drei Stufen in den Straßenbahnwagen zu klettern.

An dieser Stelle ein praktischer Hinweis an unerschütterliche Wachstumskritiker: Es ist möglich, sich freiwillig zu bescheiden. Verbote in diese Richtung sind unnötig und paternalistisch. Der Markt bietet nicht nur BMW, sondern auch Carsharing an. Und wer nicht ständig mehr konsumieren und Geld ausgeben will, weil er schon genug davon hat, kann seine eigene Arbeitszeit auch ohne Zwang reduzieren und die gewonnene Zeit in freiwillige Sozialprojekte investieren, was gesellschaftlich zweifellos wünschenswert ist.

Auch wenn Kallis vorsichtshalber festhält, die autoritäre Praxis des real existierenden Sozialismus sei zu vermeiden: Die Forderung nach „sozialer Enteignung“, das Verbot, das Bruttoinlandsprodukt als auch nur einen von mehreren Indikatoren zur Orientierung zu verwenden, die geplante oktroyierte Arbeitsplatzteilung – all das geht genau in Richtung Planwirtschaft und hat in der Praxis noch immer eine ineffiziente Produktion bedeutet.

Damit ist für ein Land, das, sie-

he oben, im Wettbewerb mit anderen Ländern ohne Wachstumsverbot steht, zumindest mittelfristig der Wohlstandsverlust garantiert. Um es in Twitter-Länge zu formulieren: Das Ergebnis sind Armut und Zwang.

Als konkretes Beispiel denke man kurz an Länder oder Regionen, die zwischendurch den technologischen Anschluss verloren haben, etwa die einstigen Standorte der englischen Textilindustrie. Oder das heutige Kuba. Nicht zuletzt: Wo der Wohlstand schrumpft, gibt es weniger zu verteilen. Gerade Befürwortern eines starken Sozialstaates möchte man laut zurufen: Überlege genau, was du dir wünschst.

Neues Wissen

Wachstum ist also der Ausdruck neuen Wissens. Wie müssen wir uns also ein Land ohne Wachstum vorstellen? Man darf wohl annehmen: starr, un kreativ, gelähmt. Jedenfalls nicht sehr ar kadisch.

HANNO LORENZ hat in Hamburg und Wien Ökonomie studiert. Er war für die Nationalbank und das Wirtschaftsforschungsinstitut *Economica* tätig und ist seit 2013 beim Thinktank *Agenda Austria*.

CORNELIA MAYRBÄURL ist ebenfalls Mitarbeiterin der *Agenda Austria*. Sie hat Geschichte, Publizistik und Italienisch studiert sowie ein Diplom in Internationalen Beziehungen an der Johns Hopkins University erworben. Mayrbäurl war journalistisch tätig für den *Kurier* und *Format* und berichtete als Korrespondentin für die *Presse*, die *NZZ* und die *Zeit* aus Lateinamerika.



Die Spirale dreht nach oben: Ohne qualitatives Wachstum kann es keinen Wohlstand geben. Und wo der Wohlstand schrumpft, gibt es weniger zu verteilen.

LESERSTIMMEN

Oh heiliger Florian!

Betrifft: „Erwin immer und überall“, Kolumne von Florian Scheuba
DER STANDARD, 12. 3. 2015

Herrn Scheubas möglicher Namenspatron Florian lebte vor rund 1700 Jahren im Gebiet des heutigen St. Pölten, was den kabarettistisch tätigen Namensträger offensichtlich fehlschließen lässt, er hätte tiefgreifende Kenntnis vom heutigen Leben in dieser und um diese Stadt. Als Mitglied des innersten, „nicht unbedingt von Sympathieträgern überlasteten Kreises um Erwin Pröll“ bringt mich das wieder zur Erkenntnis: Scheubas beruflicher Humor ist, wenn man trotzdem lacht – muss ja nicht über Pointen sein, die auf Sachkenntnis bauen.

Dem Selbstlacher Scheuba ist entgangen, dass ein Mitglied der Bundesregierung einem Mitglied der Landesregierung über eine weitreichende Finanzentscheidung Mitteilung machen darf, wenn es gleichzeitig vom Visàvis eine Vertraulichkeitserklärung erhält. Also kein Problem. Nicht nur das: Damit wäre die nachfolgende Problemstellung von Marathonverhandlungen sämtlicher Teilnehmer in dieser rechtlich unabhärbaren Finanzsache gleich gar nicht entstanden.

Um beim Namenspatron zu bleiben, das Sprichwort „Oh heiliger Florian schützt' mein Haus, zünd' das nächste an“ wäre nicht zwangsläufig auf öffentlicher Bühne dargestellt worden. Was das alles in Kombination von ORF-Reform und Fotostatistiken in einer Kolumne zu tun hat, wird einem nur dann erschlossen, wenn man Intellekt streng dem Humor unterordnet.

Und dann sollte man sich noch der Frage hingeben, wie Herr Scheuba in seinen Auftrittspausen so viel Zeit zum „Bilderzählen“ erübrigen kann. Sollte er diese Analyse für alle Landes- und Bundespolitiker vorhaben, wird kaum mehr Raum zur Darbietung von Programmen bleiben, zumal ja Politiker öfter wechseln als Kabarettisten. „Der Geist des Erwin weht, wo er will.“ Er weht wenigstens. Aber wo treibt sich Herr Scheubas Geist herum?

Peter Kirchwegger
Pressereferent
Landeshauptmann Erwin Pröll
Landhausplatz 1
3109 St. Pölten



Hanno Lorenz:
Es ist möglich,
sich freiwillig
zu bescheiden.

Foto: Agenda Austria



Cornelia Mayrbäurl:
Zwang und Armut als
Ergebnis.

Foto: Schneider



BETRUG? IN MEINER RELIGION HEISST DAS VERTEILUNGSGERECHTHEIT!

Cartoon: Rudi Klein (www.kleinteile.at)

WAHLEN IN ISRAEL

Minderheitenthema Frieden

Gudrun Harrer

In der zweiten Amtszeit, nach den Midterm-Elections, nach den israelischen Wahlen (gleich wer gewinnt): Wieder einmal steigen die Erwartungen, dass US-Präsident Barack Obama doch noch einmal versucht, was auch Bill Clinton und George W. Bush, wenngleich mit unterschiedlichem Engagement, vor dem Ende ihrer Präsidentschaft probiert haben: Israelis und Palästinenser zu einer Verhandlungslösung zu bringen.

Der Aufstieg von Robert Malley an die Spitze von Obamas Nahostberaterenteam befeuert die Spekulationen. Malley war schon bei den Verhandlungen von Camp David 2000 dabei. Er hat der israelischen Darstellung vom großzügigen Angebot Ehud Baraks und der Ablehnung durch Yassir Arafat – und der Schlussfolgerung, die Israelis hätten keinen Partner für einen Frieden – stets widersprochen.

Angesichts vergangener Verhandlungsrunden will man aber nicht mehr recht an eine neue Chance glauben. Die linksliberale *Haaretz* bringt regelmäßig warnende Stimmen: Das Schicksal des demokratischen Staates Israel werde sich in den besetzten Gebieten entscheiden. Aber die *Haaretz* ist ein Minderheitenprogramm. Wenn Benjamin Netanjahu wieder gewinnt, warum sollte er seine Meinung, ein Palästinenserstaat sei derzeit (?) nicht möglich, ändern? Und wenn die Links-Zentrum-Koalition gewinnt, wird sie zu schwach sein, um einen tragfähigen Konsens in Regierung und Gesellschaft für Palästina zustandezubringen.

KOPFTUCH IN DEUTSCHLAND

Es gehört dazu

Birgit Baumann

Muslimische Lehrerinnen dürfen in Deutschland ab sofort wieder Kopftuch tragen. Das hat das Bundesverfassungsgericht entschieden. Es ist ein richtiges, und es ist ein überfälliges Urteil.

Denn es war nicht zu verstehen, warum ein Kopftuch nicht erlaubt ist, ein Nonnenhabit hingegen schon. Natürlich kann man argumentieren, dass Lehrpersonal überhaupt keine Bekleidung mit Bezug zum Glauben tragen sollte. Aber dann muss das für alle gleichermaßen gelten.

Die Höchststrichter entschieden sich für einen anderen Weg. Sie haben die im Grundgesetz festgelegte Religionsfreiheit gestärkt und das Kopftuch damit ein Stück weiter in die Gesellschaft hereingeholt.

Doch das ist noch längst nicht das Ende der Geschichte. Denn das Gericht urteilte auch, dass es im Einzelfall schon ein Verbot geben könne – dann nämlich, wenn der Schulfrieden durch das Kopftuch einer Lehrerin gestört werde. Man möchte sich gar nicht ausmalen, was da noch auf Deutschland zukommen könnte. Wie tief die Angst vor der angeblichen „Islamisierung“ Deutschlands sitzt, hat die Pegida-Bewegung in den vergangenen Monaten gezeigt.

Es wird wohl neue Auseinandersetzungen geben, und Deutschland wird sie nach diesem Urteil aushalten (müssen). Der Islam gehört mittlerweile zu Deutschland. Und damit gehören auch all die Diskussionen um Kopftücher dazu, egal ob im Gericht oder außerhalb.

EUROKRISE

Der griechische Freund

Thomas Mayer

Der Umgang zwischen Regierungschefs und Spitzen der EU nimmt zuweilen ungewöhnliche Formen an. Trotz unterschiedlicher Weltanschauungen können sich „Krisenabschnittspartnerschaften“ ergeben, die man nicht für möglich hielt. Alexis Tsipras und Jean-Claude Juncker sind das jüngste Beispiel. Fast ein Paradedärchen.

Der Kommissionspräsident, ein Christdemokrat, nennt den griechischen Premier „meinen Freund“. Der radikale Linke bat um Hilfe. Seine Syriza-Partei (mit nicht wenigen Altstalinisten) will in der EU einen neuen Sozialismus durchsetzen. Damit können Juncker Parteifreunde null anfangen. Syriza-Abgeordnete bemühen sich in der Linksfraktion des EU-Parlaments seit langem darum, den „neoliberalen Paten der Steuerhinterzieher“ zu Fall zu bringen.

Man kann also davon ausgehen, dass das Zusammenrücken der beiden wenig mit Sympathie zu tun hat. Dennoch ist es vorbildhaft. Europa kann nur bestehen, wenn es größte innere Spannungen aushält, durchsteht, im Kompromiss überwindet. Ein Zusammenbruch in Griechenland wäre außen- und sicherheitspolitisch ein enormes Risiko – für die EU wie für die Nato. Daher müssen die Euroländer noch einige Extrarunden für Athen drehen, auch wenn ständige Drohungen und Beschimpfungen aus der griechischen Regierung, vor allem gegen Deutschland, langsam unerträglich sind. Vielleicht wird Tsipras ja durch Juncker vernünftiger: Die Deutschen sind Freunde, nicht Feinde.



derStandard.at/Cartoons

Griechische Gegenfinanzierung

Die Steuerreform bringt eine Entlastung, aber woher das Geld kommt, bleibt vage

Alexandra Förderl-Schmid

Diese Steuerreform ist kein großer Wurf, aber die Entlastung fiel mit rund fünf Milliarden Euro doch größer als erwartet aus. Auf der Haben-Seite gibt es ein deutliches Plus für die meisten Steuerzahler. Die kleinen und mittleren Einkommen werden merklich entlastet. Ob das zu deutlich mehr Konsum und damit zur Ankurbelung der Wirtschaft führt, wie von Kanzler und Vizekanzler erwartet, wird sich erst zeigen. Viele haben die Krisenerfahrung schon so internalisiert, dass sie wohl vorsorgen wollen.

Dass der ohnehin schon hohe Spitzensteuersatz auf 55 Prozent ansteigt, wird auf wenig Protest stoßen, denn das trifft nur bis zu 400 Personen, die mehr als eine Million Euro pro Jahr verdienen. Zudem ist die Anhebung auf fünf Jahre befristet. Das bringt auch nur einen bescheidenen Beitrag von 50 Millionen Euro.

Die SPÖ wird es schwer haben, dies aufgrund der kleinen Gruppe von Betroffenen als Reichensteuer zu verkaufen. Denn eine allgemeine Erbschafts- oder Schenkungssteuer konnten die Sozialdemokraten nicht durchsetzen. Der Steuersatz bei Erbschaften und Schenkungen von Grundstücken und Immobilien steigt zwar an – aber nur, wenn der Wert 400.000 Euro übersteigt. Wer Kunstwerke oder Aktien geschenkt bekommt oder erbt, wird nicht zur Kasse gebeten. Auch die Anhebung der Kapitalertragssteuer auf Dividenden und Wertpapiere geht nicht als Reichensteuer durch. Von den ursprünglich veranschlagten zwei Milliarden Euro sind nur 350 Millionen übrig geblieben. Das ist nur ein geringer Beitrag zu mehr Verteilungsgerechtigkeit.

Immerhin – sagt die SPÖ. Sogar der Gewerkschaftsbund stimmt zu. Wir haben Schlimmeres verhindert – sagt die ÖVP. Sogar der Wirtschaftsbund akzeptiert dafür die Registrierkassenpflicht, die – wieder typisch österreichisch – auch mit Ausnahmen versehen ist.

Das Problem der ganzen Steuerreform ist die Soll-Seite. Die Gegenfinanzierung basiert zum Großteil auf vagen Annahmen und dem Prinzip Hoffnung. Ein Maßnahmenpaket gegen Steuerbetrug macht 1,9 Milliarden Euro aus. Die Vorschläge sind aber nicht sehr konkret, wie Betrugsbekämpfung im Bereich Mineralölsteuer und eine modernere IT für die Finanzverwaltung. Noch vager ist die Ankün-

digung, durch sinnvolle Einsparungen in der Verwaltung eine Milliarde Euro zur Gegenfinanzierung beitragen zu wollen. Bei beiden Projekten drängt sich ein Vergleich mit Griechenland auf: Die Griechen werden auch zu Recht gefragt, warum habt ihr das nicht längst gemacht?

Da diese beiden Schritte 2,9 Milliarden Euro einbringen sollen, ist zu befürchten, dass der Entlastung schon bald eine Belastung folgen wird – wenn man nämlich die Gegenfinanzierung nicht hinbekommt. Aufgrund der EU-Vorgaben kann das Budget nicht einfach überschritten werden.

Hinter einer vagen Ankündigung, Bankauskünfte im Zusammenhang mit Abgabenprüfungen durchzuführen, versteckt sich dagegen mehr. Das kommt de facto einer Abschaffung des Bankgeheimnisses gleich. Zu Einschnitten, etwa bei Förderungen, konnte sich die Regierung nicht durchringen. Strukturreformen sind ebenfalls nicht Teil des Pakets – nicht einmal ansatzweise. Herausgekommen ist ein klassischer Kompromiss, der beiden Parteien ermöglicht, ihrer Klientel Erfolge zu verkaufen und Zugeständnisse zu kaschieren. Zu Euphorie oder Superlativen besteht kein Anlass.

KOPF DES TAGES

Famoser Chronist osteuropäischer Umbrüche

Philipp Ther gewann den Leipziger Sachbuchpreis.

Foto: EPA

Die Universität Wien hat gleich doppelten Grund zum Feiern – und beide Male hat es mit Geschichte zu tun: Die Universität begeht ihr 650-Jahr-Jubiläum. Zeitgleich erhielt einer ihrer Professoren, der Osteuropa-Historiker Philipp Ther, einen der wichtigsten Sachbuchpreise des deutschsprachigen Raums: den der Leipziger Buchmesse.

Ausgezeichnet wurde der 47-jährige Ther für seine Studie *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, die in einer faszinierenden Kombination aus Reportage und Analyse die Veränderungsprozesse in Zentral- und Osteuropa nach 1989 rekonstruiert. „Wer die jüngsten Konflikte in Europa verstehen will, sollte diesen Text lesen“, lobte die Jury.

Mit den Ereignissen des Jahres 1989 hat es auch zu tun, dass der in Vorarlberg geborene Ther zu einem der führenden Osteuropa-Historiker werden sollte. Aufgewachsen in Bayern und in Istanbul, erlebte er als Student in Prag zuerst die Demonstrationen gegen das Regime und dann die Wende 1989 hautnah mit und beschloss, ordentlich Tschechisch zu lernen.

Nach dem Master an der Georgetown University in Washington promovierte er an der FU Berlin mit einer

Arbeit über polnische und deutsche Vertriebenengeschichte. Für die Habilitation suchte sich der Historiker, der zahlreiche europäische Sprachen spricht, dann wieder ein ganz neues Thema: Der Hobbyhistoriker analysierte Wechselbeziehungen im Bereich des Operntheaters in Osteuropa im 19. Jahrhundert.

Abgeschlossen wurde dieses ebenfalls preisgekrönte Buchprojekt vor zehn Jahren am Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien. Danach lehrte er für einige Jahre am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz, ehe er 2010 nach Wien berufen wurde, aus seiner größten und ältesten Institut für

osteuropäische Geschichte im deutschsprachigen Raum. Das sei die beste Position, die man in diesem Fach erreichen kann, sagt Ther, zudem sei Wien der ideale Ausgangspunkt für osteuropäische Archivreisen und Kooperationen.

Abgesehen davon fühlt sich der passionierte Radfahrer und Vater zweier Kinder in der Stadt wohl. Das scheint sich auch auf das Bücherschreiben auszuwirken: Bereits Thers Antrittsvorlesung 2011 war der „Transformation Osteuropas nach 1989“ gewidmet. Kaum vier Jahre später ist daraus ein in jeder Hinsicht ausgezeichnetes Buch geworden. Klaus Taschwer

► Fortsetzung von Seite K 1

ten nachweisen, dass die Krankenstandstage in Unternehmen, in denen sich Leute ungerecht behandelt fühlen, zunehmen.“ Zum einen verberge sich dahinter eine tatsächliche psychische oder physische Krankheit, manche würden aber nur blaumachen, weil sie sich denken, dass ihr Einsatz nicht entsprechend geschätzt werde“, sagt Liebig. Die Generation Y zeichne sich hier durch eine noch höhere Sensibilität aus: „Die Jungen wollen das Gefühl haben, gebraucht und eingebunden zu werden. Ist das nicht der Fall, fühlen sich viele ungerecht behandelt.“

Hierarchie, auch in den Gehältern, ist akzeptiert. Die viel wichtigere Frage laute aber, wie viel Ungleichheit im Unternehmen akzeptiert werde. Denn trotz aller Hierarchie: „Je größer die Einkommensungleichheit, umso höhere Ansprüche an ihren Lohn haben die Mitarbeiter“, sagt Liebig.

Vom guten Leben für alle

Wie aber sieht eine gerechte Verteilung in Zahlen aus? Hier setzt unter anderem die „Gemeinwohl-Ökonomie“ (GWO) an. Bei der GWO dreht es sich längst nicht nur um die Einkommensverteilung, Hauptziel ist nachhaltiges Wirtschaften und das „gute Leben für alle“. Verteilungsgerechtigkeit in Einkommen ist dabei natürlich ein wichtiger Indikator. Für eine gerechte Verteilung nach GWO-Modell sprächen aber auch zunehmende Chancenungleichheit und ökologische Auswirkungen des „Immer-Mehr“. Einkommensunterschiede in tausendfacher Höhe könne man nicht mehr mit Leistung rechtfertigen, heißt es in den Empfehlungen.

Für die Verteilung auf dem Lohnzettel heißt das Folgendes: Bei einem laut GWO vorbildlichen Unternehmen mit 20 bis 200 Mitarbeitern soll die Spreizung der Bruttolöhne 1:3 betragen – Führungskräfte dürfen also maximal dreimal mehr als Angestellte verdienen. Als Mindesteinkommen werden für Österreich 1300 Euro genannt. Damit die von Liebig betonte Verfahrensgerechtigkeit gegeben ist, sind außerdem die gemeinsame Festlegung und die Veröffentlichung der Gehälter ein Ziel.

Positive Beispiele gibt es schon, Empfehlungen bezüglich der Gehaltsspreizung haben etwa Sonnentor, Gea/Waldviertler und Gugler Cross Media umgesetzt. Bislang unterstützen über 8000 Unternehmen die GWO.

Gemeinschaft als Wirtschaftstreiber

Kooperation und Kollaboration sollen Antworten auf die steigende Komplexität der Wirtschaft geben. Das Zukunftsinstitut hat in seiner Trendstudie das Wir als treibenden Faktor analysiert.

Gudrun Ostermann

Frankfurt – Teilen, tauschen, gemeinsames Nutzen liegen hoch im Kurs. Talente, Fähigkeiten, Wissen und Dienstleistungen werden schon jetzt gegenseitig zur Verfügung gestellt. Geht es nach den Forschern des Zukunftsinstituts, wird sich dieser Trend zum Teilen, zur Kollaboration noch weiter verstärken. Dadurch könne auch ein neues „Wir“ entstehen. In ihrer aktuellen Trendstudie „Die neue Wir-Kultur – wie Gemeinschaft zum treibenden Faktor einer künftigen Wirtschaft wird“ zeigt das Zukunftsinstitut den Weg dorthin, aber auch, was dieses Gemeinsame für Unternehmensführungen bedeutet.

Schon jetzt werden in Unternehmen immer öfter Türen für Externe geöffnet, gemeinsam mit der Crowd wird nach neuen Ideen gesucht oder diese weiterentwickelt, durch die neuen Kommunikationsmöglichkeiten können Kunden und Geschäftspartner intensiver in die Arbeitsabläufe eingebunden werden. Wenn sich ein Unternehmen aber für mehr Kooperation und Kollaboration mit Kunden, Lieferanten und Partnern entscheidet, muss auch die Kultur im Unternehmen dementsprechend gestaltet werden.

Für Thomas Malone, Professor an der Sloan School of Management des MIT, steht fest, dass in zukünftigen Unternehmen Macht und Kontrolle viel breiter gestreut sein werden, als das heute noch der Fall ist. Erste Anzeichen für diese Entwicklung sieht er vor allem in kleinen Unternehmen der IT-Branche, denn dort seien vom Kollektiv gewählte Chefs und Mitarbeiter, die ihr Gehalt und ihren Urlaub selbst bestimmen, schon heute Realität.

Für diese Gemeinschaftsidee identifizieren die Zukunftsfor-

scher einige wesentliche Treiber. Die technologische Vernetzung hat dafür einen wichtigen Impuls gegeben und wird auch weiterhin die entscheidende Rolle spielen. Enger zusammenzuarbeiten ist für die Zukunftsforscher ein weiterer Treiber und auch eine mögliche Antwort auf die Frage, wie mit der steigenden Komplexität umgegangen werden kann.

Darüber hinaus gilt, so die Zukunftsforscher, Kollaboration schon jetzt als ein Treiber für Innovation. Kollaboration und Kooperation können mittlerweile im Alltag vielfältig genutzt werden – Stichworte dafür: Carsharing, Co-Working-Spaces oder auch Crowdfunding-Plattformen. All diese Möglichkeiten zeigen den Nutzen der Gemeinschaft. Kollaboration besteht den Alltagstest.

In Unternehmen hingegen steckt Kollaboration noch in den

Kinderschuh, die To-do-Liste für Führungskräfte ist lang. So werden zwar neue Lernformate eingeführt, Barcamps organisiert und mit Open Innovation experimentiert. Jedoch mit mäßigem Erfolg, diese Prozesse scheitern häufig an den alten Gewohnheiten. Kollaboration in Unternehmen hat viele Herausforderungen zu bewältigen und braucht eine neue Kultur.

Und diese beginnt bei der Kommunikation, dem Rohstoff der Netzwerkökonomie, so die Zukunftsforscher. Hier schnell auf den Punkt zu kommen sei ein wesentlicher Erfolgsgarant. Aber auch Einfühlungsvermögen gehöre zu den entscheidenden Faktoren. Denn mit je mehr Welten Organisationen bei ihren Kooperationsprojekten in Kontakt kommen, desto mehr brauche es die Fähigkeit zur Ankoppelung an

diese. Vertrauen sei eine weitere, wenn nicht die entscheidende Voraussetzung. Die Vernetzungskraft innerhalb der Organisation zu stärken werde zu einer wichtigen Fähigkeit für Führungskräfte.

Darüber hinaus müssen, so die Zukunftsforscher, Kooperationsgewohnheiten implementiert werden. Dazu sei ein umfassendes Bewusstsein für alle Faktoren nötig, die das Verhalten der Mitarbeiter beeinflussen, und die Weitsicht, auf allen Ebenen etwas verändern zu wollen.

Wir-Konstrukte in traditionell von Konkurrenz geprägten Settings aufzubauen sei nicht einfach und erfordere einen doppelten Fokus: zum einen auf die Weiterentwicklung der Organisation und zum anderen auf die Menschen, die in ihnen arbeiten, lautet das Fazit der Zukunftsforscher.

www.zukunftsinstitut.de



Foto: iStockphoto

In Zukunft werden Macht und Kontrolle in Unternehmen breiter gestreut sein, als dies heute der Fall ist. Dafür braucht es in Unternehmen eine neue Kultur. Kommunikation wird zu einem wichtigen Faktor.

Deloitte.



Die Sparkasse Niederösterreich Mitte West AG ist in der Region eine der führenden Banken. Von Kunden wird die Bank mit langjähriger Erfolgsgeschichte als starker und verlässlicher Partner geschätzt, der Tradition und Zukunftsorientierung kompetent verbindet. Aufgrund einer bevorstehenden Pensionierung sucht die Bank mit Start spätestens ab 1.1.2016 einen

Vorstand Marktfolge (m/w)

Aufgaben

- Verantwortung für alle Bereiche der Marktfolge: Finanzen, Strategisches Risikomanagement, Kreditrisikomanagement, Marktservices, Personal, Organisation und Infrastruktur
- Zusammen mit dem Vorstandskollegen Markt: Unternehmensplanung, Erarbeitung und Umsetzung

- der Unternehmensstrategie sowie Bankensteuerung
- Vorantreiben von Veränderungsprozessen und der damit verbundenen Führungskultur
- Personalführung und -entwicklung
- Repräsentationsaufgaben im Einzugsgebiet

Anforderungen

- Fundierte kfm. Ausbildung, vorzugsweise betriebswirtschaftliches oder juristisches Studium
- Mehrjährige einschlägige Berufserfahrung
- Sehr gutes bankfachliches Know-how, insbesondere im Kreditrisikomanagement
- Gute Kenntnisse in RW und Controlling
- Erfahrung in der Bankensteuerung- und Organisation
- Strategisches, unternehmerisches und wirtschaftliches Denken und Handeln
- Führungskompetenz
- Kunden- und Vertriebsorientierung
- Umsetzungsstärke

Wir wenden uns an erfahrene Führungspersönlichkeiten aus dem Bankenbereich, die umfassende Bankerfahrung, umfangreiches Bankwissen und Erfahrung mit Veränderungsprozessen mitbringen, Verantwortung für die Region übernehmen und die Möglichkeit ergreifen möchten, strategisch, unternehmerisch und gesamtverantwortlich tätig zu sein. Für diese Position wird je nach konkreter Qualifikation und adäquater Berufserfahrung ein Jahresbruttogehalt ab € 130.000,- geboten.

Bitte bewerben Sie sich online unter www.jobs.recruiting-services.at

Unsere Beraterinnen Mag. Giovanna Ferraris und Marie-Therese Praniess, MSc, freuen sich auf Ihre Bewerbung und stehen Ihnen für Fragen gerne telefonisch unter 01/537 00 2637 zur Verfügung.

Deloitte Recruiting Services – Recruiting for Business

Deloitte, Renngasse 1, 1010 Wien

Mit uns finden Sie die richtige Position.

Interview Der Rechtsphilosoph **Peter Koller** erklärt, wie sich die Idee der Gerechtigkeit historisch entwickelte. **A 3**

Literatur Vom Lieben und vom Grauen: **Valerie Fritschs** Suhrkamp-Debüt heißt „Winters Garten“. **A 5**

Architektur Das neue Headquarter der **Europäischen Zentralbank** in Frankfurt gibt sich transparent gläsern. **A 8**



Foto: EPA

Slumbewohner in Delhi: „Zukünftig wird es in allen Staaten Menschen geben, die in das wirtschaftliche System nicht einbezogen sind.“

„Der Kapitalismus braucht nicht jeden“

Der britisch-indische Schriftsteller Rana Dasgupta über sein neues Buch und die Slums von Delhi, die reichsten 20 Prozent, das Kastenwesen und darüber, warum in Indien die Zukunft mehr zählt als die Vergangenheit.

INTERVIEW: Ruth Renée Reif

Indien durchläuft einen gewaltigen Wandlungsprozess. Ein rasantes wirtschaftliches Wachstum katapultierte das Land in die Ränge der zehn größten Wirtschaftsmächte der Welt. Der Schriftsteller Rana Dasgupta kam 2001 nach Delhi und sprach mit Milliardären und Slumbewohnern, Drogenhändlern und Gurus, Unternehmern und Künstlern. In seinem neuen Buch beschreibt er diese ungezügelter menschlichen Energien sowie das bestürzende Elend und vermittelt eine Ahnung von der Zukunft der Welt im 21. Jahrhundert.

STANDARD: Herr Dasgupta, seit seiner wirtschaftlichen Öffnung vor über zwei Jahrzehnten erlebt Indien gigantische Veränderungen. Was entsteht in diesem Land?

Rana Dasgupta: Der Kapitalismus zeigt überall ein anderes Gesicht. In Indien sehen wir ihn derzeit in seiner reinen Form. Er agiert stark und gewaltsam und ohne die Reformen, die er in Europa erfuhr. All die Prozesse wie Vertreibung, Landraub oder Besiedelung, die im 19. Jahrhundert in verschiedenen Gebieten der Welt zu beob-

achten waren, finden hier innerhalb eines Landes statt. Sie müssen mit einer Bevölkerung bewältigt werden, die aus bestens ausgebildeten Menschen und Analphabeten besteht. Die Gegensätze in Indien sind stärker, als ein einziges Land sie aushalten kann.

STANDARD: Wie erklären Sie es sich, dass man in Indien mit solcher Vehemenz den Kapitalismus einführt?

Dasgupta: Die Angehörigen der indischen Mittelklasse haben kein Interesse mehr an sozialistischen Vorstellungen. Aus ihrer Sicht waren die Jahre von 1947 bis 1989 vergeudete Zeit. Das ist natürlich eine falsche Betrachtungsweise. Denn ungeachtet aller Fehler gab es in der sozialistischen Ära bemerkenswerte Errungenschaften. Die werden ausgeblendet. Während der Sozialismus dazu aufforderte, an Arme, Bauern und Arbeiter zu denken, geschieht jetzt geradezu das Gegenteil. Die 700 Millionen Menschen, die in den ländlichen Gebieten

leben, finden nicht einmal Erwähnung.

STANDARD: Ähnlich scheint es all den Millionen Menschen in den städtischen Slums zu ergehen. Sind sie die Verlierer des kapitalistischen Umbruchs?

Dasgupta: Das Problem der Slumbewohner ist ein globales. Zukünftig wird es in allen Staaten Menschen geben, die in das wirtschaftliche System nicht einbezogen sind. Der Kapitalismus braucht einfach nicht jeden auf der Welt. Als typisches Bild für die Ausbeutung in der Dritten Welt werden gewöhnlich minderjährige Arbeiterinnen in einem Textilunternehmen in Bangladesch gezeigt, die unter gefährlichen Bedingungen Kleidungsstücke für den westlichen Markt nähen. Dieses Bild ist längst überholt. Tatsächlich werden diese Menschen gar nicht mehr gebraucht.

STANDARD: Der britisch-kanadische Autor Doug Saunders nennt diese

Stadtgebiete nicht Slums, sondern Ankunftsstädte ...

Dasgupta: In vielen Städten erfüllen die Slums diese Funktion. Die Menschen ziehen vom Land in die Stadt und finden im Slum das familiäre Netzwerk, das es ihnen erlaubt, sich eine Existenz aufzubauen. Die Probleme tauchten auf, als Städte wie Delhi und Bangalore begannen, sich als globale Städte zu verstehen. Sie wollten aussehen wie Singapur. Das hieß, dass es keine Slums mehr geben durfte. Hinzu kamen Grundstückspekulationen mit Slumgebieten. Dadurch entstand dieses grausame Phänomen, dass die Menschen in den Slums kriminalisiert und vertrieben wurden. Sie verloren alle ihre wirtschaftlichen Bindungen an die Stadt. Die Kriminalisierung der Armut ist ebenfalls ein globaler Trend.

STANDARD: Könnten die Religionen dazu beitragen, eine solidarische

Gesellschaft zu schaffen, oder begünstigen sie eher die Spaltung?

Dasgupta: Der Unternehmenssektor wird von Hindus dominiert, und der Hinduismus ist keine soziale Religion. Die Muslime wurden aus vielen Bereichen der Wirtschaft systematisch ausgeschlossen, nicht per Gesetz, aber in der Praxis. Insbesondere für muslimische Männer ist es schwer, die Zulassung zu einer Universität zu bekommen, eine Wohnung zu mieten oder eine Anstellung zu erhalten. Es waren die Hindus, die in diesem wirtschaftlichen Aufbruchprozess der letzten Jahre reich wurden. Unter ihnen herrschen Furcht und Misstrauen gegenüber den Muslimen. Diese Ressentiments sind heute sogar noch stärker.

STANDARD: Ist der Konflikt zwischen Hindus und Muslimen nach wie vor einer der größten inneren Konflikte Indiens?

▷ Fortsetzung auf Seite A 2



▷ Fortsetzung von Seite A 1

Dasgupta: Es ist nicht so, dass man im öffentlichen Leben keine Muslime sieht. Sogar einige indische Staatspräsidenten waren Muslime. Auch zahlreiche Film- und Musikstars bekennen sich zum Islam. Dennoch gibt es wenig direkte Kontakte zwischen Hindus und Muslimen. Es handelt sich um ein typisches Problem von Nationalstaaten, die im 20. Jahrhundert aus Reichen gebildet wurden und die sich mit der Frage konfrontiert fanden, wer zur neuen Nation gehören sollte und wer nicht. Diese Frage wird irgendwie mitgetragen und bricht immer wieder hervor.

STANDARD: Die Teilung von 1947 in ein neues Indien und Pakistan habe die alte gemeinsame Kultur vernichtet, betonen Sie. Wäre die Entwicklung Indiens ohne die Teilung friedvoller verlaufen?

Dasgupta: Ohne die Teilung wäre vieles besser verlaufen. Es hätte nicht diesen gewaltigen Umbruch und dieses Schlachten gegeben mit den ungeheuren Verlusten an Leben und Eigentum. Auch wäre Indien nicht in die pakistanischen Kriege gezwungen worden. Und vor allem hätten wir heute eine indisch-afghanische Grenze und nicht eine pakistanisch-afghanische. Damit hätten wir eine friedlichere Region. Indien ist demokratisch viel stabiler und eine stärkere Gesellschaft als Pakistan.

STANDARD: An der Demokratie Indiens bestehen allerdings Zweifel. Die Schriftstellerin Arundhati Roy zeigt ein nahezu völliges Versagen des demokratischen Systems auf. Ist Indien eine Demokratie?

Dasgupta: Arundhati Roy würde Ihnen in der Tat mit Nein antworten, weil man es nicht eine Demokratie nennen könne, wenn die Menschen zu arm und ungebildet seien, um politische Entscheidungen zu treffen, oder wenn die Informationen, die um den demokratischen Prozess zirkulieren, von Aktiengesellschaften finanziert werden. Ich dagegen betrachte Indien durchaus als eine Demokratie. Denn es unterscheidet sich sehr von Gesellschaften, die keine Demokratien sind. Der alle fünf Jahre wiederkehrende Moment, wenn die Inder zur Wahl gehen, ist jener, in dem die Inder sich tatsächlich als Nation begreifen.

STANDARD: Halten Sie eine Erneuerung des Landes auf demokratischem Weg für möglich?

Dasgupta: Viele hoffen darauf. Die Wahl Narendra Modis zum Ministerpräsidenten erfolgte genau aus diesen Motiven, dass unter ihm ein Rückgang der Korruption zu erwarten ist. Ob sich die Lage der Armen ändern wird, ist schwer abzusehen. Wir stehen hier einer Herausforderung gegenüber, die jeden erschlagen muss. Allein für die, die ins Erwerbsleben eintreten, müsste man pro Jahr 15 Millionen Arbeitsplätze schaffen. Das kann nur durch eine Industrialisierung im großen Maßstab geschehen. Und das wird die ländlichen Gebiete völlig verändern. Über eine lange Zeit werden nur massive Zusammenbrüche traditioneller Strukturen stattfinden.

STANDARD: Abgeschafft ist das Kastensystem. Dennoch scheint es nicht verschwunden zu sein. Spielt es noch eine Rolle oder nicht?

Dasgupta: Wirklich abschaffen kann dieses System nicht. Es ist tief in der Gesellschaft verwurzelt. Beim Heiraten zum Beispiel spielt die Kastenzugehörigkeit eine große Rolle. Auch das politische System ist nach wie vor von diesem Kastensystem geprägt. Der Kapitalismus ist kein neutrales System. Er schafft keinen gleichen Stand für alle Menschen und be-

seitigt auch nicht alle Ideologien. Eher ist es so, dass sich diese Ideologien am Kapitalismus anlagern und durch das Marktsystem neue Wege finden, wieder an die Macht zu gelangen. Beseitigt sind immerhin einige Netzwerke, durch die Angehörige niedrigerer Kasten aus bestimmten Positionen herausgehalten wurden. Die Abschaffung von Kastenprivilegien löste allerdings eine Reihe von Gewaltaktionen aus. Eines der schrecklichsten Verbrechen vor diesem Hintergrund geschah Anfang Juni letzten Jahres in einem Dorf in Uttar Pradesh, als zwei junge Frauen vergewaltigt und an einem Mangobaum erhängt wurden.

STANDARD: Nachrichten über schockierende Sexualverbrechen an indischen Frauen tauchen auch hier im Westen auf. Sind diese Vorkommnisse typisch für eine Gesellschaft im Umbruch?

Dasgupta: Viele dieser Vergewaltigungen sind eher spezifisch für das indische Umfeld. Wenn Sie andererseits Émile Zola lesen, finden Sie in seinen Romanen genau diese Art von Verbrechen. Zola war besessen von den Morden und Vergewaltigungen seiner Zeit, und er sah sie in einem Zusammenhang mit der Industrialisierung. Wenn Menschen aus ländlichen Gesellschaften, in denen jedes Verhalten geregelt ist, in die Stadt ziehen, wo sie unter schwierigen Umständen ihr Überleben meistern müssen, geraten sie mitunter in verzweifelte Situationen. So mögen diese Vergewaltigungen vielleicht einen dunklen Teil in der großen Geschichte der Moderne bilden.

STANDARD: Aber man hat den Eindruck, dass es vorwiegend Männer sind, die mit den neuen Entwicklungen nicht zurechtkommen. Leiden die Männer unter dem Verlust ihrer Rolle als Familienoberhaupt?

Dasgupta: Es ist rätselhaft, worunter diese Männer leiden. Gewiss haben sie von ihren Müttern ein Frauenbild vermittelt bekommen,

das geprägt ist von Mütterlichkeit und einem geschützten Zuhause. Ihre Ehefrauen entsprechen diesem Bild ganz und gar nicht. Und die Männer sind frustriert, dass es ihnen nicht gelingt, für ihre Kinder die Lebensumstände zu schaffen, in denen sie selbst aufwuchsen. Verschärfend kommt hinzu, dass es manchen nicht glückt, in dieser

neuen Ökonomie einen Arbeitsplatz zu finden. Sie fühlen sich abgehängt und hegen Misstrauen gegenüber ihren emanzipierten, berufstätigen Frauen. Viele Gewaltverbrechen geschehen aus dem Motiv heraus, dass Vergeltung geübt werden soll an Frauen, ihnen wird die Lektion erteilt, dass sie eben nicht über sich verfügen sollen.

STANDARD: Wie Sie in Ihrem Buch durchblicken lassen, sind viele Reiche mit ihrem Reichtum nicht wirklich glücklich. Wo liegt die Ursache für diese Unzufriedenheit?

Dasgupta: Manche Reiche haben bestimmt ein schlechtes Gewissen. Denn sie haben ihr Geld auf korrupte Weise verdient. Dann müssen sie mit diesem Geld leben und es ihren Kindern vererben. Die wiederum stellen fest, dass sie nicht nur das Geld geerbt haben, sondern auch die Art, wie es verdient wurde. So kommt Gift in die Familie. Als vor Jahren Reiche und Arme nahe beieinander lebten, fühlten die Reichen sich den Armen verbunden und empfanden auch eine Verpflichtung ihnen gegenüber. Mittlerweile aber isolieren sich die Reichen mehr und mehr. Sie lassen sich Häuser bauen, die völlig unzugänglich sind, schirmen sich mit Sicherheitsleuten ab und leben entkoppelt vom breiten Strom der Gesellschaft. Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, dass sie sich einsam und unglücklich fühlen, denn sie sind tatsächlich isoliert.

STANDARD: Welche Vorbilder haben die Menschen in Indien? Ist Europa ein Vorbild für sie, oder ist es Amerika?

Dasgupta: Europa zählt definitiv nicht zu den Vorbildern Indiens. Amerika dagegen ist nicht bloß ein Ideal, sondern für die Mehrheit der Mittelklasse eine reale Erfahrung.



„Beim Heiraten zum Beispiel spielt die Kastenzugehörigkeit eine große Rolle. Auch das politische System ist nach wie vor von diesem Kastensystem geprägt.“

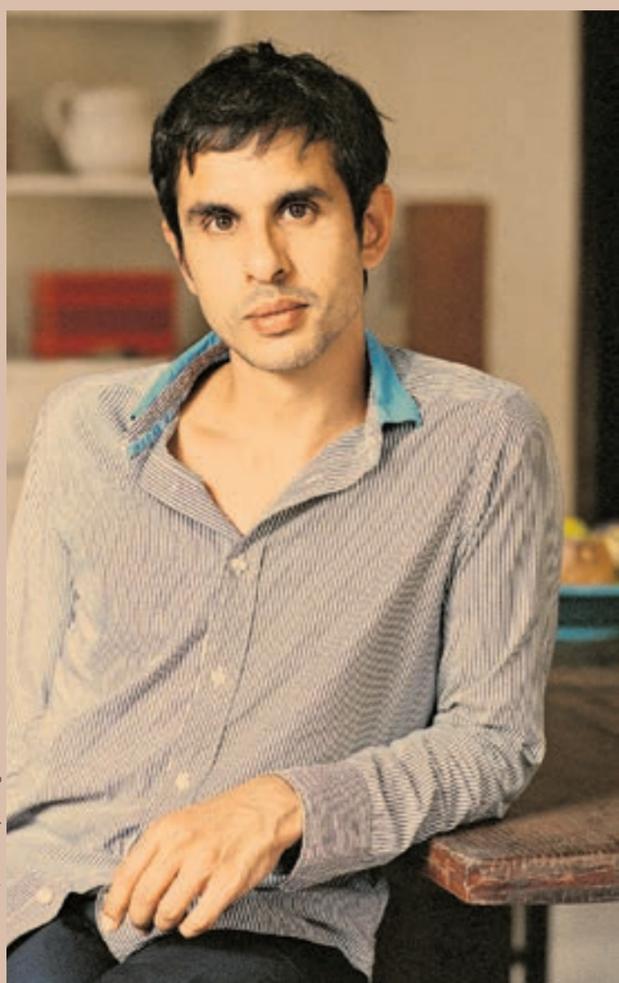


Foto: Nina Subin / Suhrkamp Verlag

Rana Dasgupta: geboren in Großbritannien, lebt heute als Schriftsteller in Delhi.

Indien hat den größten Anteil an ausländischen Studenten in Amerika. Und wenn diese Studenten nach Indien zurückkehren, wollen sie weiterhin amerikanische Produkte kaufen und den amerikanischen Lebensstil fortsetzen. Viele Inder betrachten ihre amerikanischen Jahre als die glücklichste Zeit ihres Lebens.

STANDARD: Und wie steht es um die eigene Geschichte Indiens? Gibt es da Vorbilder?

Dasgupta: Ihr eigenes Land erkennen die Inder zwar als geschichtsträchtigen Ort an. Aber kein Inder im arbeitsfähigen Alter will auf irgendwelche historischen Momente zurückblicken. Für sie zählt nur die Zukunft. Und das macht das Leben so aufregend.

STANDARD: Ist das der Grund dafür, dass Sie entgegen Ihrer ursprünglichen Absicht, nur ein halbes Jahr zu bleiben, bis heute in Delhi leben?

Dasgupta: An Plätzen wie Delhi erfährt man etwas, das in Europa schwer zu bekommen ist: Energie und Optimismus. Das wirkt unheimlich inspirierend. In Europa vermitteln die Menschen den Eindruck, als wüssten sie nicht, was sie beginnen sollen. Sie sind pessimistisch und meinen, die beste Zeit sei die Vergangenheit gewesen. Die Gesellschaft in Delhi dagegen ist sehr jung. Die meisten Bewohner der Stadt sind um die zwanzig. Sie sind begierig, etwas aufzubauen, und gründen Geschäfte, Zeitungen, Kunstgalerien. In diese energiegeladenen Unternehmungen wird man unweigerlich einbezogen.

STANDARD: „Das ist die Zukunft der Welt“, lautet Ihre zusammenfassende Feststellung. An Delhi sehe man die Symptome des globalen 21. Jahrhunderts in ihrer am weitesten fortgeschrittenen Form ...

Dasgupta: Indien ist ein armes Land. Darum ist alles sehr sichtbar. Es kann seine Armut und Ungleichheit nicht verbergen. Aber diese Probleme bleiben nicht auf Indien beschränkt. Die Situation, die ich in Delhi beschreibe, ist die, auf die sich europäische Länder zubewegen. Noch merkt man nicht, wie schnell Ungleichheit und Armut wachsen. Aber der Konsens, dass der Kapitalismus sozialen Zielen zu dienen habe und diese am besten von den Regierungen zu erreichen seien, befindet sich in allen reichen Ländern in Auflösung. Was wir in Delhi sehen, ist ein Symptom des Kapitalismus im 21. Jahrhundert.

STANDARD: Gibt es nach dem Scheitern des Kommunismus noch eine Alternative zum Kapitalismus?

Dasgupta: Was wir 1990 verloren haben, war nicht nur der Kommunismus, sondern die Utopie im Allgemeinen. Dieser nahezu reine Kapitalismus, wie wir ihn jetzt erleben, ist keine Utopie, sondern Realität. Wenn Utopien sterben, kommen immer die Marktprinzipien zum Zuge. Zu ihnen ist schwer eine Opposition aufzubauen, auch wenn es gute Gründe dafür gäbe, wie etwa die Ökologie. Wir haben ein riesiges intellektuelles Vakuum, das vom Tod der Utopien des 19. und 20. Jahrhunderts zurückgelassen wurde.

STANDARD: Könnte der Kapitalismus an der Ökologie scheitern?

Dasgupta: Gegenwärtig ist es so, dass die reichsten zwanzig Prozent ein ansehnliches Monopol auf die Ressourcen des Planeten haben, seien es Land, Wasser oder Bodenschätze. Sie konsumieren weit mehr von diesen Ressourcen als die Ärmsten. Auch wenn diese Ressourcen schwinden, werden sie ihren Lebensstil nicht ändern, sondern weiter versuchen,

ihr Monopol zu verteidigen. In der Vergangenheit führten Klimaveränderungen zu Massenwanderungen. Das ist heute nicht mehr möglich. Wenn die Durchschnittstemperaturen auf der Welt um vier oder fünf Grad ansteigen, muss es eine Migration aus Afrika geben. Die Weiten Russlands könnten ein Ziel für diese Menschen sein. Um dahin zu gelangen, müssten sie allerdings viele Grenzen überwinden, was eine Menge Gewalt mit sich bringen würde.

STANDARD: Wie stellt sich für Sie die zukünftige geopolitische Lage dar? Wird, wenn Amerika an Bedeutung verliert, China an seine Stelle treten?

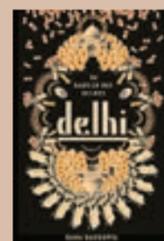
Dasgupta: Ich bezweifle, dass der Status der Supermacht, den Amerika während des letzten Jahrhunderts hatte, von einem anderen Land übernommen werden wird. Weder Indien noch China will eine globale Supermacht sein. Diese Länder besitzen keine universellen Vorstellungen von Politik. Anders als Amerika und Großbritannien, die letzten beiden Supermächte, waren China und Indien ehemals kolonisiert. Daher rührt die Abneigung Indiens, sich in andere Län-

der einzumischen oder zwischen Ländern vermitteln zu wollen. So kann ich mir von Indien nicht vorstellen, dass es Syrien, den Irak oder sonst ein Land bombardiert, nur weil es meint, seine Prinzipien seien verletzt worden. Wahrscheinlicher erscheint es mir, dass wir eine Welt haben werden, die in regionale Mächte aufgeteilt ist. Das könnte eine gute Entwicklung sein. Denn es bedeutet, dass postkoloniale Gesellschaften, die sich derzeit ausgeschlossen fühlen und von Amerika bombardiert werden, künftig einbezogen werden in die globale Geschichte.

STANDARD: Und was wünschen Sie sich für die Zukunft Delhis?

Dasgupta: Ich wünsche mir für Delhi, was ich allen Städten wünsche. Sie sollen ihre Vorstellungen von Erfolg und Wohlstand verwirklichen können, ohne dass dies Menschen ausschließt oder sich gar zerstörerisch auf ihr Leben auswirkt. Eine gute Stadt ist für mich eine, in der man mit wenig Geld gut leben kann. Paris im 19. Jahrhundert war eine solche. Daraus entstand eine beeindruckende Kultur. Wenn man nur wenig Geld zum Leben benötigt, kann man sich der Kunst und der Literatur zuwenden. Ich hoffe, dass es gelingt, neue Ideen vom städtischen Leben und einem Wohlstand für viele zu entwickeln.

Rana Dasgupta, geb. 1971 im englischen Canterbury, studierte in Oxford, Aix-en-Provence und an der University of Wisconsin-Madison. Seit 2001 lebt er als Schriftsteller in Delhi. In deutscher Sprache erschienen von ihm der Erzählband „Die geschenkte Nacht“ (2006), der Roman „Solo“ (2010) und zuletzt das Stadtporträt „Delhi. Im Rausch des Geldes“ (Suhrkamp-Verlag, Berlin 2014).



Ruth Renée Reif, geb. 1959 in Wien, studierte Theaterwissenschaft und Kunstgeschichte an der Uni Wien. Seit ihrer Promotion 1987 arbeitet sie als freie Journalistin. Foto: privat

ALBUM
Mag. Christoph Winder (Redaktionsleitung)
E-Mail: album@derStandard.at

„Das Glück in Kooperation schmieden“

Von Aristoteles bis Finanzkrise: Rechtsphilosoph Peter Koller erklärt, wie sich die Idee der Gerechtigkeit im Lauf der Geschichte entwickelte und transformierte.

INTERVIEW: Alois Pumhösel

STANDARD: *Woher kommt das Bedürfnis nach Gerechtigkeit? Liegt es in der Natur des Menschen, oder ist es eine kulturelle Leistung?*

Peter Koller: Wahrscheinlich ist es beides. Man findet auch bei Naturvölkern immer Vorstellungen vom fairen Tauschen oder Teilen. Es scheint eine anthropologische Konstante zu sein. Sie ist aber auch in hohem Maße kulturell geprägt. Gerechtigkeit hat etwa sehr viel mit sprachliche Kommunikation zu tun. Wir geraten immer wieder in die Lage, unser Handeln anderen gegenüber rechtfertigen zu müssen. Wenn diese Kommunikation friedlich ablaufen soll, müssen die vorgebrachten Gründe auch von anderen akzeptiert werden können. Sie müssen eine unparteiische Perspektive widerspiegeln. Es ist eine Voraussetzung jeder Moral, dass man zu einer gewissen Empathie fähig ist. Wir bringen das schon den Kindern bei, wenn wir sagen: Versetz dich in die Lage des anderen.

STANDARD: *Welche Gerechtigkeitsvorstellungen sind verhandelbar, und welche blieben im Lauf der Geschichte immer gleich?*

Koller: Moral- und Gerechtigkeitsvorstellungen wandeln sich im Lauf der Zeit. Gewisse Konstanten lassen sich feststellen, was die überlieferte Tradition seit der Antike betrifft. Aristoteles hat eine Reihe von Prinzipien herausgeschält, mit denen wir noch immer etwas anfangen können: eine allgemeine Gerechtigkeit, die darauf hinausläuft, dass wir andere nach gleichen Regeln behandeln sollen, und besondere Arten von Gerechtigkeit, wie die Verteilungsgerechtigkeit, die Tauschgerechtigkeit und die korrektive Gerechtigkeit, also die Berichtigung von Unrecht. Diese Einteilung ist in der akademischen Philosophie noch einigermaßen Standard. Das Alltagsdenken selbst wurde nicht wesentlich durch die Philosophie geprägt. Es sind Vorstellungen, die seit der Antike über verschiedene Zivilisationen wie die Römer oder die Mittelalterkultur bis ins Heute transportiert wurden.

STANDARD: *Wie hat sich die Idee von Gerechtigkeit von der Antike ins Mittelalter gewandelt?*

Koller: Die griechische Philosophie wurde von den Philosophen der mittelalterlichen Hochscholastik wie Albertus Magnus oder Thomas von Aquin aufgenommen. Sie haben sich die Grundzüge der aristotelischen Philosophie zu eigen gemacht, sie weiter aus-



Foto: Lea Titz; Jochen Höller; Courtesy Galerie Mario Mauroner; Contemporary Art Salzburg-Vienna

Für das Text-Objekt „Friedrich August von Hayek – Prices and Production“ verwob Künstler Jochen Höller Sätze aus dem Werk des 1899 in Wien geborenen Ökonomen. Die Texte dieses Vertreters der Österreichischen Schule der Nationalökonomie hatten enormen Einfluss auf die Wirtschaftswissenschaften, wofür Hayek auch 1974 gemeinsam mit Gunnar Myrdal mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde. Sein Werk überschritt Büchergrenzen und gehört zu den Grundlagentexten des Liberalismus.

gearbeitet und an die neue sozioökonomische Situation der mittelalterlichen Gesellschaft angepasst. Das politische Denken von Aristoteles war sehr stark auf die Polis, den griechischen Stadtstaat, konzentriert, während die mittelalterlichen Denker schon einen wesentlich breiteren Horizont ins Auge fassten – insbesondere was das wirtschaftliche Handeln betrifft. Man kann sogar sagen, dass sie eine Theorie einer Marktgerechtigkeit entwickelt haben. Verteilungsgerechtigkeit war dabei allerdings noch kein Thema.

STANDARD: *Der Aufstieg des Bürgertums in der Neuzeit brachte fundamentale Veränderungen.*

Koller: Gerechtigkeits-theorien, die die Gesamtverfassung einer Gesellschaft im Auge haben, werden seit der frühen Neuzeit entwickelt. Es setzte eine unglaubliche Konjunktur von Theorien des Gesellschaftsvertrags ein. Langsam taucht auch die Idee der Verteilungsgerechtigkeit auf. Mit der Idee, dass alle Mitglieder einer Gesellschaft die Regeln ihres Zusammenlebens in einem anfänglichen Zustand von Freiheit und Gleichheit beschließen, kommt die distributive Gerechtigkeit langsam ins Spiel. Je mehr die Gesellschaft als zusammenhängendes und gemeinsames Gebilde der Daseinsbewältigung gesehen wird, desto stärker wird der Gedanke. Bis er dann im 19. Jahrhundert mit der

Idee der sozialen Gerechtigkeit in den Vordergrund tritt.

STANDARD: *Die Industrialisierung brachte neue soziale Bewegungen, die für Gerechtigkeit kämpften.*

Koller: In der Tat glaube ich, dass der soziale Wandel eine wesentliche Rolle spielt. Es wird auch in den akademischen Theorien der sozialen Gerechtigkeit übersehen, welche Rolle die Gesellschaftsvorstellung hat, also die Auffassung, was eine Gesellschaft eigentlich ist. Die frühneuzeitlichen Gerechtigkeits-theorien gehen von einem mehr oder minder atomistischen Modell der Gesellschaft aus. Sie wird als Aggregat vieler selbstständiger Personen gedacht. Man stellte sich die Gesellschaft ähnlich einem Markt vor, wo selbstverantwortliche Privatpersonen zusammen-treffen und etwa Tauschgeschäfte machen. Die Industrialisierung hat ins Bewusstsein gebracht, wie stark die Menschen durch die arbeitsteilige Kooperation voneinander abhängig sind. Man kann nicht mehr sagen, dass jede Person ihres Glückes Schmied ist, sondern dass Glück von allen in Kooperation geschmiedet wird.

STANDARD: *Welchen Einfluss hatten die Theorien von Karl Marx auf den Gerechtigkeitsbegriff?*

Koller: Im 19. Jahrhundert hat der Anarchist Pierre-Joseph Proudhon den Begriff der sozialen Gerechtigkeit vorgeprägt, was allerdings noch wenig Resonanz gefunden hat. Marx hat von ihm einiges abgekupfert. Ein schönes Beispiel für die veränderte Gesellschaftsauffassung gegenüber den Denkern der Aufklärung ist das Kommunistische Manifest, das den Skandal der kapitalistischen Gesellschaft darin sieht, dass die Produktion gemeinschaftlich ist, und die Aneignung des Nutzens privat. Die Marx'sche Vorstellung, dass jedes Mitglied freiwillig zur

Produktion nach seinen Fähigkeiten beiträgt und nach seinen Bedürfnissen nehmen kann, hat sich als unrealistisch erwiesen. Ein Erbe der marxistischen Tradition ist aber, dass man Gesellschaften als ganze sozioökonomische Ordnungen und zusammenfassende Systeme betrachtet.

STANDARD: *Welche Umdeutung erfuhr die soziale Gerechtigkeit im 20. Jahrhundert?*

Koller: Sehr viele Reformen der Zwischenkriegszeit sind im Namen der sozialen Gerechtigkeit durchgeführt worden. Soziale Gerechtigkeit hatte sehr stark die Deutung von mehr Chancengleichheit bekommen. Auch die Politik des Roten Wien wurde mit

der Parole der sozialen Gerechtigkeit gerechtfertigt. In der Nachkriegszeit ist das wieder stark angekommen. Überraschend ist, dass sich zuerst die damaligen Liberalen, besonders in Deutschland, dieses Begriffs bedient haben, um eine faire Regelung der Marktwirtschaft zu begründen. Man hat soziale Gerechtigkeit in den vergangenen Jahrzehnten sehr stark in sozioökonomischen Begriffen gedacht und vergessen, dass die Gestaltung der bürgerlichen und politischen Freiheiten auch ein wesentlicher Teil davon ist. Das sehen wir heute: Die Ungleichheiten, die sich entwickelt haben, haben zur Folge, dass die demokratischen Regeln ausgehebelt werden. Die Vermögenden haben einen derartigen Einfluss auf das politische Geschehen gewonnen, dass damit die Demokratie ausgehöhlt wird.

STANDARD: *Mit der Bankenkrise hört man den Gedanken von Marx wieder oft: Die Verluste werden sozialisiert, die Gewinne privatisiert.*

Koller: Das ist das Hauptproblem eines kapitalistischen Systems. Wenn es der Politik nicht gelingt, die Ungleichheiten in den Griff zu bekommen, wird die Machtkonzentration der Vermögenden die politische Ordnung zunehmend aus den Angeln haben. Man kann diese beiden interagierenden Sphären, die politische und die ökonomische Ordnung, nicht voneinander trennen. Ökonomische Macht übersetzt sich schnell in politische Macht und macht die demokratische Gleichheit zunichte. Das ist ein schleicher Prozess, der in den vergangenen Jahrzehnten an Fahrt gewonnen hat. Es gibt keinen Anhaltspunkt, wonach die immer größer werdenden Ungleichheiten mit irgendeinem plausiblen Argument gerechtfertigt werden könnten. In den einzelnen Nationalstaaten ist wegen des Standortwettbewerbs wenig zu machen. Wenn wir die Millionäre besteuern, flüchten sie in Steueroasen. Wir brauchen dafür starke Institutionen auf internationaler Ebene.



Peter Koller (67) ist Professor für Rechtsphilosophie, Rechtstheorie und Rechtssoziologie an der Karl-Franzens-Universität Graz. Seine Forschungsbereiche umfassen politische Theorie, Moralphilosophie, Rechtstheorie, Fragen der sozialen Gerechtigkeit bis hin zu rechtlicher Bewältigung ökologischer Probleme.

Foto: privat



DA MUSS MAN DURCH

Die Krisenkolumne

Von Christoph Winder

Beschnackselbares Kärnten.

Lustvolle Auswege aus der Finanzkrise.

Zwei Megatrends der 2010er stehen jetzt schon fest: Drinnen wird häufiger gefacebookt, draußen häufiger kopuliert. Facebook ist ja deshalb solch ein Erfolg, weil es einem erlaubt, mit „Freunden“, die man weder kennt noch braucht, „sozial“ zu verkehren, ohne bei jedem Sauwetter ins Freie zu müssen.

Im Aufwärtstrend ist aber auch der aushäusige GV, möglicherweise als Ausgleich für die ver-

mehrte Stubenhockerei. Ein besonders markanter Fall von Freiluftsex hat diese Woche die internationalen Medien aufhecheln lassen: Im Internet – wo sonst – ist ein Video aufgetaucht, in dem das russische Pornostarlet „Aurita“ (23) vor den ägyptischen Pyramiden schweinigelt. Die Ägypter fanden's nicht lustig. Ihnen sind die Pyramiden an sich spitz genug.

Aber so ist das nun einmal: Die Leute stehen einfach darauf, vor berühmten Bauwerken zu kopulieren, wurscht ob vor dem Petersdom, dem Pentagon oder dem Hypo-Hauptquartier in Klagenfurt. Hernach wird die Dokumentation auf Youporn hochgeladen, um alle neidisch zu ma-

chen, die es sich nicht leisten können, anderswo als zu Hause in ihrer öden Kiste herumzukoitieren. Das Ganze ist zum Volkssport geworden. Die französischen Flics verbringen die Hälfte ihrer Arbeitszeit damit, Nackerte vom Eiffelturm herunterzuschleichen, während die britischen Bobbys kaum mehr damit nachkommen, den Buckingham Palace rammelfrei zu halten.

Hier ein Vorschlag des stets konstruktiven Krisenkolumnisten: Auch Österreich sollte sich diesem obszönen Freizeittrend anschließen und mit seinen pittoresken Kopulationskulissen zur Kasse bitten. Selbstverständlich muss das Angebot gut gestaffelt sein. Ein GV auf einem Acker

in Hinterstoder kommt billig, für einen GV im Musikvereinsaal muss man tief in die Tasche greifen – vor allem während des Neujahrskonzerts.

Für unser südliches Problem-bundesland schlage ich die Werbelinie „Beschnackselbares Kärnten“ vor: Ausgreifen in Griffen, biologisch-dynamisches Gedenkschmaucheln im gamsigen Gurk, feuchte Wohlfühl-Wochenende auf dem Bauernhof der Gebrüder Scheuch. Sex vor dem Lindwurm gibt's um 250 Euro, Sex mit dem Lindwurm nur gegen Aufpreis. Geld können die Kärntner derzeit gut gebrauchen, und auf die Art kommt etwas zusammen. Und das Beste: lustvoll noch dazu!

Die Notwendigkeit, das Schlimmste zu verhindern

Wohin strebt der untote Homo oeconomicus? Zwei Stars der Kapitalismuskritik debattieren über die Zukunft eines Systems.

Christoph Winder

In Gespenst geht um in diesem Buch: der Zombie. Der Zombie ist untot, ernährt sich von Menschenfleisch und dient Tomáš Sedláček und David Graeber, zwei „Stars der Kapitalismuskritik“, als Symbolfigur für denselben. Denn Zombies sind, wie der Kapitalismus, hocheffizient (Liebhäber von Zombiefilmen können ein Lied davon singen, wie gekannt sich Zombies durch frische Menschenleiber fressen). Mitfühlend sind sie nicht. Zombies kennen nur das Fressen, keine Moral, und wenn es ums Fressen geht, gehen sie über Leichen.

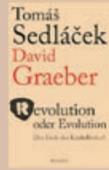
Tomáš Sedláček, Chefökonom der größten tschechischen Bank, hat 2011 mit *Die Ökonomie von Gut und Böse* einen internationalen Bestseller geschrieben; der US-Ethnologe David Graeber hat sich als Autor von *Schulden: Die ersten 5000 Jahre* sowie als einer der Initiatoren der Protestbewegung „Occupy Wall Street“ einen Namen gemacht. In ihrem buchlangen Zwiegespräch – Moderator ist der tschechische Journalist Roman Chlupý – geht es um die Frage, was das Wesen des „Zombies“, sprich des Kapitalismus, gegenüber ausmache und welche Zukunft man für ihn anstreben sollte bzw. zu erwarten habe.

Einig sind sich die beiden in der Diagnose, dass die neoliberale Glaubensformel, wonach sich alles zum Guten wenden werde, wenn man nur die Märkte und den Homo oeconomicus sich selbst überlässt, obsolet ist. Diese „religöse Deutung“ zerschellt an finanziellen Megakrisen wie jener der Jahre 2008 ff., der zunehmenden

sozialen Ungleichheit und einer tendenziell menscheitsgefährdenden Umwelterstörung, welche Kapitalismuskritik zu einer Notwendigkeit mache, um „das Schlimmste zu verhindern“.

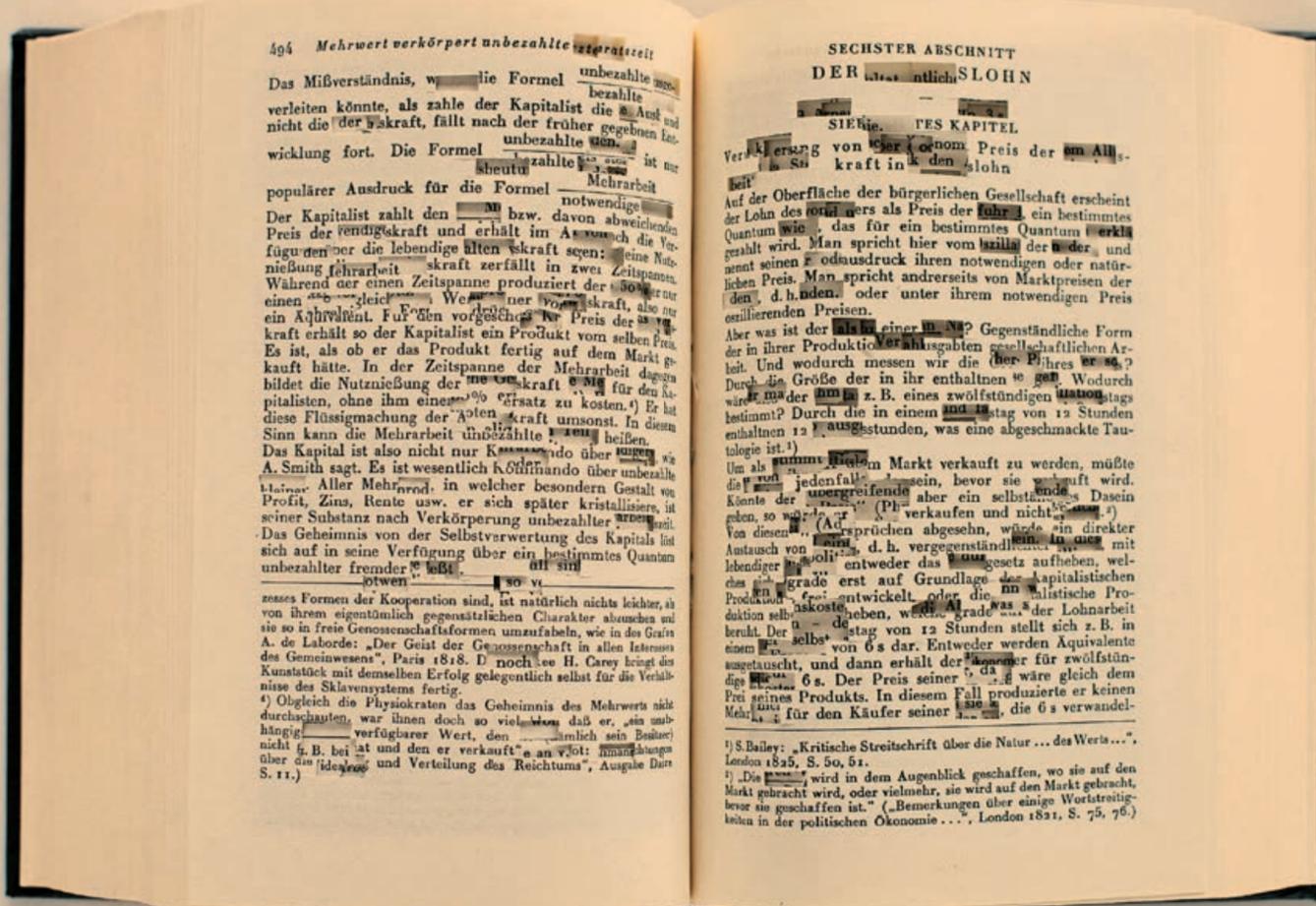
Dennoch ist es ein Charakteristikum des Buches, dass weder Sedláček noch Graeber rabiate Systemkritiker sind – beide konzedieren mühelos, dass der Kapitalismus Hunderttausende aus der Armut geholt hat –, wohl aber radikale, zu den Wurzeln gehende. Sie machen sich sehr grundlegenden Gedanken zu archaischen Begriffen wie „Schuld“ oder „Zins“ und warnen davor, unbedacht an diesen „alten Dingen“, die es lange vor den Wirtschaftswissenschaften gab, herumzudrehen.

Im Prinzip geht es beiden darum, andere menschliche Komponenten in ein neoliberales Denksystem einzuführen als ein bloßes Nützlichkeits- und Bereicherungsstreben: Mitgefühl, ein kollektives Wollen von Nachhaltigkeit, den Drang, auch andere Werte zu leben als bloß ökonomische. Sedláček setzt auf eine „evolutionäre“, Graeber auf eine umwälzende Umgestaltung des Kapitalismus: Die beiden wirken aber weniger voneinander entfernt, als es der Titel dieses anregenden Buches glauben machen will.



Tomáš Sedláček, David Graeber, „Revolution oder Evolution. Das Ende des Kapitalismus?“. Aus dem Engl. von Hans Freundl. € 12,- / 144 Seiten. Hanser-Verlag, München 2015

Foto: Lea The; Jochen Höller; Courtesy Galerie Mario Mauroner Contemporary Art Salzburg/Wien



Ein künstlerischer Steinbruch: Jochen Höller meißeelte aus Karl Marx' „Das Kapital“ die ganze „Arbeit“, die drinsteckte, und das „Geld“, um das es ging, heraus und verglich die Mengen. Ist mehr denn zwangsläufig mehr wert als weniger?

Das Geld der Alten

Die ungerechte Frage der Zukunft lautet: Bist du Erbe?

Mia Eidhuber

Eine Zahl mit zehn Nullen: 250 Milliarden Euro. Das ist die geschätzte Summe, die allein in Deutschland Jahr für Jahr vererbt werden wird. Auf diese gigantische Zahl stößt uns das neue Buch der deutschen Journalistin und Sachbuchautorin Julia Friedrichs. Und sie beschreibt damit nicht nur ein Phänomen, das unsere Gesellschaft nachhaltig prägen oder besser gesagt einholen wird, sondern auch ein Thema, über das kaum jemand, der davon betroffen ist, spricht – zumindest in der Öffentlichkeit: Erbschaft und Erben.

Gewissermaßen wacherüttelt durch persönliche Beobachtungen im eigenen Umfeld – warum sich mittelalte Leute plötzlich Wohnungen um eine halbe Million Euro leisten können und andere eben nicht –, nimmt die Autorin, Jahrgang 1979, die interessierte Leserschaft an der Hand und führt sie von Fall zu Fall. Denn Julia Friedrichs stützt sich nicht nur auf ihr sorgfältig zusammengetrages Datenmaterial, sondern sie tut das, was nach kaum jemand in dieser Intensität gemacht hat: Sie spricht mit den Erben selbst.

Denn, so die harte These von Friedrichs, in Zukunft wird die Antwort auf die Frage „Bist du Erbe oder nicht?“ ganz entscheidend dafür sein, wie du zu leben

wirst. Friedrichs hat nach etlichen Absagen ein erstaunlich breites Panoptikum der Erben-gesellschaft für ihr interessantes Buch zusammengetragen, das erstaunlich gut darüber Auskunft gibt, was dieses Erbe mit Menschen macht, was das Geld der Eltern den Erbenden ermöglicht – wie hoch manchmal der Preis dafür sein kann und wer daran gut mitverdient. Und: Sie skizziert immer wieder sehr bildlich, wie eine europäische Gesellschaft ausschauen könnte und sehr wahrscheinlich wird, deren Wohlstand sie eher lähmt als vorantreibt. Wer seinen Thomas Piketty (*Das Kapital im 21. Jahrhundert*) noch nicht gelesen hat, der bekommt ihn und seine U-Kurve bei Friedrichs quasi mit einer Menge an sehr plastischen Beispielen nachgeliefert und die immer wiederkehrende Frage, warum Erbe in Deutschland (und auch in Österreich) so begünstigt ist und Arbeit so belastet – und warum es über diese Form der Ungleichheit aber trotzdem – noch – kaum Debatten gibt.



Julia Friedrichs, „Wir Erben. Was Geld mit Menschen macht“. € 20,60 / 318 Seiten. Berlin-Verlag, 2015

Alexandra Förderl-Schmid

Die USA sind das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Mitnichten meint der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz und führt anhand vieler Beispiele aus, wie sehr die Ungleichheit in seinem Heimatland zugenommen hat. Seiner Ansicht nach hat die Ungleichverteilung ein besorgniserregendes Ausmaß angenommen und ist vergleichbar mit der Situation vor der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre. 93 Prozent der Einkommenszuwächse, die zwischen 2009 und 2010 dort erzielt wurden, fielen dem einen Prozent der Amerikaner mit dem höchsten Einkommen zu, rechnet Stiglitz aus. 99 Prozent gingen somit leer aus oder hätten es noch schwerer.

Das Vermögen sei noch ungleich verteilt, schreibt Stiglitz und liefert dafür konkrete Zahlen. Von Wachstumseffekten profitierten weder ärmere Schichten noch die sogenannte Mittelklasse. Der an der Columbia University lehrende Ökonom sieht deshalb die Trickle-down-Theorie diskredi-

tiert. Es gebe keinen Beweis dafür, dass Reichtum gleichsam von oben nach unten durchsickere. Vielmehr geschehen die Vermögenszuwächse der Reichen auf Kosten der Armen.

Schuld an diesem immer stärkeren Auseinanderdriften in den USA ist nach Ansicht des Ökonomen die Politik. Sie befördere hemmungsloses „Rent-Seeking“. Darunter versteht Stiglitz Aktivitäten, die nicht dazu dienen, sich Wohlstand durch Produktivität zu sichern, sondern die einzig und allein der Wegnahme des Wohlstandes anderer gelten.

Dies kann in verschiedenen Formen geschehen: „Einmal geht es um verdeckte und offene staatliche Transferzahlungen und Subventionen, ein andermal um Gesetze, die den Wettbewerb auf Märkten einschränken, dann wieder werden bestehende wettbewerbsrechtliche Normen nachlässig durchgesetzt“, schreibt Stiglitz. Es könnten auch Verbraucher unfair

ausgenutzt werden. Monopole begünstigen diese Entwicklung. Starkes Lobbying trägt dazu bei, dass sich an diesen profitablen Situationen für einige wenige nichts ändere, meint Stiglitz, der als einer der Helden der Antiglobalisierungskritiker gilt. Als Antikapitalist kann er aber nicht bezeichnet werden, denn an die positiven Kräfte des Marktes glaubt der ehemalige Chefvolkswirt der Weltbank.

Die Politik müsse nur mehr tun, um Rahmenbedingungen zu setzen, so seine Forderung. Dies gelte insbesondere für den Finanzsektor. Stiglitz verlangt eine schärfere Bankenregulierung und strengere Regeln für die Vergabe von Krediten, die er als Hauptursache für den Ausbruch der Finanzkrise 2008 sieht.

Stiglitz hat sich in seinem neuesten Buch vor allem auf die Situation in seinem Heimatland konzentriert. Das wird vor allem deutlich, wenn er sehr ausführlich die Notwendigkeit, eine Krankenver-



sicherung für alle einzuführen, analysiert. Den nicht für alle gegebenen Zugang zu Bildung kritisiert er ebenso. Europa preist er in diesem Zusammenhang als Vorbild an.

Vom Lieben und vom Grauen

Nichts Geringeres als der Weltuntergang steht in Valerie Fritschs Debüt „Winters Garten“ bevor.

Josef Bichler

Öfters schon hatte Anton jene Menschen gesehen, die hinter den Fenstern mit den Händen über ihre Habseligkeiten strichen, erwacht aus der Lähmung der Tage sich fahrig einen Hut aufsetzten, verstohlen aus der Tür traten und sich auf der Straße wie zufällig zu einer Menge zusammenfanden, die auf das gleiche Ziel zuging. Sie schossen einander mit den Waffen, die sie an den Bahnhofshallen gekauft hatten, in die Schädel und in die Herzen.“ Die Stadt, in der Anton Winter, der 42-jährige Vogelzüchter und Protagonist in Valerie Fritschs Suhrkamp-Debüt *Winters Garten*, die unerhörten Geschehnisse beobachtet, befindet sich im Ausnahmezustand. Seit unbestimmter Zeit wird sie von Natur- und anderen Gewalten heimge-

sucht. Nichts Geringeres als der Weltuntergang steht bevor. Dieses eine Mal findet die angekündigte Katastrophe tatsächlich statt: das große Verstummen wird mit den verzweifelten Exzessen des Liebens und des Tötens nicht abzuwenden sein. „Es ist leise geworden in unserer Stadt, entsetzlich leise, und die Menschen so dünn. An ihnen erkennt man, dass es zu Ende geht. Den einsamsten aller Planeten hat mein Großvater die Erde genannt, weil hier jeder für sich allein kämpft und jeder für etwas stirbt, für das man so gerne leben würde.“

Die Eindringlichkeit, mit der Valerie Fritsch eine sich nach der apokalyptischen Vorhut in Auflösung befindende Gesellschaft beschreibt, ist fraglos beklommend und doch sternenfarn der dystopischen Genreliteratur. Anton wird den vermeintlich elyisch anmutenden Garten, in dem er aufwächst, früh verlassen und – wie jeder verstand- und herzbegabte Mensch – schlussendlich erkennen, dass man sich nicht entkommt. „Die Kindheit erschien ihm jetzt als ein Ort, an dem man später groß sein möchte, um endlich für nichts mehr zu klein zu sein, und gleichzeitig als einer, vor dem man sich sein Leben lang retten muss.“ Als sein Vater stirbt, wird der Sohn eines eigenbrütlerischen Geigenbauers und einer Mutter, die die Notwendigkeiten dieser Welt erkannt und angenommen hatte“, zum ersten Mal nach langem in den Garten zurückkehren und keine Worte haben. Später, bei seiner endgültigen Rückkehr, wird Anton zu Leander, seinem unvermisst wiedergefundenen Bruder, sagen: „Es ist traurig, wenn der Tod das größere Spektakel ist als das Leben. Und man sich erst dann findet.“

Schon in Valerie Fritschs Debütroman *Die VerkörperungEN* (Leykam 2011) gibt sich die Lebens- und Sterbenskatastrophe eher beiläufig, wenn etwa der Gedichte schreibende Bordellbesitzer Monsieur Candisi feststellt, dass sich das Unglück einem selbst unglücklicherweise immer besonders literarisch verkaufe. Aber anders als in den *VerkörperungEN* umkreist *Winters Garten* nicht die sogenannte (ver)käufliche Liebe, sondern deren gemeinhin vermutetes Gegenteil. „Nur Wochen bevor die Welt untergehen würde“, verliebt sich Anton Winter „das erste Mal in zweiundvierzig Jahren unsterblich“, nämlich in Frederike, deren Anwesenheit „an den Nervenenden begonnen und im Verstand nicht aufgehört“ hat. „Dass ich einmal nicht mehr allein leben würde, hätte ich nie für möglich gehalten, weißt du. Dass wir uns begegnet sind und du am meiner Hand mit mir nach Hause

gegangen bist, ohne ein Wort und ohne sie je loszulassen. Ich kann es nicht glauben, aber ich würde mich gerne daran gewöhnen.“

Frederike, die früher zur Seefuhr, arbeitet als freiwillige Helferin im Gebärhaus der Stadt. Als Marta in Frederikes Beisein ein Kind zur Welt bringt, wissen beide noch nicht, dass ihre Männer Brüder sind und sie bald zu fünf die Stadt verlassen und im längst verwaisten Garten eine letzte Zuflucht suchen würden. „Seit Wochen stand sie am Tag viele Stunden gebeugt oder nachts mit einem Säugling im Arm in der Dunkelheit am Fenster, wiegte sich und das Kind hin und her und starrte hinaus in die Stadt. Fasziniert von dem, was die Erde auseinanderreißt, und dem, was sie zusammenhält: dem Lieben und dem Grauen.“

Die Sprache, mit der Valerie Fritsch von jenem Riss, der durch die Welt und jeden Einzelnen geht, erzählt, ist von einer betörenden Schönheit, wie man sie in der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur lange schon nicht mehr vorgefunden hat. Sie zeichnet sich durch eine schonungslose Zärtlichkeit aus und nicht zuletzt



Suhrkamp-Autorin Valerie Fritsch. Foto: privat

durch jene Genauigkeit, deren es so dringend bedarf, wenn man nicht Gefahr laufen will, mit ein, zwei falschen Bildern, ein paar misslungenen Sätzen einen ganzen Text zu bringen. Auch die grobschlächtigsten Falsifikationen des Betriebs werden gegen diesen Roman nichts ausrichten; seine vorbeugende Beweissführung besorgt er textimmanent. Wenn also – und nichts anderes ist zu erwarten, falls die deutschsprachige Literaturkritik ihren Restverstand noch nicht zur Gänze verpfändet hat – *Winters Garten* breitflächig als große Entdeckung gefeiert und mit den handelsüblichen Superlativen versehen werden wird, gilt es daran zu erinnern, dass die 25-jährige Autorin nicht aus dem literarischen Niemandsland kommt, sondern mit *Die VerkörperungEN* oder etwa auch dem Band *Die Welt ist meine Innerei* (Septime 2012) bereits ehedem mehrere Arbeiten vorgelegt hat, die längst zu entdecken gewesen wären und es nach wie vor sind, leisten sie doch allesamt, was neben der Liebe einzig ganz große Kunst zu leisten vermag: dass sie an den Nervenenden beginnt und im Verstand nicht aufhört.

Frederike, die früher zur Seefuhr, arbeitet als freiwillige Helferin im Gebärhaus der Stadt. Als Marta in Frederikes Beisein ein Kind zur Welt bringt, wissen beide noch nicht, dass ihre Männer Brüder sind und sie bald zu fünf die Stadt verlassen und im längst verwaisten Garten eine letzte Zuflucht suchen würden. „Seit Wochen stand sie am Tag viele Stunden gebeugt oder nachts mit einem Säugling im Arm in der Dunkelheit am Fenster, wiegte sich und das Kind hin und her und starrte hinaus in die Stadt. Fasziniert von dem, was die Erde auseinanderreißt, und dem, was sie zusammenhält: dem Lieben und dem Grauen.“



Valerie Fritsch, „Winters Garten“. € 17,50 / 154 Seiten. Suhrkamp-Verlag, Berlin 2015

moralischem Handeln sind sie sich mit Stiglitz einig. Die Stärke der beiden Bücher ist, dass sie gute Argumente für die aktuellen Debatten über Umverteilung liefern, wobei das Buch von Stiglitz zahlenlastiger ist und dafür ethische Fragen im Buch von Vater und Sohn Skidelsky ausführlicher und fundierter behandelt werden.



Robert & Edward Skidelsky, „Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens“. € 20,60 / 318 Seiten. Kunstmann, München, 2013



Joseph Stiglitz, „Der Preis der Ungleichheit. Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht“. € 15,50 / 544 Seiten. Pantheon-Verlag, München 2014

sicherung für alle einzuführen, analysiert. Den nicht für alle gegebenen Zugang zu Bildung kritisiert er ebenso. Europa preist er in diesem Zusammenhang als Vorbild an. Umgekehrt lobt er die amerikanische Steuerpolitik. Die Vereinigten Staaten besteuern das Einkommen ihrer Bürger weltweit. Ein griechischer Staatsbürger könne dagegen seinen Wohnsitz nach Luxemburg verlegen und sich dem Zahlen von Steuern in seinem Heimatland entziehen, kritisiert er das Ökonomie.

Wenig Positives findet er auch am Krisenmanagement rund um den Euro. Griechenland derart strikte Sparvorgaben zu machen sei falsch, meint Stiglitz. Er setzt, wie die meisten US-Ökonomen, dagegen auf höhere Ausgaben des Staates zur Ankerbelagerung der Wirtschaft und fordert ein aktiveres Eingreifen der Europäischen Zentralbank.

Die Enttäuschung über die Politik von Barack Obama, die wenig zum Abbau der Ungerechtigkeiten beigetragen hat, ist dem früheren Wirtschaftsberater von Bill Clin-

ton anzumerken. Er plädiert vehement für den Ausbau der Erbschaftsteuer. Eine Rebellion, wie sie im Arabischen Frühling stattgefunden hat, kann sich Stiglitz jedenfalls vorstellen.

Stiglitz argumentiert als Ökonom, wenngleich er sich auch kurz mit den Auswirkungen der Ungleichheit auf die Demokratie beschäftigt. Die Verbindung von Wirtschaftswissenschaften und Philosophie stellen dagegen Robert Skidelsky und sein Sohn Edward wider. Sie beschäftigen sich mit der Frage, wie viel genug ist und wozu Reichtum eigentlich da ist.

Es ist eine grundsätzliche, historisch fundierte Auseinandersetzung mit diesem Thema, die einen breiten Bogen spannt und zu konkreten Vorschlägen für die Politik führt: Die beiden treten für mehr progressive Elemente bei der Ausgestaltung von Steuern ein und fordern ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle. Angesichts des erreichten Wohlstands sei das finanzierbar, meinen die beiden Autoren.

In ihrer Forderung nach mehr

Wojciech Czaja

40 Stock oder so, keine Ahnung, nichts deutet auf die Etage hin, auf der man sich gerade befindet. Die genaue Position wird den Journalisten an diesem Tag nur so circa mitgeteilt. Die Aussicht von hier oben aber, die ist genial. Hinter der karierten Glashaut ragen hinten, irgendwo im alten Zentrum dieser nun polyzentrischen Stadt, wie der Wiener Architekt Wolf Prix das neue Frankfurt am Main immer wieder gerne bezeichnet, die Türme der Konkurrenzbanken hoch, der Commerzbank, der Deutschen Bank, der Länderbanken und wie sie nicht alle heißen mögen.

„Ja, wir hätten höher bauen können“, sagt Andrea Jürges, Pressesprecherin für den EZB-Neubau. „Aber das wollten wir nicht, denn dann hätten wir auf die anderen Banken im Frankfurter Zentrum herabgesehen, und das hätte nicht gepasst.“ Mit 185 Meter Höhe, exklusive Antenne, versteht sich, denn das rechnen die anderen genauso, habe sich die Europäische Zentralbank ihre eigene, freiwillige Höhenbeschränkung auferlegt. Ein Beitrag zur symbolischen Gerechtigkeit zwischen den Großen und den noch Größeren.

Doch dafür ist alles andere dicker, fetter, mächtiger, beeindruckender und vor allem doppelter. Denn streng genommen handelt es sich beim neuen EZB-Tower, der kommenden Mittwoch, am 18. März, im Rahmen einer Sitzung des EZB-Rats mit sämtlichen Gouverneuren und Präsidenten der nationalen Zentralbanken der EU-Länder feierlich eröffnet wird, nicht um einen Turm, sondern um zwei getrennte Scheiben, die mittels Atriums und viel, viel Strebewerks dazwischen miteinander verbunden sind.

Die Form der beiden Bauteile, die je nach Blickwinkel einmal wie Bergmassive, einmal wie tanzende, stürzende, balancierende Riesen erscheinen, leitet sich aus einem quaderförmigen Block ab, der in der Mitte entlang einer doppelt gekrümmten Hyperboloidfläche auseinandergesägt wurde. Anschließend wurden die beiden Elemente so zueinander verdreht, dass die geraden Flächen nach innen und die gekrümmten Glasfassaden nach außen zeigen. Die Vorstellung, die beiden Bausteine im Hirn wieder zusammenfügen zu müssen, ist eine Challenge für jeden Geometrie-Geek.

„Wir wollten die Masse luftiger gestalten, daher haben wir das Haus in der Mitte geteilt und um ein paar Meter, ich darf nicht sagen, wie viele, auseinandergeschoben“, sagt Wolf Prix von Coop Himmelb(l)au, der 2003 – ausgerechnet er, dieser alte Haudegen, der damals noch, in seinen Anfängen, cyberästhetische Wohnblasen baute, Dach-



Foto: Robert Meitsch/ECB

Bankgeheimnis

Kommenden Mittwoch wird in Frankfurt das neue Headquarter der Europäischen Zentralbank eröffnet. Der 185 Meter hohe EZB-Tower am Main gibt sich offen, gläsern, transparent. Zumindest optisch.

böden auseinandergesägt und aufgehängte Stahlteile abfackelte – unter insgesamt 80 Mitbewerbern den zweistufigen Wettbewerb der EZB für sich beanspruchen konnte. „Mit diesem Trick bringen wir Licht und Luft ins Gebäude. An schönen Tagen, wenn die Sonne scheint, kann man sogar durchs Haus durchschauen.“

Der Durchblick durch die architektonische Masse, das ist so ziemlich das Einzige, das an diesem Bau transparent ist. Wie sind die beiden Häuser miteinander verbunden? Wie funktioniert das statisch genau? Wie viele Verstrebungen sind das? Ist das Stahl oder Beton? Und gibt es besondere Betonfestigkeitsklassen und Sicherheitsauflagen, die erfüllt werden mussten? „Kein Kommentar“, heißt es seitens der EZB. „Sie wissen schon. Eine Sicherheitsmaßnahme.“

Und auch Klaus Bollinger von Bollinger + Grohmann Ingenieure, er hat das Haus berechnet, er muss es ja wissen, meint etwas

verlegen: „Ich glaube, die EZB ist nicht unglücklich darüber, dass ich mir keine Zahlen und Fakten merken kann.“ Nur so viel: „An sich könnten die Türme auch getrennt voneinander, ohne Verbindung und Verstrebung zueinander stehen, ohne dass sie einstürzen oder zu wanken beginnen würden. Aber so stehen sie besser, sicherer für den Fall der Fälle.“

Euromünzenraue Möbel

Das Angebot für die 2600 Mitarbeiter, die hier tätig sind, ist unter dem Hochhausblickwinkel kein schlechtes. Abgesehen von der Tatsache, dass die Teppiche, Trennwände und Möbel erwartungsgemäß euromünzenrau sind und wenig Aussicht auf einen bunten Arbeitstag bieten, gibt es allen erdenklichen Komfort mit Heizung, Kühlung und Lüftung, Letzteres sogar mit offenbaren Fenstern bis ins letzte Stockwerk. Eine Doppelfassade mit 30 Zentimeter Luftraum und manuell bedienbaren Ausstellfenstern, die sich wie eine Ziehharmonika in den Zwischenraum stülpen, macht's möglich.

Gekühlt wird mittels Flusswassers aus dem Main, der sich nur wenige Meter neben dem neuen Stammsitz der Mächtigen seinen Weg durch die Stadt bahnt. Geheizt wird mit Fernwärme und Geothermie. Der größte Energiezuschuss kommt aus dem Rechenzentrum im Basisgebäude. Die Abwärme der Server und Computer wird direkt in den Haustechnikkreislauf gespeist. Unterm Strich,

erklärt der Architekt, verbrauche der EZB-Tower um 30 Prozent weniger Energie, als in der Energieverordnung 2007, zum Zeitpunkt der Detailplanung, gefordert war.

Das Basisgebäude, wie die alte, denkmalgeschützte Großmarkthalle hier so gerne und unverfänglich bezeichnet wird, erregte im Vorfeld des Baus die Gemüter. Der Grund: Der von Martin Elsaesser 1928 errichtete Bau steht unter Denkmalschutz, denn die 220 mal 50 Meter große Betonhalle war – neben all ihren technischen und ästhetischen Raffinessen – für Frankfurt ein bedeutender Schritt in Richtung Metropole. Ein Teil dieses konstruktiven Meisterbaus wurde abgerissen und machte Platz für das neue Konferenzzentrum, das nun wie Mario Draghis Zeigefinger durch die alte Klinkerfassade stößt.

„Wir haben lange und intensiv mit der Denkmalschutzbehörde zusammengearbeitet, und ich verwehre mich gegen den Vorwurf, hier Altes zerstört zu haben, wie ich ihn oft von Kollegen höre“, sagt Prix mit starken Gesten. „Die Originalbausubstanz aus den Zwanzigern haben wir nicht angetastet. Wir haben nur jenen kleinen Teil bearbeitet, der im Zweiten Weltkrieg von Fliegerbomben zerstört wurde und bei dem es sich um eine Nachkriegsrekonstruktion handelt.“ Man dürfe nicht päpstlicher als der Papst, nicht denkmalschützender als der Denkmalschutz sein, so Prix.

Der abgeschottete EZB-Tower (Gesamtinvestitionsvolumen 1,3 Milliarden Euro), von dem weder Grundrisse noch Schnitte in Umlauf gebracht werden durften, ist ein Symbol für Macht. Ja, das ist er, sagt der Architekt. „Geld regiert die Welt. Aber ohne Geld würde unsere Gesellschaft nicht funktionieren. Ich halte die mentalen Angriffe auf die EZB für naiv. Die wahre Macht nämlich, die liegt bei Apple, Google und Facebook. Das sind die, die unsere Zukunft beherrschen werden.“

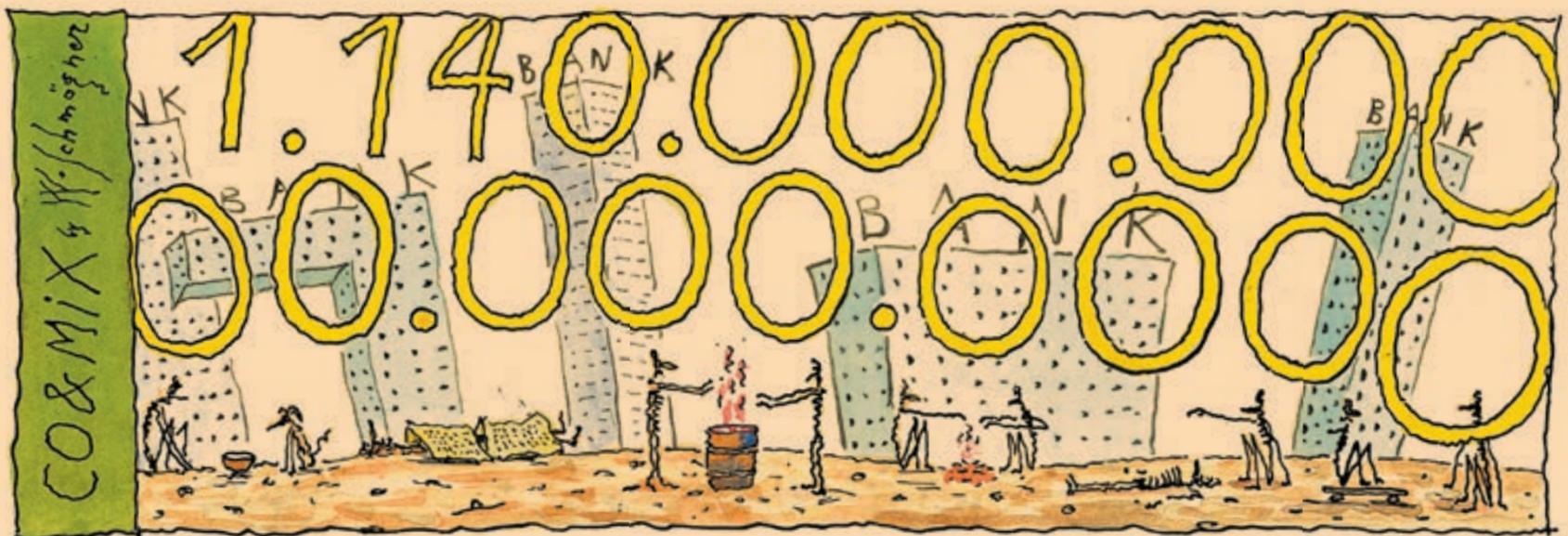
Wolf Prix, nach einer kurzen Nachdenkpause: „Ich weiß schon, neue Formen rufen Widerspruch hervor. Doch das, das ist die gotische Kathedrale der Neuzeit. Mehr denn je nämlich braucht die Europäische Union dreidimensionale Ikonen.“



Beim EZB-Tower handelt es sich nicht nur um einen Turm, sondern um zwei getrennte Scheiben, die mittels Atriums und viel, viel Strebewerks dazwischen miteinander verbunden sind.



Foto: Robert Meitsch/ECB



BESUCHEN SIE UNS
AUF DER WIENER
IMMOBILIEN MESSE!

14. und 15. März 2015
Halle CC, STAND B02a
www.ehl.at



Bezahlte Anzeige

Sonderthema: Wohnen in und um Wien s. 12-18

Schach, Rätsel und Sudoku s. 113

derStandard.at/Immobilien



Foto: Lisi Specht

Wie geht es mit dem Wohnen weiter? Caritas-Chef Michael Landau und József Blaskó, der seit 20 Jahren in Österreich lebt und seit kurzem obdachlos ist, in der Gruft in Wien-Mariahilf.

Wenn ich Zeit habe, koche ich mir Spaghetti

Michael Landau, Präsident der Caritas Österreich, beäugt die bevorstehende Steuerreform mit Skepsis. **Wojciech Czaja** traf ihn in der Gruft, wo Obdachlose für ein paar Stunden so etwas wie Wohnen erleben.

„Aktuell gibt es in Wien einige hundert Menschen, die akut obdachlos sind. Hier im Tageszentrum der Gruft wollen wir ihnen zumindest für einige Stunden eine Art Zuhause bieten. Hier bekommen sie ein Dach über dem Kopf, eine warme Mahlzeit und frische Kleidung. Ich hoffe, es klingt nicht vermessen, wenn ich sage, dass unsere Besucherinnen und Besucher hier zumindest für einige Stunden so etwas wie Wohnen erleben können.“

Das Haus wurde im Herbst 2013 eröffnet, und ich bin sehr froh darüber, denn es bietet unseren Klienten die Möglichkeit, den Tag in schönem Ambiente mit Tageslicht zu verbringen. Es ist nämlich ein Unterschied, ob jemand den Tag mit künstlicher Beleuchtung verbringt, wie das in der alten Gruft der Fall war, die wir nun ausschließlich als Schlafquartier nutzen, oder mit Blick auf Wiese und Bäume.

Nachdenklich stimmt mich, dass die Zahl der Obdachlosen stetig steigt. Im Vorjahr haben wir 110.000 warme Mahlzeiten ausgeteilt – um 50 Prozent mehr als noch vor zehn Jahren. Und trotzdem ist die akute sichtbare Wohnungslosigkeit, auf die wir hier in der Gruft zu reagieren versuchen, nur die Spitze des Eisbergs. In der Regel denkt man an ältere Männer mit rauschenden Bärten, doch tatsächlich handelt es sich oft um junge Leute zwischen 18 und 30 Jahren, die als Obdachlose gar nicht auffallen – und auch nicht auffallen wollen.

Armut ist meist unsichtbar. Circa 230.000 Menschen in Österreich leben in Wohnungen, die sie nicht warm halten können, weil sie kein Geld zum Heizen haben. Das ist eine sehr basale Form von Not. Bedenkt man, dass die Wohnung so etwas wie die zweite, wie die dritte Haut des Menschen ist, so kann ich nur sagen, dass diese Haut für zunehmend mehr Leute immer dünner und dünner wird.

Ich selbst habe das Glück, eine recht dicke und robuste Haut genießen zu dürfen. Ich habe früher

lange Jahre in einem unserer Caritas-Seniorenhäuser in Hütteldorf gewohnt, wo ich nach wie vor Seelsorger bin. Vor einiger Zeit bin ich in ein kirchliches Haus hinterm Stephansdom gezogen. Ich genieße das Grätzl sehr. An manchen Tagen kommt mir die Innere Stadt, vor allem ganz früh, wenn noch keine Touristen unterwegs sind, wie ein

kleines Dorf vor. Jeder kennt jeden, man sagt einander Hallo und tauscht ein paar freundliche Worte aus. Das ist für mich Heimat.

Meine Wohnung, mit weißen Billy-Regalen für die Bücher und einer alten Kredenz, die ich von meinen Eltern geerbt habe, ist ein Rückzugsort, wo ich die Tür zumachen und zur Ruhe kommen kann. Wenn ich es schaffe, koche ich mir einen Teller Spaghetti, setze mich hin und lege eine CD ein. Aber ich muss gestehen, dass ich für meinen Geschmack allzu selten in diesen Genuss komme. Ich bin viel unterwegs, komme spät heim, wohne oft in Gästezimmern und lebe aus dem Koffer. Je älter ich werde, desto mehr weiß ich mein eigenes Bett zu schätzen.

Die Steuerreform, vor der wir jetzt stehen, wird daran zu messen sein, ob sie den sozial benachteiligten Menschen in unserem Land mehr Luft zum Atmen gibt und ob sie den Menschen am Rande der Gesellschaft eine Lebensperspektive eröffnen wird oder nicht. Das ist der zentrale Lackmuse. Ich bin geborener Optimist, so glaube ich, dass das gut über die Bühne gehen wird. Aber ich bin auch Realist, und daher werden wir nicht aufhören, die Verantwortlichen in ihre Verantwortung zu nehmen.

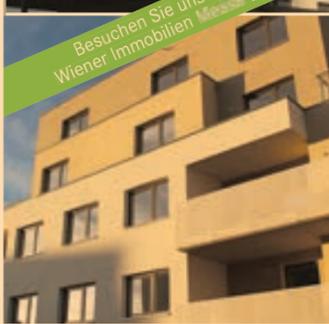
WOHNGESPRÄCH



Michael Landau, geboren 1960 in Wien, studierte Biochemie, Philosophie und Katholische Theologie. Noch während seiner Studienzeit trat er 1988 ins Priesterseminar ein. 1992 wurde er in Rom zum Priester geweiht. 1995 übernahm er die Leitung der Caritas Wien. Seit 2013 ist er auch Präsident der Caritas Österreich. Er ist Träger des Großen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich und erhielt 2012 das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

Spendenkonto:
IBAN: AT16 3100 0004 0405 0050
BIC: RZBAATWW
Kennwort: „Gruft Winterpaket“
www.gruft.at

Schöner Wohnen in Floridsdorf



- Erstbezug im 21. Bezirk
- 58-84 m² Wohnfläche
- 2-4 Zimmer
- hochwertige Ausstattung
- Loggia und Freiflächen
- ausgezeichnete Nahversorgung
- ausgezeichnete öffentliche Verkehrsanbindung
- Freizeitsgestaltungsmöglichkeiten

HWB 32,60 kWh/m²a (B)

Für nähere Informationen kontaktieren Sie bitte Frau Janine Baron unter +43-1-512 76 90-403 oder j.baron@ehl.at

www.wohnung.at



STANDARD EXKLUSIV



Wohnen am Campus Leopoldstadt

1020 Wien, Engerthstraße 228

T 01-71706-100
www.raiffeisenevolution.com

T 01-5127777
www.otto.at



- Freifinanzierte Eigentumswohnungen
- 2–5 Zimmer von 52 m² bis 167 m²
- Unmittelbare Nähe zu Prater und WU
- Direkt an der U2 Station Krieau
- Niedrigenergiebauweise Klasse A (HWB 21, 41kWh/m²a, fgee 0,70)

Wiener Immobilien Messe
14.–15.3.2015

